Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 365 · 32. JAHRGANG · AUSGABE HERBST/2026 VOM 2. OKTOBER 2026 · 3 EURO

3-7 | **Veranstaltungen am Weltfriedenstag** in Eberswalde und Bernau

28 | **Carport gegen Weltuntergang** Landtagsabgeordneter im »Bürgerdialog«

33 | **An den Haaren herbeigezogen** Ordnungsgeld gegen Stadtverordneten?

Der Teufel und der **Beelzebub**

Droht ein neuer Faschismus?

Am zweiten Sonntag im September wird traditionell an die Opfer des Faschismus (OdF) erinnert. Eine Tradition, die auf die DDR zurückgeht. In der BRD gilt der Tag der Auschwitzbefreiung durch die Sowjetarmee im Januar als der offizielle Gedenktag, als Holocoust-Gedenktag bezeichnet, aber durchaus nicht nur auf die jüdischen Opfer des Faschismus beschränkt. In Eberswalde finden beide Gedenken am OdF-Denkmal auf dem Karl-Marx-Platz statt. Stand bis vor ein paar Jahren eher der Rückblick auf die Verbrechen der deutschen Faschisten zwischen 1933 und 1945 im Mittelpunkt des Gedenkens, treten aktuell Warnungen vor einem neuen Faschismus immer mehr in den Vordergrund.

Im September wurden in Sachsen-Anhalt (6. September) sowie in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin (20. September) die Landtage bzw. das Abgeordnetenhaus neu gewählt. Hinzu kamen die Kommunalwahlen in Niedersachsen. Erwartet wurde überall vor allem eine weitere Stärkung der AfD bei gleichzeitigem katastrophalen Niedergang der SPD, aber auch der CDU. Und die Erwartungen haben sich bestätigt.

Von *»dunklen Wolken am Horizont«* ist die Rede[1], wenn es um AfD-Wahlsiege geht. Über einen neuen Faschismus wird diskutiert. *»Brandmauern«* sollen helfen oder eine neue Volksfront von der Linkspartei bis zur CSU. Gegen einen drohenden Autoritarismus sollen autoritäre Maßnahmen Abhilfe schaffen. Einige selbsternannte Antifaschisten sind ganz vorn dabei. Faschismus, Antifaschismus, Nationalsozialismus, Rechtsextremismus, Linksextremismus, Rechtsstaatlichkeit – die Begriffsverwirrung ist allgemein, denn jeder deutet anderes hinein.

In dieser Ausgabe wollen wir uns den Begrifflichkeiten widmen. Was ist Faschismus? Welche Sichten auf den Faschismus gibt es – historisch und aktuell? Welche gesellschaftlichen und ökonomischen Grundlagen hat Faschismus? Wie real ist Faschismus heute und von wo drohen hier die größten Gefahren? Vom Teufel an der Wand oder vielleicht doch vom Belzebub, mit dem der medial propagierte Teufel ausgetrieben werden soll?

Der Faschismus als neue Bewegung erschien unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg auf der politischen Bühne. Eine Bewegung, die anders auftrat als bisher gewohnt. Mit ausufernder Gewalt bekämpfte der Faschismus die organisierte Arbeiterbewegung und er trat brutal gegen Minderheiten und Andersdenkende auf.[2] In seiner Ideologie verbanden der Faschismus einen extremen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus mit antikapitalistischer Rhetorik.[3]

Eine erste umfassende Analyse der neuen Erscheinung legte im Juni 1923 die deutsche Kommunistin Clara Zetkin vor (siehe Seite 14). *»Zur Entstehung der 'völkischen' Richtung im politischen Kräftespektrum der bürgerlichen Gesellschaft«* warf der Publizist und Politikwissenschaftler Reinhard Opitz 1984 einen Blick auf die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg (Seite 15). Otto Bauer (Seiten 16/17), August Thalheimer (Seite 18/19) und Leo Trotzki (Seite 20) griffen in ihren Faschismusanalysen in der einen oder anderen Form auf die Bonapartismus-Theorie von Karl Marx zurück. Mit ihrer *»Sozialfaschismustheorie«* trugen die Kommunisten vor allem in Deutschland eine nicht geringe Verantwortung dafür, daß der Faschismus an die Macht gelangen konnte. Es brauchte zwei Jahre, bis die Kommunistische Internationale (KI) diese Positionen überwand. In seiner berühmten Rede auf dem VII. KI-Weltkongreß legte Georgi Dimitroff die neue Strategie für den Kampf gegen den Faschismus dar (Seite 21). Mit den Begrifflichkeiten Faschismus versus Nationalsozialismus hatten wir uns in der BBP bereits 2021 beschäftigt (Seite 19). Bezogen auf Äußerungen der Parteivorsitzenden Ines Schwerdtner auf dem Linken-Parteitag im Juni 2026 wartet Alexander Danckwart, einst Stadtrat der Linken in Leipzig und inzwischen nach Rußland ausgewandert, mit einer eigenen Definition auf, wer aktuell *»die wahren Nazis in Deutschland sind«* (Seite 23). Weitere aktuelle Texte von Daniel Kreutz (Seite 22) und Arnold Schölzel (Seite 23) runden das Thema ab, ohne daß wir damit auch nur annähernd einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben können.



Wiederholt sich die Geschichte? Dieses Bild in Anlehnung an John Heartfields Fotomontage *»Millionen stehen hinter mir«* wurde mittels KI generiert.

GERD MARKMANN

1 – Stefan Bollinger/Jürgen Reusch: Nach den Landtagswahlen: Dunkle Wolken am Horizont. In: Z. – Zeitschrift für marxistische Erneuerung Nr. 146, Juni 2026

2 – Manfred Weißbecker: Der historische Faschismus und frühe marxistische Deutungen – Schnee von gestern oder doch beachtenswert?, in: Z. – Zeitschrift für marxistische Erneuerung Nr. 146, Juni 2026

3 – Sarah Kröger: Die Faschismustheorien von Leo Trotzki und August Thalheimer. Eine vergleichende Analyse. Hamburg 2005

»Das System ist faul«

»Das System ist faul, es muß ein neues demokratisches System her«. Dieser Aussage eines BBP-Lesers darf wohl zugestimmt werden.

Allerdings kann so ein neues demokratisches System kaum als bloße Änderung des derzeitigen gesellschaftlich-politischen Überbaus funktionieren, solange die basierende Produktionsweise dieselbe bleibt. Es sind die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in ihrem derzeitigen Entwicklungsstadium, die einen solchen neuen demokratischen Überbau verhindern und zugleich nach einer faschistischen oder zumindest faschistoiden Diktatur verlangen, mit der jede neue Idee im Ansatz verhindert werden kann. Damit werden freilich zugleich auch alle Chancen unterbunden, die vielleicht noch vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten der Produktionsverhältnisse innerhalb der bestehenden Produktionsweise zu entfalten. Insofern kann mit einer Beschleunigung des Zusammenbruchs dieses Systems gerechnet werden. Die brisante Frage ist, was alles als »Kollateralschaden« mit in den Abgrund gerissen wird.

Zu den Überlegungen über ein »neues demokratisches System« gab es in der Frühjahrs-BBP auf Seite 39 einen interessanten Beitrag, der mit »Gespräche mit dem Großvater« überschrieben war. Der Großvater weist da auf Strukturen hin, die in den Revolutionen in Rußland 1905 und 1917 und Deutschland 1918 und auch in anderen Gegenden (z.B. Ungarn 1919 und Spanien 1936/37) spontan entstanden, aber (nicht zuletzt in Rußland, wo die Räte/Sowjets formal beibehalten wurden, aber ihres eigentlichen Inhalts beraubt wurden) sich nicht als »neues demokratisches System« entfalten konnten.

In dieser Ausgabe räumen wir dem Thema Faschismus breiten Raum ein. Allenthalben wird davor gewarnt. Faschismus ist eine der vielen Herrschaftsformen, die kapitalistische Produktionsverhältnisse hervorbringen können. Aktuell scheint der »Kampf gegen den Faschismus« das brauchbarste Mittel zu sein, um die bürgerlich-parlamentarische Demokratie immer mehr in eine bürgerlich-parlamentarische Autokratie zu verwandeln, in eine Selbstherrschaft des bürokratischen Apparats, für die Wahlen als folkloristisches Beiwerk fungieren.

Von einer neobonapartistischen Verselbständigung des Staatsapparats kann indes beim aktuellen autoritären Staatsumbau kaum gesprochen werden. Vielmehr werden die führenden Staatsposten zunehmend direkt durch das Personal großer Kapitalgesellschaften besetzt. Der unbeliebteste Kanzler aller Zeiten ist da nur ein Beispiel unter vielen.

»Das System ist faul, es muß ein neues demokratisches System her«. Die Barnimer Bürgerpost war und ist ein Podium, dies zu diskutieren. Es könnte im Frühjahr 2027 unser Schwerpunktthema werden. Wir warten auf Eure Beiträge.

GERD MARKMANN

Editorial:

KI oder lieber selber schreiben?

Erstmals haben wir uns der sogenannten *»künstlichen Intelligenz«* (KI) bedient, um ein Bild für die Titelseite und das Titelthema zu generieren. Es funktionierte leichter als gedacht. Vielleicht nutzen wir das für Bilder – die werden immer mal wieder zum Problem, wenn keine geeigneten Fotos zur Verfügung stehen, aber aus gestalterischen Gründen eine Grafik erforderlich wird. Insofern wäre da die KI-Nutzung vielleicht auch künftig durchaus eine vernünftige Ergänzung. An unsere Texte wollen wir aber keine KI ranlassen. In der Sparte sind wir ja ohnehin besser. In aller Bescheidenheid.

Das Titelthema Faschismus hat sehr direkt auch etwas mit den Beiträgen auf den Seiten 3 bis 7 zu tun, in denen wir auf die Veranstaltungen zum Weltfriedenstag in Eberswalde und Bernau zurückblicken. Im hinteren Teil, auf den Seiten 36/37 kommen wir darauf zurück. Anläßlich des Gedenktages für die Opfer des Faschismus am zweiten Septembersonntag erinnerte der Territoriale Arbeitskreis Gedenken an den 90. Jahrestag des Beginns des Spanienkriegs 1936-39. Der Arbeitskreis hat Spanienkämpfer aus dem Barnim identifizieren können.

Die Berichterstattung vom kommunalpolitischen Geschehen aus der Kreisstadt, den Gemeinden sowie dem Landkreis insgesamt findet sich in dieser Ausgabe insbesondere auf den Seiten 8 bis 13 und 26 bis 35. Beiträge zu ökologischen, wirtschaftlichen, kulturellen, weltpolitischen und weiteren Themen ergänzen und erweitertern das Angebot.

BBP-Redaktion

Bürgerpost-Mitgliederversammlung

Eberswalde (bbp). Am 4. Juli trafen sich die Mitglieder des Barnimer Bürgerpost e.V. zu ihrer jährlichen Mitgliederversammlung. Themen waren der Jahresabschluß 2025 und die Planungen für die kommenden Jahre. Außerdem stand die Neuwahl des Vorstandes auf der Tagesordnung, der künftig aus drei statt bisher fünf Mitgliedern besteht. Sven Weller bleibt der Vorsitzende, Thomas Wosseng der Stellvertreter und Gerd Markmann der Kassierer. Die Mitgliederversammlung dankte den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern Jörg Schneidereit und Dr. Manfred Pfaff für ihr bisheriges Engagement.

Der Verein kann entgegen den Planungen auf ein positives Jahresergebnis 2025 verweisen. Die Preise für die Abonnements können somit stabil gehalten werden. Allerdings wurde darauf verwiesen, daß dringend eine Verbesserung der personellen Kapazitäten für Redaktion, Satz und Vertrieb erforderlich ist. *»Dafür benötigen wir mittelfristig Helfer mit Interesse, Talent und Herz, die das besondere Profil unserer Leserzeitung tatkräftig unterstützen können und wollen«*, sagt der alte und neue Vorsitzende Sven Weller. Auch sollten Schritte in Richtung einer ansprechenden Online-Präsenz gegangen werden.

Unser langjähriges Vereinsmitglied und guter Freund

Helmut Braunschweig

ist am 7. August 2026 in der Seniorenresidenz Lichterfelde im Alter von 93 Jahren verstorben.

Helmut trug viele Jahre als Autor zur inhaltlichen Vielfalt der »Barnimer Bürgerpost« bei und war zusätzlich auch als BBP-Verteiler aktiv. Sein Lebenswerk, nicht zuletzt sein Jahrzehnte währendes Engagement für Frieden und Völkerverständigung, geht weit darüber hinaus.

Wir werden Helmut nicht vergessen und sein Andenken bewahren.

SVEN WELLER, Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.

GERD MARKMANN, Redakteur der Barnimer Bürgerpost

Am **Weltfriedenstag** *in Eberswalde*



Eberswalde (bbp). Die Eberswalder Friedensaktivisten, die regelmäßig jeden zweiten Sonnabend an der Kreuzung Friedensbrücke (Ecke Bergerstraße/Breite Straße) für den Frieden demonstrieren, hatten zum Weltfriedenstag einen Aktionsstand auf dem Marktplatz in Eberswalde aufgebaut.

»Gnädigerweise wurde von der zuständigen Behörde, dem Tiefbauamt Eberswalde, eine Fläche von 2 x 2 Metern zugestanden, um zu gedenken und zu mahnen«, berichtet Organisator Eckhard Laurich. *»Zu mahnen, wovor? In Deutschland reden die Mächtigen und ihre Propaganda-Lakaien pausenlos vom bösen Russen. Das Volk wird vorbereitet auf den 3. Weltkrieg. Die kleine Gruppe der Eberswalder Friedensaktivisten sagt dazu NEIN! Nein, im Namen des Volkes, nein zu diesen Lügen!«*

Es reiche nicht, nur Wahlkreuze zu machen, rief er am Weltfriedenstag auf. *»Wer das erkennt, geht mit uns gemeinsam auf die Straße und zeigt Gesicht. Wir protestieren jeden zweiten Samstag gegen die Kriegspolitik einer handvoll Kriegstreiber im Bundestag.* ***Wir sind das Volk*** *und die Kriegstreiber im Bundestag werden von uns bezahlt. Sie vertreten aber nicht unsere Interessen, nicht unseren Friedenswillen. Also, worauf wartet ihr?«*



Fotos (2): Kornelia Lübke

Die Aktionen begannen bereits um 9 Uhr und währten bis zum Nachmittag. Erst gegen 15.30 Uhr waren die letzten Materialien eingepackt. Neben diversen Fahnen mit der Friedenstaube symbolisierten die Fahnen Rußlands, der Ukraine, Palästinas und Kubas den globalen Friedensanspruch, den die Aktivisten von der Friedensbrücke vertreten. Traditionell gab es auch einen kulturellen Beitrag vom IWUSCHKA-Chor.

Das Lied von der *»Kleinen weißen Friedenstaube«* mußte der Chor aufgrund der Forderungen des Publikums mehrfach wiederholen. Und es wurde von vielen kräftig mitgesungen. Dieses Lied sprach vielen aus dem Herzen. Die gasgefüllten Luftballons mit der Friedenstaube stießen vor allem bei den Kindern auf reges Interesse. Da zugleich am Dienstag Markttag war, wurden deutlich mehr Interessierte angelockt als an früheren Veranstaltungen ohne Wochenmarkt.

Pistorius setzt Zeichen für den Krieg

Ausgerechnet den 85. Jahrestag des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 2026 nutzte Kriegsminister Boris Pistorius (SPD!), um an diesem Tag die erste größere Übung der Bundeswehr-Panzerbrigade 45 im Osten Litauens – unweit der belorussischen Grenze – zu inspizieren.

Dem Beobachter klappen die Kinnladen runter angesichts solcher Dreistigkeit. Pistorius gilt im Vergleich mit seinen früheren und aktuellen Regierungskolleginnen und -kollegen als intellektuell gebildet und klug. Es darf somit unterstellt werden, daß der Mann weiß, was er da tut.

Schon, daß die Angriffsbrigade an einem so symbolträchtigen Tag Kriegsübungen abhält, mußte russischerseits als üble Provokation aufgefaßt werden. Dies durch die Ministeranwesenheit zum internationalen Medienereignis aufzuwerten, setzt dem die Krone auf. Dieser Kriegsminister will den Krieg mit Rußland.

GERDA HENKEL

Friedenskundgebung

Bernau (bbp-ber). Mehrere Dutzend Teilnehmer versammelten sich anläßlich des Weltfriedenstags am 5. September 2026 auf dem Bernauer Bahnhofsvorplatz nahe des Mahnmals der Opfer des Faschismus zu einer von der Stadtfraktion Die Linke organisierten Kundgebung. Wie zu erfahren war, befindet sich das am Platz nach 1989 umgelagerte Mahnmal in Landesbesitz und hat daher einen sehr langfristigen Bestand. Unter der Moderation von Martin Günther (Die Linke MdEP) wurde in mehreren Redebeiträgen gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die aktuell betriebene Hochrüstung, die Instrumentalisierung der Gesellschaft zum Zwecke einer allgemeinen Militarisierung, für den Verzicht auf Atomwaffen und atomarer Waffenlagerung auf deutschem Boden sowie für mehr Diplomatie im Zusammenleben der europäischen Völker apelliert.

Dr. Hildegard Bossmann (Stadtfraktion Die Linke Bernau) verlas die Einstufung von Christoph von Lieven (ICAN Deutschland) zum Antikriegstag über die haltlosen deutschen Wünsche zum Zugriff auf Atomwaffen.

Marek Lipp (Jugendpolitischer Sprecher und Stellvertretender Landesvorsitzender Die Linke Brandenburg und Landessprecherrat der Jugendorganisation Solid Brandenburg) wandte sich leidenschaftlich gegen die Restaurierung eines Systems von Wehrdienst und Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Daniel Olschewski (freier Journalist und Referent bei der Bundestagsfraktion Die Linke) wandte seinen Appell gegen die Instrumentalisierung der Gesellschaft zum Zwecke eines Krieges.

Rainer Schulz verlas einen Aufruf der Polisario-Front wegen der rechtswidrig vom Königreich Marokko seit über zehn Jahren besetzt gehaltenen Westsahara. Die Initiative zur Erlangung einer echten Unabhängigkeit der Sahrauis agiert mit dem Slogan *»kein Frieden ohne Selbstbestimmung«*.

In einer leidenschaftlichen Rede zeigte Martin Günther Zusammenhänge zwischen dem uns gefährdenden Klimawandel und dem Aufrüstungskurs der NATO auf.

Zur Schlußszene verbanden sich bei Musik von John Lennon *»Imagine«* (1971) die Teilnehmer der Kundgebung zu einem Aufstellungskreis mit dem Peace-Zeichen der Ostermarschbewegung. Desweiteren ertönte Musik der Puhdys *»Das Buch«* (1984) sowie John Lennons *»Give Peace A Chance«* (1969). Die zum Kreis der Kommunalvereinigung *»Major-for-Peace«* gehörende Stadt Bernau war diesmal verwaltungsseitig nicht präsent.

Die Redebeiträge auf der Veranstaltung von Dr. Hildegard Bossmann, Daniel Olschewski, Rainer Schulz und Martin Günther sind in dieser Ausgabe auf den Seiten 4 bis 7 abgedruckt.

ICAN: Nie wieder Atomwaffen!

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Friedensbewegte, am 1. September 1939 überfiel Deutschland Polen. Es begann ein Krieg, der Europa verwüstete, mehr als 100 Millionen Menschen das Leben kostete und in dessen Verlauf Deutschland einen beispiellosen Vernichtungs- und Eroberungskrieg führte, in dessen Verlauf allein mehr als 27 Millionen Einwohnerinnen und einwohner der damaligen Sowjetunion getötet wurden.

Aus dieser Geschichte entstand ein Versprechen: Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus. Heute müssen wir uns fragen, was von diesem Versprechen geblieben ist. Es steht im *»2plus4-Vertrag«* von 1990 zur Wiedervereinigung: Von deutschem Boden soll nur noch Frieden ausgehen!

Aber Deutschland rüstet auf wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Hunderte Milliarden Euro werden für Militär und Rüstung mobilisiert. Wir sollen wieder *»kriegstüchtig«* werden. Und gleichzeitig kehren Atomwaffen immer stärker in die deutsche und europäische Sicherheitspolitik zurück.

Weltweit existieren mehr als 12.000 Atomwaffen, Tausende davon sind in Alarmbereitschaft und können innerhalb von Minuten eingesetzt werden. Deutschland ist Teil dieses atomaren Systems, denn in Büchel lagern amerikanische Atomwaffen. Deutsche Soldatinnen und Soldaten trainieren ihren Einsatz und würden ihn auf Befehl des amerikanischen Präsidenten durchführen. Obwohl selbst das Bundesjustizministerium schreibt: *»Der Einsatz von Atomwaffen wäre ein Kriegsverbrechen!«* Deutschland kauft für mehr als 10 Milliarden Euro F-35-Kampfflugzeuge, die diese Atomwaffen im Kriegsfall ins Ziel tragen können. Der Standort Büchel wird für Milliarden modernisiert.

Und dabei müssen wir über etwas sprechen, worüber erstaunlich wenig gesprochen wird: Falsche Geheimhaltung. Die Vereinbarungen und Absprachen, auf deren Grundlage amerikanische Atomwaffen in Deutschland stationiert sind und eingesetzt werden sollen, sind geheim. Die Bundesregierung macht unter Berufung auf diese Geheimhaltung innerhalb der NATO nicht einmal vollständige Angaben darüber, wie viele Atomwaffen sich in Deutschland befinden. Auch nicht darüber, wie damit umgegangen werden soll, wie die Befehlskette aussieht. Wir reden also über Waffen, die innerhalb von Minuten Hunderttausende Menschen töten können, über Waffen, deren Einsatz einen globalen Atomkrieg auslösen könnte. Und wir, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, dürfen wesentliche Fakten darüber nicht erfahren. Das ist nicht nur ein friedenspolitisches Problem. Das ist ein demokratisches Problem, das berechtigtes Mißtrauen schafft. Denn Demokratie braucht Öffentlichkeit.

Demokratie braucht Kontrolle. Demokratie braucht informierte Bürgerinnen und Bürger. Gerade Entscheidungen über Krieg und Frieden und über die tödliche Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen dürfen nicht in einem Bereich stattfinden, der der gesellschaftlichen Kontrolle weitgehend entzogen wird. Wir müssen über Deutschland selbst sprechen. Deutschland besitzt keine eigenen Atomwaffen, aber verfügt über waffenfähiges Uran, über Plutonium, das KnowHow, die industrielle Infrastruktur, die technischen Fähigkeiten und die wirtschaftlichen Möglichkeiten eines hochentwickelten Industriestaates. Deutschland hat alle wesentlichen Voraussetzungen, selbst Atomwaffen zu entwickeln.

Aber die Geschichte von zwei Weltkriegen zeigt auch: Deutschland sollte nie wieder in der Lage sein, andere zu bedrohen, zu überfallen und massenhaft Menschen umzubringen! Gerade deshalb ist es so wichtig, daß Deutschland keine Atomwaffen hat. Gar keine, nicht eigene und auch nicht die anderer Länder. Und gerade deshalb müssen wir alarmiert sein, wenn heute wieder darüber diskutiert wird, ob Deutschland stärker an einer europäischen Atombombe oder einer europäischen nuklearen Abschreckung beteiligt werden sollte, denn es gibt noch einen Punkt, der viel zu wenig bekannt ist:

Bei der Entstehung des Atomwaffensperrvertrages wurde innerhalb der NATO eine Interpretation festgehalten, nach der der Vertrag im Falle eines allgemeinen Krieges seine kontrollierende Bedeutung verliert. Die damalige Bundesregierung hat eine Zusatzerklärung abgegeben, daß im Falle der *»Gefährdung höchster Interessen«* dieser Vertrag nicht gilt.

Das bedeutet: Ausgerechnet für den gefährlichsten denkbaren Moment – den Krieg – wurde eine Hintertür offengehalten. Genau dann, wenn die Regeln am wichtigsten wären. Genau dann, wenn politische Entscheidungen unter maximalem Zeitdruck getroffen werden. Genau dann, wenn Angst, Fehleinschätzungen und Eskalation die größte Gefahr darstellen. Das muß uns beunruhigen. Denn gleichzeitig erleben wir eine politische und sprachliche Militarisierung unserer Gesellschaft.

Wir sollen *»kriegstüchtig«* werden. Schulen sollen sich mit Kriegsszenarien beschäftigen. Krankenhäuser sollen sich auf militärische Konflikte vorbereiten. Infrastruktur wird unter militärischen Gesichtspunkten betrachtet. Und immer größere Teile staatlicher Politik werden auf einen möglichen Krieg ausgerichtet. Eine Gesellschaft, die permanent auf Krieg vorbereitet wird, verändert sich. Und das gefährdet auch unsere Demokratie.

Aufrüstung braucht Feindbilder, braucht Angst. Aufrüstung braucht Geheimhaltung. Und Aufrüstung beansprucht enorme gesellschaftliche Ressourcen. Wenn gleichzeitig Schulen verfallen, bezahlbare Wohnungen fehlen, Kommunen sparen müssen und Krankenhäuser unter Druck stehen, während für Rüstung plötzlich nahezu unbegrenzte Mittel verfügbar sind, dann gefährdet das den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und davon profitieren diejenigen, die unsere Demokratie zerstören wollen.



FOTO: THOMAS TOBLER

 Appell gegen amtomare Aufrüstung von Dr. Hildedgard Bossmann auf der Kundgebung in Bernau.

Die Faschisten werden stark, wenn Menschen Angst haben. Sie werden stark, wenn Gesellschaften auseinanderbrechen. Sie werden stark, wenn Menschen das Vertrauen verlieren, daß demokratische Politik ihr Leben verbessern kann. Sie werden stark, wenn Entscheidungen über die Köpfe der Menschen hinweg getroffen werden. Und deshalb gehören die beiden Forderungen des Antikriegstages untrennbar zusammen: ***»Nie wieder Krieg«***. Und: ***»Nie wieder Faschismus«***.

Wer den Faschismus bekämpfen will, muß deshalb auch für eine Gesellschaft kämpfen, in der soziale Sicherheit, demokratische Beteiligung und Frieden wichtiger sind als immer neue Waffen. Und dabei darf es keine doppelten Standards geben. Alle Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen. Und jede Übung für den Einsatz von Atomwaffen ist eine Drohung an potentielle Gegner, auch die jedes Jahr stattfindenden Steadfast Noon Übungen. Die neuen Übungen mit französischen Atomwaffenbombern. Die russischen und chinesischen Übungen. Die latente Drohung der israelischen Regierung mit Atomwaffen gegenüber Iran.

Wir akzeptieren nicht die atomare Aufrüstung der NATO und auch nicht die anderer Staaten. Die Antwort auf die Gefahr eines Atomkrieges kann nicht darin bestehen, noch mehr Atomwaffen bereitzuhalten, denn wenn jede Aufrüstung der einen Seite die Aufrüstung der anderen rechtfertigt, drehen wir uns in einer Spirale, die irgendwann außer Kontrolle geraten kann. Das nennt sich Sicherheitsdilemma.

Deshalb fordert ICAN:

- Keine neuen Atomwaffen in Deutschland.
- Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Büchel.
- Keine deutsche Atombombe.
- Beendigung der nuklearen Teilhabe.
- Keine weitere nukleare Aufrüstung.
- Deutschland muß dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten.

Wir stehen vor einer politischen Entscheidung: Wollen wir Milliarden investieren, um uns auf einen Krieg vorzubereiten, den niemand gewinnen kann? Den alle verlieren? Oder investieren wir unsere politische Kraft endlich wieder darin, diesen Krieg zu verhindern?

Friedenspolitik ist eine Stärke, Aufrüstung ist Naivität. Wohin das führt, haben wir oft genug gesehen. Und – Diplomatie ist kein Verrat! Wir brauchen eine Gesellschaft, die nicht kriegstüchtig gemacht wird, sondern friedensfähig bleibt. Nie wieder Atomwaffen - nie wieder Kriegstüchtig – weder in Deutschland noch irgendwo sonst!

DR. HILDEGARD BOSSMANN

Aus dem Redebeitrag von Christoph von Lieven, ICAN Deutschland zum Antikriegstag am 1. September 2026 in Berlin, redaktionell gekürzt.

Kriegsvorbereitungen

Liebe Freundinnen und Freunde, die Kriegsvorbereitungen im Lande sind in vollem Gange und werden nicht einmal mehr verheimlicht. Generäle geben Auskunft im Fernsehen, die Presse ist voll von Artikeln und es wird öffentlich und großräumig sichtbar *»geübt«*. Die Bundeswehr schickt ihre Landeskommandos in die Länder, Kreise und Kommunen, spricht mit Grundstücksbesitzern und Lebensmittellieferanten, Tankstellenbetreibern und Krankenhausleitungen. All das ist keine Zusammenarbeit – das ist die Instrumentalisierung zivilgesellschaftlicher Strukturen für Kriegszwecke. All das gefährdet uns alle. All das gefährdet uns schon jetzt. Wer so offen ankündigt, Zivilgesellschaft in militärische Handlungen involvieren zu wollen, macht sie schon jetzt zu einem Teil der Kriegsführung, macht sie quasi zu Kombattanten und damit zum Ziel von Anschlägen und Sabotage!

Liebe Freundinnen und Freunde, die Kriegsvorbereitungen sind in vollem Gange und sie werden verklärt. Die konkreten Pläne zur Ausführung werden verheimlicht. Abgeordnete im Bundestag erhalten bestenfalls bruchstückhaft Informationen darüber, welche Aktivitäten der Militärs sie als nächstes billigen sollen. Der Anschein der Parlamentsarmee soll gewahrt werden, während einmal mehr in der deutschen Geschichte ein Parlament zusehends zum Abnick-Verein für die Interessen der Regierung degradiert wird!

Auch zum Lagebild im Land sind alle Informationen fest in Regierungshand. Erst, seit es Friedrich Merz vor Wahlen opportun erscheint, gibt es Informationen zur genauen Anzahl von Drohnenvorfällen im Land. Informationen, zu denen Parlamentarier bislang zwar fragen konnten, aber sofort eine Gefährdung des Staatswohls vorgeworfen bekamen und keine Antworten erhielten.

Als ehemaliger Offizier sage ich: Was das Militär im Rahmen der sogenannten *»Zivilmilitärischen Zusammenarbeit«* vorbereitet, kann und wird nicht funktionieren.

Das Militär will Straßen und Schienen für den Transport von Soldaten und Waffen benutzen, Infrastruktur, die schon heute niemand mehr angreifen muß, weil sie ohnehin kurz vor dem Kollaps steht. Das Militär will Krankenhäusern und Apotheken abringen – im Kriegsfall, der angeblich in Deutschland keiner sein soll – die Bevölkerung nicht mehr zu versorgen, sondern priorisiert verwundete Soldaten, also denselben Krankenhäusern, die schon weit jenseits der zumutbaren Belastungsgrenze arbeiten, sollen Zusatzaufgaben auferlegt werden! Nicht anders bei den Apotheken, von denen immer mehr schließen. Und wer sich gegen diesen Kurs

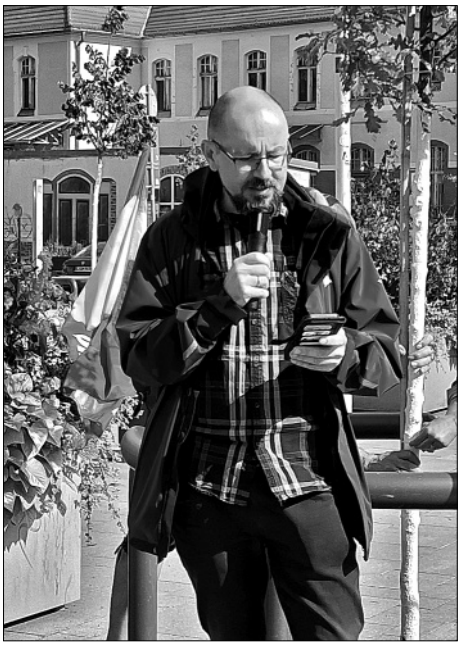


Foto: Thomas Tobler

Daniel Olschewski spricht am 5. September auf dem Bernauer Bahnhofsvorplatz über die aktuellen Kriegsvorbereitungen.

stellt, soll mit mehr Überwachung und angepaßten Gesetzen bekämpft werden. Die Wunschliste vom Verfassungsschutz liegt den Forderungen des Militärs längst bei.

All das hat System und folgt derselben Realitätsverweigerung, die in der Bundesregierung vorherrscht. Was für ein Wahn! Was für ein Irrsinn!

1,2 Milliarden Überstunden werden geleistet und der Kanzler beschimpft die Menschen im Land als faul! Leistung soll sich wieder lohnen, meint die CDU und instrumentalisiert trotzdem Menschen in schlecht oder gar unbezahlter Arbeit in der Pflege und im Katastrophenschutz der Länder, der dann auch noch Zivilschutz werden soll.

Doch im Katastrophenschutz sieht es nicht besser aus als in Krankenhäusern, Apotheken und der restlichen kaputt gesparten zivilen Infrastruktur im Land. Und doch läßt wieder einmal die Geldgier der Reichen die angezettelten Kriege zusehends zum Alltag werden. Treffen werden diese Aktivitäten einmal mehr die Hilfsbedürftigen und Schwachen in der Gesellschaft, die schon jetzt immer weniger Unterstützung erhalten. Den Blutzoll zahlen Menschen aus den finanziell ärmeren Schichten der Gesellschaft, die sich dem Militärdienst wesentlich schwerer entziehen können, als die reichen Kinder der Kriegsprofiteure, die Aktiengewinne mit Kriegen machen, in die sie und ihre Familien selbst nie ziehen würden!

Und genau deshalb muß es auch in diesem Jahrhundert heißen: **Die Waffen nieder!**

DANIEL OLSCHEWSKI

Westsahara:

Kein Frieden ohne Selbstbestimmung

Wir versammeln uns heute am Internationalen Friedenstag hier in Bernau, um unsere Stimme für Frieden und gegen den Krieg zu erheben – und um über die Opfer des Krieges, den Kolonialismus und über das Schweigen zu reden.
Eines dieser Opfer sind die Sahrauis, die Ureinwohner der Westsahare, die seit fünfzig Jahren auf eines ihrer elementarsten Rechte warten: Das Recht auf Selbstbestimmung.

Die Westsahara gilt bis heute als letzte Kolonie Afrikas. Marokko besetzt seit Ende 1975 einen Großteil der Westsahara rechtswidrig. Die Westsahara-Frage ist eine Frage der Entkolonialisierung, die durch die Resolutionen der Vereinten Nationen geregelt wird. Marokko hat alle Versuche eines Dialogs oder von Konsultationen, die zu Frieden führen könnten, behindert und behindert sie weiterhin, da es ihm an politischem Willen mangelt, auf eine friedliche und gerechte Lösung hinzuarbeiten, die das Recht des saharauischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit durch ein freies, faires und transparentes Referendum ohne jeglichen administrativen oder militärischen Zwang unter der Schirmherrschaft der UNO gewährleistet. Die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten bildet die Grundlage für dauerhaften Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Welt. Nichtregierungsorganisationen spielen eine entscheidende Rolle bei der Frühwarnung, der Konfliktprävention, der Mediation und der Friedenskonsolidierung. Ich sage es klar und deutlich: Einen dauerhaften und gerechten Frieden in der Westsahara wird es nur geben, wenn das Recht des saharauischen Volkes auf freie Selbstbestimmung respektiert wird – ein Recht, das im Völkerrecht verankert ist und das die UNO selbst anerkennen, indem sie das Gebiet bis heute als nicht selbstverwaltetes Territorium mit ausstehender Entkolonialisierung führen.

Doch dieses Recht stößt Jahr für Jahr auf eine internationale Politik der Beschwichtigung und des Wegschauens gegenüber der marokkanischen Besatzung. Wirtschaftliche und geopolitische Interessen werden über die Rechte eines ganzen Volkes gestellt. Ein Konflikt wird verwaltet statt gelöst – während zehntausende Geflüchtete seit Jahrzehnten in den Lagern von Tindouf ausharren und tausende saharauische Familien durch eine der längsten verminten Militärmauern der Welt voneinander getrennt sind. Wir tragen heute eine reale, tiefe Angst in uns. Die Geschichte der »*eingefrorenen Konflikte*« hat uns eine bittere Lehre erteilt: Wird ein Volk unter Besatzung ohne echte Kontrolle und Rechenschaftspflicht sich selbst überlassen, wird internationales Schweigen zur Regel statt zur Ausnahme und öffnet die Tür für die schlimmsten Verbrechen.

Wir haben es in Gaza gesehen, wir haben es im Sudan gesehen: Konflikte, die man einfrieren und vergessen ließ, bis sie zu Schauplätzen von Kriegsverbrechen und Völkermord wurden. Seit November 2020 ist der bewaffnete Kampf wieder Teil der Realität, als die marokkanische Armee den fast dreißig Jahre währenden Waffenstillstand brach und in die Pufferzone von Guerguerat einmarschierte. Die Sahrauis sind ein friedliebendes Volk, das lange auf die Vereinten Nationen und das Gewissen der Welt gesetzt hat. Aber es ist ein Volk, das sich nicht mit Erniedrigung abfindet. Als sich alle Türen zu einer friedlichen Lösung verschlossen, sah es sich gezwungen, seine Würde mit den Mitteln zu verteidigen, die ihm noch geblieben sind. Das ist der entscheidende Unterschied zwischen einem Volk, das den Krieg wählt, und einem Volk, dem der Widerstand aufgezwungen wird, weil ihm jeder andere Weg versperrt wurde.

Und dennoch hat die »*Polisario-Front*« nie aufgehört, eine gerechte politische Lösung zu suchen. Seit Anfang dieses Jahres gab es mehrere Runden indirekter Gespräche zwischen Marokko und der Polisario, vermittelt von den Vereinten Nationen und den USA, zunächst in Madrid, dann in Washington. In jeder Runde hat die Polisario-Front ihre klare Position bekräftigt. Das Beharren auf ein freies und faires Referendum zur Selbstbestimmung trotz allen Drucks, das Gebiet unter marokkanischer Besatzung zu belassen, ist der beste Beweis dafür, daß das saharauische Volk weiterhin Frieden will. Aber es geht um einen Frieden, der auf Gerechtigkeit beruht, nicht auf Unterwerfung, der sich auf dem Völkerrecht gründet, nicht auf Machtverhältnissen.

Als progressive Befreiungsbewegung können wir keinen Frieden akzeptieren, der auf Kosten der Opfer geschlossen wird. Wahrer Frieden ist kein Schweigen, das den Besetzern auferlegt ist, sondern Gerechtigkeit, die dem Besatzer abgerungen wird.

Deshalb fordern wir heute:

1. *Ein Ende der internationalen Politik des Schweigens und der Beschwichtigung gegenüber der marokkanischen Besatzung der Westsahara.*
2. *Unterstützung für einen ernsthaften UN-geführten Prozeß, der zu einem freien und fairen Selbstbestimmungsreferendum führt - statt zu einer aufgezwungenen Regelung, die vollendete Tatsachen zementiert.*
3. *Schutz der saharauischen Zivilbevölkerung und Öffnung des Gebiets für internationale Beobachter und Menschenrechtsorganisationen, um jeder Eskalation vorzubeugen.*
4. *Echte europäische und deutsche Solidarität, die sich nicht mit Erklärungen begnügt, sondern realen diplomatischen und wirtschaftlichen Druck für Gerechtigkeit ausübt.*

Von hier aus sagen wir: Es gibt keinen wahren Frieden ohne Freiheit, und keine Freiheit ohne Selbstbestimmung. Die Stimme der Westsahara wird weiter erklingen, bis die letzte Mauer der Kolonialisierung in Afrika fällt. Es lebe ein Frieden, der auf Gerechtigkeit gründet. Das saharauische Volk braucht eure Solidarität!

RAINER SCHULZ

Polisario-Front, redaktionell gekürzt



Bild: Western Sahara CC BY-SA 2.0 via Wikimedia Commons

Am 12. Juni 2026 wurde in der Westsahara das jüngste Mitglied des Sekretariats der Frente Polisario, Lahbib Mohamed Abdelaziz und zwei weitere Mitglieder der Widerstandsorganisation des saharauischen Volkes durch einen Drohnenangriff marokkanischer Besatzungstruppen getötet. Der Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ) verurteilte dies in einer entsprechenden Stellungnahme scharf.

Die Aufrüstungsspirale schadet auch unserem Klima:

Ohne Frieden ist alles nichts



FOTO: THOMAS TOBLER

Teilnehmer der Bernauer Friedenskundgebung bildeten zum Abschluß eine körperliche Aufstellung zum Peace-Zeichen der Ostermarschbewegung von 1969

16.000 Menschen starben allein in Deutschland. Die wirtschaftlichen Schäden summieren sich auf bis zu 42 Milliarden Euro. Das sind Ergebnisse weniger Monate.

Ich spreche hierbei von den Folgen des Hitzesommers in Deutschland dieses Jahr. Extremwetterereignisse sind keine Ausnahme mehr. Letztes Jahr brannten von Zypern bis Finnland überall Wälder, in der EU mehr als eine Million Hektar. Um nur ein weiteres Beispiel zu Europa zu nennen. Hitze, Überflutungen, Orkane etc. nehmen weltweit zu – mit oftmals tödlichen Folgen. Schuld an der Zunahme dieser Extremwetterereignisse ist der menschengemachte Klimawandel. Der Klimawandel ist eine direkte Bedrohung für den Frieden und kann bestehende Konflikte anheizen und neue entstehen lassen. Schon heute werden Ressourcen wie Wasser, fruchtbares Land und schlicht bewohnbares Land durch den Klimawandel bedroht.

Man braucht kein Hellseher zu sein, um zu sehen, dass eine zunehmende Knappheit Konflikte und letztlich auch Kriege anheizen wird. Jedes Grad Klimaerwärmung, was wir noch verhindern können, ist ein Beitrag, Frieden zu sichern und neue Konflikte erst gar nicht entstehen zu lassen. Deshalb bin ich der festen Überzeugung, daß jede und jeder, der heute für Frieden eintritt, sich auch für Klimaschutz einsetzen sollte.

Doch es gibt noch weitere Zusammenhänge zwischen Klima und Krieg. Neben den unmittelbar tödlichen und zerstörerischen Folgen, die jeder Krieg mit sich bringt, haben Kriege auch eine Auswirkung auf die menschengemachten Emissionen. Schätzungsweise wurden bisher im Krieg Rußlands in der Ukraine mehr als 300 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente verbraucht.

Zum Vergleich: Das ist fast die Hälfte der Emissionen Deutschlands im letzten Jahr. Und das ist nur einer der Kriege weltweit, die wir in den letzten Jahren sehen mußten. Nein, wir haben kein zusätzliches Argument gebraucht, um uns für Frieden – egal wo – einzusetzen. Aber ja, auch dies ist ein Argument für mehr Frieden und die sofortige Beendigung aller Kriege.

Doch es muß noch nicht mal zum Krieg kommen. Selbst das Militär an sich trägt nicht unwesentlich zum Klimawandel bei. Eine einzige Übungsstunde mit einem F-15-Kampfjet emittiert rund 17 Tonnen Kohlendioxid. Das entspricht den jährlichen durchschnittlichen Emissionen von gleich drei EU-Bürgern. Schätzungen gehen davon aus, daß das Militär für 5,5 Prozent aller weltweiten Emissionen verantwortlich ist. Verglichen mit den Staaten wäre es der viertgrößte Emittent der Welt. Dabei sind die Schätzungen eher ein absolutes Minimum.

Wen verwundert das? Militärische Emissionen sind nicht einfach von der Berichtspflicht ausgenommen, sondern die Länder sind nicht verpflichtet, sie separat zu erfassen und aufzuschlüsseln. Auf eine Anfrage meinerseits in der EU nannte die Hohe Vertreterin Kaja Kallas in ihrer Antwort weder einen konkreten Mechanismus zur Einbeziehung der Militär-Emissionen in die Nationalen Klimaschutzpläne der EU, noch ging sie direkt auf die Frage ein, ob eine Lücke bei der Erfassung der militärischen Emissionen in der EU besteht.

Und die Aufrüstungsspirale dreht sich weiter. Die Militärausgaben der EU steigen in beispiellosem Tempo: Die Mitgliedstaaten gaben im Jahr 2025 für Rüstung 418 Milliarden Euro aus, was einem Anstieg von zwanzig Prozent innerhalb eines Jahres entspricht. Und die sogenannte »*Europäische Verteidigungsagentur*« prognostiziert für 2026 454 Milliarden Euro. Das wären rund 75 Prozent mehr als im Jahr 2021. Der Plan »*ReArm Europe/Readiness 2030*« der Kommission zielt darauf ab, zusätzliche Militärausgaben in Höhe von bis zu 800 Milliarden Euro zu mobilisieren. Eine Studie kommt zu dem Ergebnis, daß ein Anstieg der Militärausgaben um einen Prozentpunkt im Verhältnis zum Index des Bruttoinlandsprodukts mit einem Anstieg der gesamten Treibhausgasemissionen um 0,9 bis 2 Prozent einhergeht. Der derzeitige Aufrüstungskurs der NATO könnte so jährlich zusätzliche Emissionen in Höhe von bis zu 218 Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid-Äquivalente verursachen. Dies entspricht etwa einem Drittel der gesamten jährlichen Emissionen Deutschlands.

Haben wir noch ein weiteres Argument für weltweite Abrüstung statt einer Rüstungsspirale gebraucht? Vielleicht nicht, aber die Klimafolgen der Aufrüstung sind definitiv ein Argument. Ich persönlich glaube ja nicht an das Konzept von militärischer Abschreckung, und daß uns dies nur ein µ mehr Sicherheit oder Frieden bringt. Doch stellen wir dies mal zur Seite.

Eines muß klar sein: Aufrüstung führt zu mehr Klimawandel, führt zu mehr Extremwetterereignissen, führt zu mehr Toten und Zerstörung, inklusive neuer Kriege. Aufrüstung bedeutet also mittels Klimawandel mehr Tote und Zerstörung, selbst wenn es nicht zu unmittelbaren militärischen Auseinandersetzungen kommt. Das ist die Realität, mit der wir konfrontiert sind. In diesem Sinne laßt uns weiter für die Beendigung aller Kriege, für Frieden und Abrüstung einstehen. Ohne Frieden ist alles nichts – das gilt auch für unser Klima.

MARTIN GÜNTHER

Rede zur Kundgebung am 5. September in Bernau anläßlich des Weltfriedenstages (redaktionell gekürzt). Siehe auch hier: t.ly/rT3uJ



Virtuelles Bauamt

Eberswalde (prest-ew). Seit dem 1. September bietet das Bauordnungsamt der Stadt Eberswalde die elektronische Bauantragstellung über das Virtuelle Bauamt (VBA) an. Bauanträge können ab diesem Zeitpunkt vollständig digital eingereicht werden. Darauf weist der Leiter des städtischen Bauordnungsamtes, Arco Auschner, hin.

Die Einführung des Virtuellen Bauamtes erfolgte im Zuge der Umsetzung der entsprechenden Vorgaben der neuen Brandenburgischen Bauordnung und der Anforderungen des E-Government-Gesetzes. Mit dem Start des VBA ist die Einreichung von Bauanträgen in Papierform für Bauvorhaben in Eberswalde nicht mehr möglich. Die digitale Antragstellung erfolgt über das Portal des Landes Brandenburg: vba.brandenburg.de.

»Wir versprechen uns von der Einführung des Virtuellen Bauamtes eine insgesamt zügigere Bearbeitung der Bauanträge«, so Auschner. Bei Fragen zur elektronischen Bauantragstellung steht das Bauordnungsamt der Stadt Eberswalde den Antragstellerinnen und Antragstellern sowie den Planungsbüros gern zur Verfügung. Wichtig: Die Umstellung zum 1. September betrifft ausschließlich Bauanträge für Bauvorhaben im Stadtgebiet Eberswalde.

Einwohnerversammlungen

Eberswalde (prest-ew). Mit der Einwohnerversammlung für den Ortsteil Finow am 22. September ging die diesjährige Runde der Einwohnerversammlungen in Eberswalde in ihre finale Phase. Damit fanden fünf Versammlungen und Ortsrundgänge im diesem Jahr bereits statt, wie im Frühjahr in den vier ländlichen Ortsteilen Clara-Zetkin-Siedlung, Sommerfelde, Tornow und Spechthausen. Es folgen noch die Einwohnerversammlungen

– für den Ortsteil Eberswalde 1 (Stadtmitte, Ostend, Südend, Leibnizviertel) am Mittwoch, dem 14. Oktober, um 17 Uhr in der Aula des OSZ II Barnim, Alexander-von-Humboldt-Straße 40;

– für den Ortsteil Eberswalde 2 (Westend, Kupferhammer, Nordend) am Dienstag, dem 3. November, um 17 Uhr in der Aula der Karl-Sellheim-Schule, Wildparkstraße 1;

– für den Ortsteil Brandenburgisches Viertel am Montag, dem 23. November, um 17 Uhr im Speisesaal der Arbeiterwohlfahrt Barnim (AWO), Frankfurter Allee 24.

Damit bietet sich noch einmal die Gelegenheit, direkt vor Ort miteinander ins Gespräch zu kommen, Anliegen anzusprechen und sich über die Entwicklungen im jeweiligen Ortsteil auszutauschen. Bürgermeister Götz Herrmann lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich ein, die Veranstaltungen zu besuchen.

Klare Kante gegen Demokratiefeindlichkeit

Die Geschäftsstelle des Kreisverbandes von Bündnis 90/Die Grünen Barnim in der Friedrich-Ebert-Straße in Eberswalde ist erneut Ziel eines politisch motivierten Angriffs geworden. Unbekannte beschmierten die Fensterfront und die Verglasung der Eingangstüren mit dem großflächigen Schriftzug *»Verrat ans Volk«*. Der Sachschaden wurde am Freitag, 7. August, festgestellt. Anzeige wurde erstattet.

Das ist nicht die erste Attacke auf das Büro der Grünen: Neben regelmäßigen Farbanschlägen wurden hier 2021 sogar die große Schaufensterscheibe und zwei Türverglasungen eingeschlagen.

Der aktuelle Vorfall reiht sich ein in eine besorgniserregende Serie von Angriffen auf demokratische Institutionen, Parteien und engagierte Einzelpersonen. Im vergangenen Jahr sind allein in Brandenburg laut Kriminalstatistik 431 Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger, Parteibüros und Parteivertretende registriert worden.

Dieser Vandalismus und die zunehmende Gewalt zeigen eine gefährliche Verrohung des politischen Klimas. Schmähungen wie *»Verrat ans Volk«* versuchen gezielt, politisch engagierte Menschen in der Zivilgesellschaft zu verunsichern und einzuschüchtern. Das betrifft nicht nur uns Grüne, sondern immer wieder auch andere Parteien und ehrenamtlich Engagierte vor Ort. Doch wir lassen uns nicht mundtot machen. Wer Fensterscheiben zerstört und Haß an Wände sprüht, greift das respektvolle Miteinander und unsere Demokratie an.

Demokratien leben von Meinungsstreit und Debatte, aber sie brauchen einen unstrittigen Grundkonsens: Respekt voreinander.

Wer nicht mehr mit Argumenten überzeugen will, sondern auf Einschüchterung und Angst setzt, untergräbt die Grundlagen unserer Gesellschaft. Dem stellen wir uns entschieden entgegen und setzen weiterhin auf gewaltfreien, respektvollen Dialog.

Bündnis 90/Die Grünen danken der Polizei für die Ermittlungen und appellieren an die Zivilgesellschaft sowie alle demokratischen Kräfte, gemeinsam Haltung gegen politische Gewalt und Verrohung zu zeigen.

BARBARA BRECHT-HADRASCHEK



Foto: Bündnis 90/Die Grünen Barnim

Wer wohl hat da was ans Volk verraten? Wegen angeblicher Verletzung der Verschwiegenheitspflicht soll der Stadtverordnete Carsten Zinn ein Ordnungsgeld zahlen. Die Bündnisgrünen waren Miteinreicher eines entsprechenden Antrages. Aber das meinten die Schmierer sicherlich nicht. *(Seite 29)*

SPD verurteilt Schmiererei

Eberswalde (bbp). Die SPD Barnim verurteile zutiefst die Beschmierung des B90/Grünen-Büros. *»Wer so handelt, will einschüchtern und mundtot machen.«* Man dürfe unterschiedlicher Meinung sein und andere kritisieren. Demokratie lebe vom leidenschaftlichen Streit. *»Feige Schmierereien an Parteibüros haben damit absolut nichts zu tun.«* Solche Einschüchterung dürfe keinen Erfolg haben.

Kulturbahnhof Finow

Eberswalde (bbp). *»Ist für den Kulturbahnhof in Finow derzeit eine Teilsanierung oder sogar eine Generalsanierung durch die Stadt vorgesehen?«* Dies fragte der Stadtverordnete Carsten Zinn in der Juni-Sitzung des Eberswalder Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU). Zugleich schlug er vor, dieses Projekt auch für den Eberswalde zugewiesenen Teil der Sonderschulden des Bundes vorzumerken.

Dezernent Ilja Haub informierte, daß im aktuellen Haushaltsplan derzeit keine Gelder für die Sanierung des »Kulturbahnhofes« eingestellt seien. Er müsste sich dazu mit den Kollegen aus den anderen Dezernaten austauschen, um eine konkrete Antwort zu erteilen, da diese für den Betrieb des Gebäudes zuständig seien. Seit Anfang 2026 ist nicht mehr das Kulturamt für den *»Kulturbahnhof«* zuständig, sondern das Amt für Generationen, Sport und Integration.

baff-Preise:

Keine Verdoppelung

Eberswalde (bbp). Im Rahmen der Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 28. Juni machte der stellvertretende Bürgermeister Maik Berendt deutlich, daß die beschlossenen Preiserhöhungen in der Eberswalder Schwimmhalle keine Verdoppelung darstellen. Der reguläre Preis erhöhte sich von 12,50 Euro auf 18 Euro. Bisher geltend gemachte Ermäßigungen, die eine Nutzung für 9 Euro möglich machten, seien auch künftig möglich. Dann aber bezogen auf den neuen, auf 144 % angehobenen Grundpreis von 18 Euro. Also keine Verdoppelung, sondern *»nur«* etwa eine Veranderthalbfachung des Eintrittspreises.

Weniger Verkehr auf der B167

Neue Maßnahmen geplant, um weiterhin Staus zu produzieren

Für die B167 in Eberswalde gibt es eine neue Verkehrszählung. Im Zusammenhang mit der Vorstellung von Umbauplänen im Abschnitt Kupferhammerweg bis Boldtstraße (vgl. *»Das war Murks«* in BBP Sommer/2026, S. 8) verwies der Landesbetrieb Straßenwesen auf eine Zählung aus dem Jahr 2023. Also deutlich aktueller als jene Zählungen, die den Plänen zum Bau der B167neu zugrunde liegen. Damals war in Höhe Bahnhofsbrücke von knapp 30.000 Fahrzeugen pro Tag die Rede, die freilich schon 2008, als mal wieder ein neuer Verkehrsentwicklungsplan erstellt wurde, längst nicht mehr der Realität entsprachen.

Nunmehr wurden 9.000 Fahrzeuge aus Fahrtrichtung Zentrum sowie 10.600 Fahrzeuge in Richtung Zentrum gezählt. In der Summe sind das 19.600 Fahrzeuge, mithin eine Reduzierung auf etwa zwei Drittel des einstigen Verkehrsaufkommens. Dabei könnten die aktuellen Spritpreise durchaus dafür sorgen, die Zahl der Fahrzeugbewegungen weiter zu verringern.

Dank der *»klugen«* Verkehrsführung in der Heegermühler Straße und vor allem der desaströsen Ampelschaltungen in der gesamten Stadt, gelingt es immer noch zumindest in den Spitzenzeiten für Staus zu sorgen. Um diese Staus auch in Zukunft sicherstellen zu können, sollen nun weitere Maßnahmen ergriffen werden. Insbesondere soll der bisherige Radstreifen breiter werden, damit er auch von Bussen genutzt werden kann. Für den übrigen Verkehr soll die derzeit *»überbreite«* Fahrspur reduziert werden, so daß künftig nicht mehr versetzt gefahren werden kann. Infolge der größeren Sicherheitsabstände, die so nötig werden, wird die Durchlaßfähigkeit weiter reduziert. Positiv ist natürlich zu vermerken, daß die Busse nicht mehr im allgemeinen Stau stecken bleiben und dann zumindest in Radfahrgeschwindigkeit vorankommen.

Insgesamt jedoch darf nach Umsetzung der nun geplanten Maßnahmen durchaus erwartet werden, daß die Häufigkeit von Staus wieder ansteigt und somit die Argumente für die B167neu nicht verloren gehen. Ob die geplanten Maßnahmen – wie suggeriert – den Fahrradverkehr tatsächlich sicherer machen, mag Glaubenssache sein. Unsere Bürgerinitiative *»Radwege in Eberswalde«* hatte schon 2017 gefordert, sichere Radwege fern der vielbefahrenen Hauptstraßen zu schaffen und dafür auch konkrete Vorschläge vorgelegt.

Dr. ULRICH POFAHL und GERD MARKMANN, BI »Radwege in Eberswalde«

Für Ortsteilvertretungen

Wiederholt haben wir den Bedarf an Mitwirkungsmöglichkeiten für die Einwohnerinnen und Einwohner in den Ortsteilen der Stadt angesprochen. Die Bildung des eigenen Ortsteils Clara-Zetkin-Siedlung, verbunden mit der Wahl eines Ortsbeirates, war ein wichtiger Erfolg auf dem Weg, in allen Ortsteilen solche demokratischen Gremien zu bilden.

Die städtischen Ortsteile Eberswalde 1 und 2, Finow und Brandenburgisches Viertel verfügen seit 2014 nicht mehr über eine Ortsteilvertretung. Diese wurden damals abgeschafft, weil bei der Einzelwahl der Ortsvorsteher die gleichen Regeln gelten wie bei den Wahlen von Landrat oder Bürgermeister und die Stichwahlen wegen der geringen Wahlbeteiligung am notwendigen Quorum scheiterten.

Werden Ortsbeiräte gebildet, sind keine Stichwahlen nötig, die wahrscheinlich an zu geringer Wahlbeteiligung scheitern.

Auf ihrer Sommerklausur einigte sich unsere Fraktion darauf, im Herbst einen erneuten Anlauf zur Bildung von Ortsteilvertretungen entsprechend der Brandenburgischen Kommunalverfassung in den vier genannten Ortsteilen zu nehmen.

Bis zur nächsten Kommunalwahl sind es noch mehr als zwei Jahre. Somit bleibt genügend Zeit, den Vorschlag in den städtischen Gremien gründlich zu diskutieren, rechtssicher vorzubereiten und die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.

MIRKO WOLFGRAMM, Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur

Vom Militärlager *zum Wohnviertel*

Bebauungsplanentwurf für das »Neue Messingwerk«

Eberswalde (bbp). In der Junisitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) wurden unter anderem die Pläne für eine Wohnbebauung auf dem Gelände des einstigen Messingwerks, das in letzter Nutzung in den 1990er Jahren ein Lager der Bundeswehr für Waffen und Material der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR war, wo die Waffen für den Verkauf in Kriegsgebiete (u.a. Türkei) vorbereitet wurden.



Vor 100 Jahren befand sich hier eines der größten Industriegebiete Deutschlands. Später verlagerten sich die industriellen Aktivitäten zum Neuwerk (im Hintergrund zu sehen). Zu DDR-Zeiten war hier das Panzergerätelager 32 der NVA. Fast 30 Jahre Leerstand folgten.

Foto: Thomas Gädicke

Durch die jahrhundertelange Nutzung als Industrieareal weist das etwa 84.000 Quadratmeter große Plangebiet eine hohe Altlastenbelastung auf, berichtete Christoph Wessling vom Berliner Planungsbüro INSAR PARTG. Die AM MESSINGWERK EBERSWALDE ENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT MBH als Eigentümerin beabsichtigt die Bebauung der Fläche mit *»attraktivem Wohnraum sowie Gewerbe und Kultur im Sinne der Innenentwicklung«* sowie eine *»umweltgerechte Aufwertung der Brachfläche«* einschließlich der Schaffung von *»attraktivem Freiraum«*. Eine besondere Herausforderung ergab sich daraus, daß mit der Knüppelgießhalle, dem Abfallmagazien, der Drahthütte und der Tiegelfabrik mit Anbauten sich vier denkmalgeschützte und erhaltenswerte Gebäude auf dem Areal befinden. Die Planer entwickelten Leitlinien für die Entwicklung des Gebiets. So wollen sie das industrielle Erbe bewahren, das *»grüne Rückgrat«* im Ortsteil stärken, eine nachhaltige Baukultur, ökologisch und CO_2-arm, fördern und dabei für die Menschen unterschiedliche Wohnangebote bereitstellen. Der Versieglungsgrad sinke von heute 75 % auf 65 %. Dabei soll der Lichterfelder Hauptgraben, im 19. Jahrhundert als das Dorf-Fließ bezeichnet, geöffnet werden. Die Altlasten sollen mittels Abdichtungssystemen und Aufschüttungen gesichert werden.

Insgesamt sollen etwa 400 Wohneinheiten entstehen, teils zur Vermietung, teils als Eigentumswohnungen. Mehr als drei Geschosse werden den Plänen zufolge nicht zugelassen. Die Dächer sollen mindestens zur Hälfte begrünt werden. Die denkmalgeschützen Bauten können für alle Zwecke, einschließlich für den Umbau zu Wohnungen, genutzt werden. Die Umnutzung werde sehr eng mit der Denkmalschutzbehörde abgestimmt. Für Autos werden Quartiers- und Tiefgaragen angelegt, die etwa zwei Drittel der 621 geplanten Stellplätze ausmachen.

Gesundheit eine Ware?

Die Schließung der Geburtshilfe und Gynäkologie am Bernauer Immanuel-Klinikum ist ein weiteres Zeichen für das Versagen der Gesundheitspolitik in Land und Bund. So ist die Entwicklung vor allem Ausdruck einer unzureichenden Krankenhausplanung im Land Brandenburg. Während ein Gesundheitsminister nach dem anderen vom Erhalt aller Standorte spricht, schließt mit Bernau die fünfte Abteilung für Geburtshilfe im Land Brandenburg binnen fünf Jahren. Daß es inzwischen auch große Städte wie Bernau mit 45.000 Einwohnern betrifft, ist ein Armutszeugnis und stellt einen weiteren Rückzug von Daseinsvorsorge aus den Regionen dar.

Dabei hätte es durchaus Lösungsmöglichkeiten gegeben. Die von BVB/Freie Wähler initiierte, aber insbesondere auf Betreiben der SPD abgelehnte Volksinitiative *»Gesundheit ist keine Ware«* sah zusätzliche Landesinvestitionen in die Krankenhausinfrastruktur vor. Dieses Geld fehlt nun an vielen Stellen, insbesondere auch in Bernau. Zugleich ist der Fachkräftemangel teilweise hausgemacht. Seit langem forderte BVB/Freie Wähler eine bessere Vergütung und Erhöhung der Ausbildungsplätze für Hebammen. Auch der Deutsche Hebammenverband wies darauf hin.

Mit der Schließung von Geburtshilfe und Gynäkologie gehen der Stadt zwei wichtige medizinische Anker und damit auch ein Stück Identität verloren. Der gesundheitspolitische Kahlschlag von Landes- und Bundesregierung wird immer unverantwortlicher.

Wir weisen darauf hin, daß es durchaus auch Alternativen gäbe. Konkret wurde vorgeschlagen, ein kommunales Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) in Bernau einzurichten, welches zumindest eine Schwangerschaftsambulanz, ein Geburtshaus und ambulante Gynäkologie vorhalten könnte.

Doch auch das wird blockiert. Unstreitig trägt auch das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz des Bundes mit seinen Fehlanreizen zur Vertiefung der chronischen Unterfinanzierung von Krankenhäusern bei. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade die Brandenburger Landesregierung orientierungslos vorgeht und jegliche Führungskompetenz in der Frage vermissen läßt. Wenn die Landesregierung jeden Lösungsvorschlag in den Wind schlägt und planlos von einer Stationsschließung zur nächsten segelt, muß man sich nicht wundern, daß die Stimmung im Land schlecht ist. Eine Versorgung nur nach Kassenlage darf es nicht geben.

Das Land muß angesichts dieser gravierenden Veränderung seine Krankenhausplanung in seriöser Weise anpassen. Eine gute Gesundheitsversorgung in allen Regionen ist eine Frage gleichwertiger Lebensverhältnisse.

PÉTER VIDA

Geburtsklinik Bernau:

Medizinisches Versorgungszentrum

Bernau (bvb/bbp). Die Stadtverordneten von BVB/Freie Wähler Péter Vida und Jan Bernatzki trafen sich am 23. August mit Verena Plocher, der Geschäftsführerin der Bernauer Geburtsklinik. In einem intensiven Fachgespräch wurden die aktuellen Zahlen detailliert erörtert und alternative Lösungsmöglichkeiten analysiert.

Die BVB/FW-Politiker wiesen nachdrücklich darauf hin, daß die Geburtenzahlen in den 90er Jahren kurz nach der Wende deutlich unter den jetzigen Werten lagen. Gerade 1992/93 wurde im Vergleich zu jetzt nur die Hälfte an Kindern im Bernauer Krankenhaus geboren. *»Durch einen gemeinsamen Schulterschluß hat man damals die medizinische Verbundwirkung von Gynäkologie und Geburtshilfe in den Mittelpunkt der Betrachtungen gerückt und durchgehalten. Dies sollte auch jetzt das Ziel sein«*, so Jan Bernatzki. Insbesondere müsse alles dafür getan werden, daß Kinderklinik und Kinderrettungsstelle erhalten bleiben. Diese verfügen über hochkompetentes, sehr engagiertes Personal und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur pädiatrischen Versorgung von Bernau und Umgebung.

Die Entwicklung zeige zugleich, daß das Vorgehen der Kassenärztlichen Vereinigung in keiner Weise nachvollziehbar ist. Diese hatte der Bernauer Stadtverordnetenversammlung (StVV) mitgeteilt, daß der Beschluß zur Errichtung eines Medizinischen Versorgungszentrum (MVZ) keine Aussicht auf Zulassung hat, weil für die anzusiedelnden Fachbereiche keine Unterversorgung feststellbar sei. Diese Fehleinschätzung lasse sich nach der drohenden Schließung am Bernauer Krankenhaus wahrlich nicht mehr aufrechterhalten, so Péter Vida. Die Stadtfraktion von BVB/Freie Wähler hatte vorgeschlagen, Mittel aus dem Bernauer Anteil am Sondervermögen Infrastruktur genau hierfür zu verwenden.

Diese Forderung erhält noch mehr Rückenwind angesichts des Verhaltens der Kassenärztlichen Vereinigung im Hinblick auf die Außenstelle des MVZ Klosterfelde, welches sich im Rollbergeck Bernau befindet. Da gab es erst vor drei Jahren Einwände, weil der Weg von Klosterfelde nach Bernau unzumutbar lang sei. *»Angesichts der drohenden Schließung der Geburtsklinik und der dadurch entstehenden langen Wege für werdende Mütter«,* so Barnatzki, *»ist das ein äußerst zynischer Kontrast«.*



FOTOS (2): THOMAS TOBLER

Das Immanuelklinikum Bernau. Sämtliche Wegweiser zur Geburtsklinik sind bereits entfernt. Nur die Stationstafel im Treppenhaus existiert noch.

BVB/FW halten daran fest, die Kritik an der aktuellen Entwicklung an die Landes- und Bundespolitik zu richten. Diese schaffe falsche Anreize. Das Land habe die vorgeschlagenen Zuschüsse für die Krankenhausinfrastruktur abgelehnt und durch das neue Beitragsstabilisierungsgesetz des Bundes sei die Lage nochmals verschlimmert worden. Vida und Barnatzki verweisen daher weiter auf die Petition von BVB/Freie Wähle mit inzwischen über 4.000 Unterschriften, um Landes- und Bundesregierung zum Handeln aufzufordern. *»Die Ärzte, Pfleger und Hebammen verdienen unseren allergrößten Respekt. Wir werden alles geben, mit ihnen eine Lösung vor Ort zu finden. Dieses Interesse verbindet Patienten, medizinisches Personal und alle Bernauer«*, so Péter Vida abschließend.

Geburtsklinik Bernau:

Tiefschlag für Gesundheitsversorgung

Die Schließung des Kreißsaals und der Gynäkologie im Immanuel Klinikum Bernau ist ein weiterer Tiefschlag für die wohnortnahe Gesundheitsversorgung und die direkte Folge einer Politik, die Krankenhäuser kaputtspart, statt sie zu sichern.

Die Landesregierung aus SPD und CDU kann sich ihrer Verantwortung nicht entziehen: Ihre Parteifreunde im Bund haben mit Krankenhausreform und Beitragssatzstabilisierungsgesetz die Rahmenbedingungen für diese fatale Entwicklung mitgeschaffen. Wer Geburtskliniken schließt, nimmt längere Wege, zusätzliche Risiken für Mütter und Kinder und eine Überlastung der verbleibenden Kliniken billigend in Kauf. Das ist keine verantwortungsvolle Gesundheitspolitik, sondern der schleichende Ausverkauf der medizinischen Grundversorgung im ländlichen Raum.

Fraktion BSW Brandenburg auf youtube: www.youtube.com/@BSW-LTBB

ANDREAS KUTSCHE, BSW-Fraktion im Landtag Brandenburg (11.8.2026)

Grundsatzbeschluß oder Maßnahmeplan?

Die Eberswalder Stadtverordneten sollen einen *»Grundsatzbeschluß«* bezüglich der Verwendung der Investitionsmittel aus dem sogenannten *»Sondervermögen des Bundes«*, bei dem es sich in Wirklichkeit um Sonderschulden außerhalb des regulären Bundeshaushalts handelt, fassen. Tatsächlich werden in der September-Stadtverordnetenversammlung (StVV) zur ersten Lesung auf die Tagesordnung gesetzten Beschlußvorlage jedoch Grundsatzfragen mit bereits sehr konkreten Maßnahmen vermischt.

Das Anliegen, die Sonderschulden *»vollumfänglich für die Stadt Eberswalde zu nutzen«*, ist jener Teil, der wirklich als Grundsatzbeschluß deklariert werden kann. Jedoch sollen in einem zweiten Punkt drei sehr konkrete Maßnahmen gleich mitbeschlossen werden. Hier soll zudem die Stadtverwaltung beauftragt werden, einen Nachtrags-Haushalt ausdrücklich für diese benannten Maßnahmen zu erstellen. Das ist alles andere als ein Grundsatzbeschluß.

Der dritte Punkt könnte wieder als Teil des Grundsatzbeschlusses gelten, soweit es darum geht, daß die Stadtverwaltung prüfen soll, für welche Maßnahmen Finanzen aus den Sonderschulden Verwendung finden könnten. Aber in dem Punkt steht auch, daß die Stadtverwaltung diese Maßnahmen *»priorisieren«* soll. Das Setzen von Prioritäten ist ureigenste Aufgabe der Stadtverordneten und nicht der Verwaltung. Hier wird also ganz beiläufig in einem Nebensatz die gültige kommunalpolitische Struktur vom Fuß auf den Kopf gestellt. Die Verwaltung setzt die Prioritäten und die Stadtverordneten sollen das brav abnicken. Die StVV degradiert sich also zum *»Vollzugsorgan«*, wie der Stadtverordnete Carsten Zinn richtig bemerkt hatte.

In einem vierten Punkt geht es noch darum, daß weitere Maßnahmen im Rahmen der Haushaltsplanung für die Jahre 2028 ff. festzulegen sind. Das könnte wieder als Grundsatzbeschluß durchgehen. Hier werden kommende Notwendigkeiten formuliert, wofür es eigentlich keinen extra Beschluß braucht. Aber ein solcher ist auch unschädlich.

Fazit: Hier handelt sich es um vier miteinander vermengte Beschlußvorlagen.
1. Der Grundsatzbeschluß, der in Punkt 1 formuliert wird, ergänzt durch den Prüfauftrag in Punkt 3 – hier sollten die Stadtverordneten darauf achten, daß die Priorisierung nicht der Verwaltung überlassen wird, sondern den Stadtverordneten obliegt, also aus der BV gestrichen wird – sowie dem eigentlich überflüssigen, weil ohnehin so zu erledigenden Auftrag, weitere Maßnahmen in den nachfolgenden Haushaltsplanungen festzulegen.
2. Drei Beschlüsse zu einzelnen Maßnahmen. Diese sind letztlich Ausführungsbeschlüsse zu dem Grundsatzbeschluß. Da ist es zumindest handwerklich unsaubere Arbeit, wenn diese beiden Ebenen in einem einzigen Beschluß vermischt werden. Es ist ja durchaus nicht ausgeschlossen, daß manche Stadtverordnete zu den einzelnen Maßnahmen abweichende Meinungen haben.

Aber das hinsichtlich kommunaler Demokratie gefährlichste Windei, das hier gelegt wurde, liegt zweifellos in dem Passus, die Verwaltung zu ermächtigen, Prioritäten festzulegen. Das ist praktische Umkehrung und damit Aushebelung der bürgerlichen Gewaltenteilung, hier ganz konkret auf der unteren, der kommunalen Ebene.

Beschlossen werden soll die Vorlage im Oktober. Den Stadtverordneten bleibt also in den kommenden Beratungen noch Zeit zur Korrektur, um die StVV nicht, wie vom Stadtverordneten Carsten Zinn befürchtet, zum kommunalen Vollzugsorgan zu degradieren.

GERD MARKMANN

Sonderschulden als Chance

BVB/Freie Wähler wollen in Bernau wichtige Zukunftsprojekte voranbringen

Bernau (bbp). Die Stadtfraktion von BVB/Freie Wähler Bernau sehen die als *»Sondervermögen«* bezeichneten Sonderschulden des Bundes laut einer bereits Ende Juni verbreiteten Mitteilung als Chance für Bernau, *»wichtige Zukunftsprojekte voranzubringen«*.

Die Schlagworte von BVB/Freie Wähler für die *»zielgerichtete Nutzung«* der über das Land an die Brandenburger Kommunen verteilten Gelder heißen: *»Infrastruktur stärken, Zukunft sichern, Lebensqualität verbessern«*.

Der Anteil, welcher der Stadt Bernau im Rahmen des *»Zukunftspakets Brandenburg«* zur weitgehend freien Verwendung zugewiesen wurde, beträgt 20,6 Millionen Euro (vgl. BBP I/2026). Die Fraktion fordert, diese Beträge in Form von Haushaltsmitteln und Verpflichtungsermächtigungen in die Haushaltsplanung ab 2027 aufzunehmen und die Mittel *»umfassend zu nutzen. Nach rund einem Jahr der Diskussion sollen nun konkrete Projekte verbindlich mit Geld untersetzt werden«*. Der Stadt Bernau eröffne sich die *»Chance, dringend notwendige Investitionen schneller und verläßlicher umzusetzen«* und so die *»Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger spürbar zu verbessern«*, meint der Fraktionsvorsitzende Jan Bernatzki.

Die Mittel sollen *»insbesondere für wichtige Zukunftsprojekte eingesetzt werden«*. Für BVB/Freie Wähler sind das *»die Vorbereitung und Umsetzung einer weiträumigen Ortsumgehungsstraße«*, aber auch *»Investitionen in die Modernisierung und Erweiterung von Schulen und Kindertagesstätten sowie Maßnahmen zur Stärkung der Ortsteile, etwa die Neugestaltung der Alten Feuerwache in Schönow oder die Schaffung eines Gemeinschaftshauses in Waldfrieden«*.

»Es ist wahrscheinlich unsere letzte Chance«, erklärt der Stadtverordnete Péter Vida, *»eine Ortsumgehungsstraße auf den Weg zu bringen. Worum seit mehr als 30 Jahren gerungen wird, muß endlich zur Entlastung der Bernauer angepackt werden. Die Investition wäre absolut zukunftsgerichtet.«*

Durch die Aufnahme entsprechender Verpflichtungsermächtigungen in die Haushaltsplanung sollen frühzeitig die Mittel dafür veranschlagt werden. Damit *»schaffen wir die Voraussetzungen, Fördergelder optimal abzurufen und wichtige Projekte rechtzeitig zu realisieren«*, erläutert Jan Bernatzki. Dies erhöhe die Planungssicherheit für Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger sowie alle beteiligten Projektpartner.

Sichere Radverkehrslösung

Bernau (bbp). Die Bernauer Stadtfraktionen von Die PARTEI/Die Linke und BVB/Freie Wähler setzen sich für die Wiederherstellung der bisherigen Radverkehrsführung an der Schönower Chaussee ein. Der dortige Gehweg in Richtung Wasserturm soll wieder für Radfahrende freigegeben werden.

Es sei keine überzeugende Antwort auf bestehende Sicherheitsprobleme, Radfahrende einfach auf eine stark befahrene Hauptstraße ohne Radverkehrsinfrastruktur zu schicken. Begründet wurde die im März erfolgte Aufhebung der Freigabe unter anderem mit der Unfall- und Gefahrenlage an den Einmündungen. Es muß jedoch auch geprüft werden, welche neuen Risiken durch die Verlagerung des Radverkehrs auf die Fahrbahn entstehen, insbesondere für Kinder und Jugendliche.

Sollte die Straßenverkehrsbehörde die beantragte Freigabe ablehnen, soll zumindest eine umfassende fachliche Neubewertung der aktuellen Situation erfolgen. Ein entsprechender Vor-Ort-Termin mit der Unfallkommission des Landkreises wurde mehrfach verschoben.

Ziel sei nicht der Streit um ein Verkehrsschild, sondern mehr Sicherheit für Radfahrende und Fußgänger. Wenn technische Sicherungen oder bessere Querungsmöglichkeiten helfen können, müssen auch diese Optionen auf den Tisch.

Straßensperrung in Finowfurt

Was sagen die Bürgermeister von Schorfheide und Eberswalde?

Finowfurt (bbp). Vom 14. September bis 31. Oktober ist die B167 in der Ortsdurchfahrt Finowfurt zwischen der Aral-Tankstelle und der Anschlußstelle zur A11 sowie die östliche Zufahrt zur A11 voll für den Straßenverkehr gesperrt. So hatte es der Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg (LBS) angekündigt.

Von dieser Baumaßnahme sind nicht nur die Einwohner der Gemeinde Schorfheide, insbesondere des Ortsteils Finowfurt, betroffen, sondern in hohem Maße auch die Bewohner von Eberswalde sowie Pendler, die in der Region arbeiten.

Die Sperrung ist so gewählt, daß innerhalb des Ortes Finowfurt keinerlei Umfahrungsmöglichkeiten der Baustelle bestehen. Der LBS benannte großräumige Umleitungen über Altenhof/Joachimsthal/Eichhorst und Zerpenschleuse–Klosterfelde–Lanke–Biesenthal, mit vielen Kilometern Umweg für die Betroffenen.

Die BBP-Redaktion stellte den Bürgermeistern von Schorfheide und Eberswalde dazu einige Fragen:

1. Wurde die Gemeinde Schorfheide bzw. die Stadt Eberswalde in die Planung der Baumaßnahme, der Sperrungen und Umleitungen einbezogen? Wenn ja, in welcher Form?
2. Sehen Sie Möglichkeiten, noch auf die Form und Zeitdauer der Sperrungen Einfluß zu nehmen, bspw. durch den Vorschlag, die Baumaßnahme in Bauabschnitte zu teilen, um so zumindest für einen Teil der Bauarbeiten innerörtliche Umleitungen in Finowfurt zu ermöglichen?
3. Nun steht der Landesbetrieb Straßenwesen insgesamt nicht in dem Ruf, daß dort mögliche Belastungen für die Verkehrsteilnehmer in der Entscheidungsfindung überhaupt irgendeine Rolle spielen. Vielmehr ist der Landesbetrieb seit langem für seine Arroganz, Rücksichtslosigkeit und Menschenfeindlichkeit bekannt. Welche Möglichkeiten sehen Sie, hier eine generelle Änderung im Verhalten und Herangehen des Landesbetriebs Straßenwesen zu erreichen? Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Beteiligung der Kommunen und anderer Betroffener in solchen Angelegenheiten zu verbessern?

Für den Schorfheider Bürgermeister Wilhelm Westerkamp antwortete dessen Pressesprecher Ulf Kämpfe, der darüber informierte, daß Vertreter der Gemeinde an den relevanten Besprechungen zur Baumaßnahme und an der Bauanlaufberatung vor Ort teilgenommen haben. Die Gemeinde wurde auch vor Erteilung der straßenverkehrsrechtlichen Anordnung durch den Landesbetrieb angehört.

Eine Änderung des Bauablaufs sei indes hinfällig, *»da der Bau ja bereits begonnen hat. Uns ist bewußt, daß die Baumaßnahme erhebliche Einschränkungen sowohl für Pendler als auch für die betroffenen Anwohner in Finowfurt mit sich bringt. Die Argumente des Landesbetriebes, daß unter Vollsperrung und in einem Fluß schneller und effizienter gebaut werden kann, sind durchaus nachzuvollziehen. Möglicherweise kann die Gesamtdauer der Belastung dadurch vielleicht sogar verkürzt werden. Dazu kommt: Eine Aufteilung in Bauabschnitte mit innerörtlichen Umleitungen in Finowfurt hätte zudem zu weiteren Belastungen für die Finowfurter Anwohner geführt, da die Nebenstraßen der zu erwartenden Verkehrsmenge nicht gewachsen wären.«*

Zur dritten Frage heißt es: *»Ihre Vorwürfe an den LBS können wir in dieser Form nicht nachvollziehen. Die Zusammenarbeit zwischen unserer Gemeinde und dem Landesbetrieb ist gegeben. Ein Beispiel dafür ist die kürzliche Baumaßnahme zur Fahrbahnerneuerung der L238 in und um Altenhof.«*

Für den Eberswalder Bürgermeister Götz Herrmann antwortete dessen Pressesprecher Dr. Markus Mirschel: *»Wie Sie selbst festhalten, liegen die Maßnahmen außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Stadt Eberswalde. Für Planung, Durchführung, Sperrungen und Umleitungen ist der Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg als zuständiger Straßenbaulastträger verantwortlich.«* Es sei nachvollziehbar, daß die Sperrung erhebliche Auswirkungen auf das regionale Verkehrsnetz und den Pendlerverkehr hat. Die Stadt Eberswalde stehe bei Maßnahmen dieser Art im Austausch mit dem Landesbetrieb. Über eine abschnittsweise Umsetzung oder innerörtliche Umfahrung müßten die zuständigen Fachstellen prüfen und entscheiden. *»Bei aller berechtigten Kritik an den Beeinträchtigungen während der Bauphase ist zugleich zu berücksichtigen, daß die Sanierung der B167 eine notwendige Investition in die bestehende Infrastruktur darstellt. Rechtzeitige Sanierungen tragen dazu bei, den Wert und die Leistungsfähigkeit des Straßennetzes langfristig zu erhalten und aufwendigere Folgemaßnahmen zu vermeiden. Eine leistungsfähige und verkehrssichere Infrastruktur ist zudem ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen, Gewerbe und die weitere Entwicklung der Region. Die Sanierung dient damit nicht nur der Verbesserung der heutigen Verkehrsverhältnisse, sondern auch dem langfristigen Erhalt und der Attraktivität des Standorts, eine Sanierung sichert auch Eberswalder Arbeitsplätze [...]«*

Was sagen die Betroffenen?

Finowfurt (bbp). Bezüglich der Straßensperrung in Finowfurt meldeten sich mehrere Einwohner aus Schorfheide bei der BBP-Redaktion.

Darunter der Gemeindevertreter Andreas Steiner. Er wies darauf hin, daß er als Bauausschußmitglied zu keinen Besprechungen mit dem Landesbetrieb Straßenwesen herangezogen wurde.

Ein anderer wunderte sich über die angebliche Notwendigkeit, diesen *»bestens intakten Straßenabschnitt erneut aufzureißen, obwohl vor gar nicht langer Zeit grundsaniert wurde, auch bei den Regeneinläufen. Und erst vor zwei Jahren wurde die Deckschicht erneuert.«* Daß die Fahrbahn in dem betroffenen Bereich zu jenen Abschnitten der B167 in Finowfurt und Eberswalde mit dem besten Oberflächenzustand gehört, konnte sich der BBP-Redakteur kurz vor Beginn der Baumaßnahmen selbst überzeugen. Sein Fazit: *»Dieser Straßenabschnitt gehört im gesamten Finowtal innerhalb bebauten Gebiets zu dem Teil mit dem besten Straßenzustand (gut bis sehr gut). Da schneidet die Ortsdurchfahrt der B167 durch Finow im Vergleich zumindest stellenweise deutlich schlechter ab. Hier wäre der Einbau einer neuen Deckschicht jedenfalls verständlicher.«*

Da fragt man sich nach den Gründen. Zumal die Erneuerung von intakten Straßen ja auch eine nicht unerhebliche Verschwendung von Steuermitteln darstellt und Kapazitäten verbraucht werden, die an anderen Stellen viel dringender gebraucht würden.

So sprießen die Vermutungen. Einer unserer Leser schreibt: *»Bund und Land und auch die Stadtverwaltung Eberswalde sind seit mehr als zwanzig Jahren ganz wild darauf, die A11-Anschlußstelle im Ort zu schließen und eine neue nördlich des Oder-Havel-Kanals zu schaffen. Der Bürgermeister von Eberswalde will Finowfurt von der Autobahn abschneiden. Die neue Ausfahrt soll dann natürlich 'Eberswalde' heißen. Für mich ist die Sache klar: Die aktuelle Sperrung ist nichts weiter als ein Versuchsballon: Was lassen sich die Menschen gefallen? Dieses Konzept scheint zu funktionieren, die Leute lassen sich alles gefallen. Für Widerstand sind sie zu bequem, zu träge, zu feige!«*

»Ich frage mich«, schrieb ein anderer, *»was eigentlich passiert, wenn Notfalleinsätze der Polizei, der Feuerwehr, des Katatrophenschutzes oder des Gesundheitswesens erforderlich sind? Fährt man nunmehr Notfallsanitäter, halbtote Patienten oder Schwangere ebenso über die Umleitungen via Eichhorst oder Biesenthal zum Krankenhaus und umgekehrt? Ich wäre mir nicht sicher, ob das vorher geklärt wurde. Vermutlich sind genau diese Träger zuvor nicht einbezogen worden.«*

Sommer *in Lichterfelde*

Gemeinde sperrt Zugang zur Badewiese und »entsorgt« Sitzbänke

Lichterfelde (bbp). Der Hochsommer hatte gerade begonnen, da mußten die Lichterfelder Einwohnerinnen und Einwohner feststellen, daß der Zugang zur Badestelle am Großen Buckowsee gesperrt worden war. Sie zeigten sich empört.

»Im Rahmen einer anschließenden Recherche beim zuständigen Forstamt Barnim«, informierte der Gemeindevertreter Dr. Andreas Steiner (Fraktion Frischer Wind für Schorfheide), sei mitgeteilt worden, *»daß die Sperrung der Zuwegung zur Naturbadestelle Großer Buckowsee durch die Gemeinde Schorfheide rechtswidrig erfolgt ist. Eine Waldsperrung darf ausschließlich durch das zuständige Forstamt und nur bei Gefahr im Verzug angeordnet werden. Nach Auskunft der Forstbehörde liegt ein solcher Fall hier nicht vor. Mit der Anordnung der Sperrung durch die Gemeinde Schorfheide, vertreten durch die Bauamtsleiterin Frau Ness, wurde somit ein rechtswidriger Vorgang eingeleitet.«*

Laut dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung Matthias Gabriel sei es den Bürgerinnen und Bürgern der Schorfheide weiterhin gestattet, die Naturbadestelle auf eigene Gefahr zu nutzen, während die Bauamtsleiterin der Gemeinde ankündigte, *»durch Dritte geschaffene Infrastruktur beseitigen zu lassen«*. Dabei handelt es sich um die am See vorhandenen Sitzbänke. Diese wurden – entgegen der ursprünglichen Darstellung der Gemeindeverwaltung – nicht durch den Verein Gemeinsam Lichterfelde e.V. errichtet, sondern befinden sich seit vielen Jahren auf der Badewiese. Genutzt werden sie überwiegend von Bürgerinnen und Bürgern aus Lichterfelde, die den Zugang zum See ganzjährig aufsuchen. *»Inzwischen wurden die Sitzbänke durch die Gemeinde entfernt«*, so Dr. Steiner, *»was bei den Bürgerinnen und Bürgern in Lichterfelde zu erheblichem Unverständnis und berechtigtem Ärger geführt hat«*.



Foto: Gabriele Horn.

Badestelle am Großen Buckowsee. Im Frühjahr noch mit Bänken, die gern genutzt wurden.

Angeblich seien die Bäume entlang des Waldweges durch Brandkrustenpilz befallen, was eine Gefährdung für die Nutzer des Weges darstellen würde. Die Forstbehörde wußte davon nichts. Dr. Steiner bat daher um Auskunft und Akteneinsicht, wer ein solches Gutachten erstellt hat. Unklar seien auch die Umstände eines per eMail an den Verein versandten Briefes der Gemeindeverwaltung, der angeblich nichtöffentlichen Charakter gehabt haben soll. Allerdings war auch der Eigentümer des Großen Buckowsees im CC aufgeführt. Davon abgesehen erscheint unklar, inwieweit Briefe an einen Verein überhaupt *»nichtöffentlich«* sein können.

Steiners Fraktion hat inzwischen beantragt, daß die Thematik nach der Sommerpause eine detaillierte Behandlung in den zuständigen Fachausschüssen sowie in der Gemeindevertretung erfährt. *»Zudem sprechen wir uns für den Erlaß einer Veränderungssperre an der Lichterfelder Badewiese des Großen Buckowsees aus. Die von der Bauamtsleiterin in der Gemeindevertretersitzung angesprochene Lenkung der Besucherströme kann nicht allein Aufgabe der Verwaltung sein.«* *(siehe auch Seite 27)*

BiesenTHALK:

Wie entwickelt sich Biesenthal?

Informations- und Diskussionsveranstaltung zum neuen Flächennutzungsplan

Biesenthal (bbp). Unter dem Titel *»Biesen THALK – Biesenthal im Gespräch«* starteten die Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen/SPD in der Biesenthaler Stadtverordnetenversammlung ein neues Veranstaltungsformat für Austausch und Diskussion.

Zum Auftakt am 15. September im Kulturbahnhof Biesenthal ging es um ein Thema, das die zukünftige Entwicklung der Stadt maßgeblich mitbestimmen wird: den neuen Flächennutzungsplan. Der Entwurf bietet Anlaß für viele Fragen: Wo soll in Biesenthal künftig gewohnt und gearbeitet werden? Welche Flächen sollen entwickelt werden? Wo sollen Natur und Freiräume erhalten bleiben? Und wie kann sich Biesenthal nachhaltig und gleichzeitig lebenswert weiterentwickeln?

Im Rahmen des ersten BiesenTHALK wurde der Entwurf vorgestellt und gemeinsam diskutiert. *»Mit BiesenTHALK wollen wir einen regelmäßigen Ort schaffen, an dem wir über wichtige Themen unserer Stadt miteinander ins Gespräch kommen. Politik soll nicht nur in Sitzungen stattfinden – wir wollen zuhören, erklären und gemeinsam diskutieren«*, so die Veranstalter.

RB63-Gleisabbau?

Joachimsthal (bbp). In der Bürgerfragestunde am 24. September in der Stadtverordnetenversammlung (StVV) meldete sich Hans-Joachim Rowold von der Joachimsthaler BSW-Ortsgruppe zu Wort und fragte nach Hintergründen im Zusammenhang mit erfolgten Waldabholzungungen zur Errichtung eines *»Sozial-Campus«*. Vermutet wird, daß hier nicht alle erforderlichen Genehmigungen eingeholt worden sind.

Einen weiteren Fragekomplex widmeten die Joachimsthaler BSWler den Vorplanungen für einen Gleisrückbau auf der Bahnstrecke Joachimsthal-Templin (RB 63), die derzeit im Gange sind. Hier hat die gemeinnützige Touristikbahnstiftung Templin ihre Absicht bekundet, diese Strecke zu übernehmen, um sie damit vor dem Abriß zu bewahren. Rowold und seine Mitstreiter möchten von den Stadtverordneten wissen, wie sie darüber denken.

Die Bürgerinitiative Eisenbahn, der Rowold angehört, strebt eine Ringverbindung über den ehemaligen Hauptbahnhof Templin an, und diese – wenn möglich – elektrifiziert.

Argwohn und Begegnung

Britz-Chorin-Oderberg (bbp). Im Rahmen des Programms Land.Gestalten gibt es eine spannende, kostenlose Workshopreihe zum Thema Konfliktkultur, Dialog und Beteiligung. *»Vom Argwohn zur Begegnung«* findet am 9. und 30. Oktober sowie am 27. November von 16.30 Uhr bis 20.30 Uhr im Amtsbereich Britz-Chorin-Oderberg statt. Der genaue Ort wird noch geklärt.

Die als praxisnah konzipierten Workshops richten sich an alle Interessierten und Engagierten zu Konfliktkultur, Dialog und Beteiligung. Als Referent fungiert Dr. Martin Kowarsch von der Firma CIVILOG – Schatz-Reimann-Kowarsch GbR, die am Karl-Marx-Platz 11 in Eberswalde ihren Sitz hat. Kowarsch ist Lehrbeauftragter für Angewandte Ethik und Demokratie an der Universität AalBorg (Dänemark) und war von 2012 bis 2023 Arbeitsgruppenleiter am Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC, inzwischen Teil des PIK Potsdam).

Mehr Infos und die Möglichkeit zur Anmeldung finden sich im Internet (landgestalten.jetzt). Getragen wird das Projekt durch den Perspektive Oderberg e.V. Dieser Verein betreibt das Projektbüro Land.Gestalten in der Angermünder Str. 60/61 in Oderberg. Ziel des Projektes ist, Menschen in der Region Britz-Chorin-Oderberg zusammenzubringen: Kulturschaffende, Unternehmen, Vereine sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger. Durch Vernetzung, Austausch und Zusammenarbeit werden Kultur, Ideen und Perspektiven gefördert und eine lebendige Region gestaltet.

Clara Zetkin (1923):

Der **Kampf** *gegen den Faschismus*

Das Proletariat habe im Faschismus, begann Clara Zetkin ihren Bericht auf dem III. Erweiterten Plenum des Exekutivkommitees der Kommunistischen Internationale am 20. Juni 1923 in Moskau[1], *»einen außerordentlich gefährlichen und furchtbaren Feind vor sich. Der Faschismus ist der stärkste, der konzentrierteste, er ist der klassische Ausdruck der Generaloffensive der Weltbourgeoisie in diesem Augenblick. Ihn niederzuringen ist eine elementare Notwendigkeit.«*

Es war die erste umfassende Analyse der neuen Erscheinung, jener Kräfte, die in Italien im Oktober 1922 mit ihrem *»Marsch auf Rom«* an die Macht gelangt waren und die sich in Bayern gerade anschickten, mit ihrem *»Marsch auf Berlin«* die Weimarer Republik zu Fall zu bringen.[2]

Clara Zetkin wandte sich gegen die damals verbreitete Auffassung, Faschismus sei nichts weiter als gewalttätiger bürgerlicher Terror und vergleichbar mit *»dem weißen Schrecken des Horthy-Ungarn«*. Zwar seien *»die blutigen terroristischen Methoden des Faschismus und des Horthy-Regimes die gleichen«* und kehren sich gleicherweise gegen das Proletariat, aber *»das geschichtliche Wesen der beiden Erscheinungen [ist] außerordentlich verschieden«*.

Der Horthy-Terror kam als Rache gegen die Revolution, vollstreckt von einer kleinen Kaste feudaler Offiziere. Faschismus hingegen sei *»keineswegs die Rache der Bourgeoisie dafür, daß das Proletariat sich kämpfend erhob. Historisch, objektiv betrachtet, kommt der Faschismus vielmehr als Strafe, weil das Proletariat nicht die Revolution, die in Rußland eingeleitet worden ist, weitergeführt und weitergetrieben hat. Und der Träger des Faschismus ist nicht eine kleine Kaste, sondern es sind breite soziale Schichten, große Massen, die selbst bis in das Proletariat hineinreichen.«*

Um mit dem Faschismus fertig zu werden, *»müssen [wir] ihn auch politisch und ideologisch niederringen«*.

Die Auffassung, daß der Faschismus bloßer bürgerlicher Terror sei, werde nicht nur *»von radikalen Elementen unserer Bewegung vertreten«*, sondern zum Teil auch von den reformistischen Sozialdemokraten. *»Für sie ist der Faschismus nichts als Terror, Gewalt, und zwar bourgeoiser Reflex der Gewalt, die von seiten des Proletariats gegen die bürgerliche Gesellschaft ausgegangen ist oder die ihr angedroht wird. Für die Herren Reformisten spielt die russische Revolution dieselbe Rolle wie für die Bibelgläubigen der Apfelbiß im Paradies. Sie ist der Ausgangspunkt aller terroristischer Erscheinungen der Gegenwart. Als ob kein imperialistischer Raubkrieg gewesen wäre und keine Klassendiktatur der Bourgeoisie existierte!«*

Clara Zetkin verweist in diesem Zusammenhang auf Otto Bauer, der bei allem Verweis auf den *»bolschewistischen Terror«* aber auch anerkennen mußte: *»In Mitteleuropa sind wir heute gezwungen, den Gewaltorganisationen des Faschismus Abwehrorganisationen des Proletariats gegenüberzustellen. Denn kein Appell an die Demokratie kann gegen die direkte Gewalt ausreichen.«* Konkret schlug Bauer dann ein internationales Informationsbüro vor, das über die Weltreaktion genau berichtet. Dahinter stecke, so Clara Zetkin, *»der reformistische Glaube an die Stärke, die Unerschütterlichkeit der kapitalistischen Ordnung. [...] Die Reformisten sehen im Faschismus den Ausdruck der Unerschütterlichkeit, der alles übertreffenden Kraft und Stärke der bourgeoisen Klassenherrschaft, der das Proletariat nicht gewachsen ist, gegen die den Kampf aufzunehmen vermessen und vergeblich ist. Es bleibt ihm so nichts anderes übrig, als still und bescheiden zur Seite zu treten, den Tiger oder Löwen der bürgerlichen Klassenherrschaft ja nicht durch den Kampf für seine Befreiung, für seine Diktatur zu reizen, kurz, auf Gegenwart und Zukunft zu verzichten und geduldig abzuwarten, ob man auf dem Wege der Demokratie und Reform ein weniges vorwärtskommen könne.«*

Clara Zetkin setzt dem entgegen, *»daß der Faschismus, mag er sich noch so kraftmeierisch gebärden, ein Ausfluß der Zerrüttung und des Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaft und ein Symptom der Auflösung des bürgerlichen Staates ist. Nur wenn wir verstehen, daß der Faschismus eine zündende, mitreißende Wirkung auf breite soziale Massen ausübt, die die frühere Existenzsicherheit und damit häufig den Glauben an die Ordnung von heute schon verloren haben, werden wir ihn bekämpfen können. Die eine Wurzel des Faschismus ist in der Tat die Auflösung der kapitalistischen Wirtschaft und des bürgerlichen Staates.«*

Schon vor dem 1. Weltkrieg habe es *»Symptome für die Proletarisierung bürgerlicher Schichten«* gegeben. Der Krieg zerrüttete die kapitalistische Wirtschaft in ihren Tiefen. Die Verelendung traf nicht nur das Proletariat, sondern ebensosehr breiteste klein- und mittelbürgerliche Massen, das Kleinbauerntum und Intellektuelle. *»Schlimmer als alles lastet auf ihnen das Fehlen der Existenzsicherheit, die sie in der Vorkriegszeit noch hatten.«* In allen Ländern habe sich die Lage der Mittelschichten erheblich verschlechtert bis hin *»zur Zerreibung, zur Vernichtung dieser sozialen Schichten«*. Hinzu kommen *»kleine und mittlere Beamte des Staates, der öffentlichen Dienste. Zu ihnen gesellen sich – auch in den Siegerstaaten – Offiziere, Unteroffiziere usw., die berufslos und erwerbslos geworden sind. Soziale Elemente dieser Art stellen dem Faschismus ebenfalls ein stattliches Kontingent, ein Kontingent, das besonders dafür ausschlaggebend ist, daß dieser in manchen Ländern einen ausgesprochen monarchistischen Charakter trägt.«*

Aber der Faschismus habe noch eine andere Wurzel: *»Es ist das Stocken, der schleppende Gang der Weltrevolution infolge des Verrates der reformistischen Führer der Arbeiterbewegung. Ein großer Teil der proletarisierten oder von der Proletarisierung bedrohten klein- und mittelbürgerlichen Schichten, der Beamten, bürgerlichen Intellektuellen hatte die Kriegspsychologie durch eine gewisse Sympathie für den reformistischen Sozialismus ersetzt. Sie erhofften vom reformistischen Sozialismus dank der 'Demokratie' eine Weltwende. Diese Erwartungen sind bitter enttäuscht worden.«* Auch proletarische Elemente, so Zetkin, gehörten zu den Enttäuschten – was, so Clara Zetkin, durchaus auch an Fehlern der kommunistischen Parteien lag.

Der Faschismus *»wurde ein Asyl für politisch Obdachlose, für sozial Entwurzelte, für Existenzlose und Enttäuschte«*, die *»wähnen, daß der ernste Wille, sozial ein Neues, Besseres zu schaffen, machtvoll genug sei, alle Klassengegensätze zu überbrücken. Das Mittel für die Verwirklichung des faschistischen Ideals ist ihnen der Staat. Ein starker, ein autoritärer Staat, der gleichzeitig ihr ureigenstes Geschöpf und ihr williges Werkzeug sein soll.«*

Tatsächlich ziehe aber vor allem die Bourgeoisie Vorteile aus dem Faschismus. *»Sie erstrebt [...] die Erhaltung ihrer Klassenherrschaft. Unter den gegebenen Umständen hat die Verwirklichung ihres Zieles eine erhebliche Steigerung und Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats zur Voraussetzung. [...] Sie rechnet damit, daß sie das Proletariat nur noch mit Hilfe von Gewaltmitteln unterwerfen und ausbeuten kann.«*

Zwei Wesenszüge sind dem Faschismus *»in allen Ländern eigen: ein scheinrevolutionäres Programm, das außerordentlich geschickt an die Stimmungen, Interessen und Forderungen breitester sozialer Massen anknüpft, dazu die Anwendung des brutalsten, gewalttätigsten Terrors«*.

1 – Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 12.-23. Juni 1923, Hamburg 1923, S. 204-232

2 – Manfred Weißbecker: Der historische Faschismus und frühe marxistische Deutungen – Schnee von gestern oder doch beachtenswert?, in: Z. – Zeitschrift für marxistische Erneuerung Nr. 146, S. 35.

Reinhard Opitz (1984):

Imperialismus *und Faschismus*

Reinhard Opitz (1934-1986) befaßte sich 1984 mit der Entstehung der »völkischen« Richtung im politischen Kräftespektrum der bürgerlichen Gesellschaft[1]: *»Man versteht vom deutschen Faschismus (...) so gut wie nichts, solange man nicht zuvor verstanden hat, weshalb es bereits seit den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts (...) zur Ausbildung einer eigentümlich neuartigen, von Anfang an besonders demagogisch auftretenden und sich von allen bislang bekannten Parteirichtungen auf irritierende, schwer einzuordnende Weise abhebenden Richtung kam, derjenigen, die sich schon vor dem Ersten Weltkrieg zunehmend selber die 'völkische' nannte.«*

Mit dem Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz in sein imperialistisches (monopolkapitalistisches) Stadium etwa ab 1890 resultierten neuartige Interessen des neuen imperialisitischen Großkapitals und damit zusammenhängend ein entsprechend neuartiger politischer Ideologiebedarf (bzw. Demagogiebedarf) zur innenpolitischen Durchsetzung. *»Man kann den Faschismus nicht ohne den Imperialismus verstehen – eine einfache, freilich nur zu oft außer acht gelassene Wahrheit. Man kann ihn aber auch nicht ohne die historisch je konkreten länderspezifisch und situationsbedingt differierenden innenpolitischen Durchsetzungsprobleme der Interessen des Imperialismus verstehen.«*

Opitz bezieht sich auf Lenins Imperialismus-Definition, aus der unmittelbar Lenins Theorie der imperialistischen Kriege folgt. Insbesondere die Tatsache, daß die territoriale Aufteilung der Welt unter den kapitalistischen Großmächte beendet war, zwang die aufstrebenden neuen, bei der kolonialen Aufteilung zu kurz gekommenen Mächte, mittels *»Erdneuverteilungskriege«* ihren Anteil am Besitz der Erdoberfläche gewaltsam zu vergrößern.

»Es war nun zum dringlichen innenpolitischen Interesse des Monopolkapitals geworden, auch die Bevölkerung – von der man sich in einem solchen Krieg getragen wissen und auf die man sich auch schon bei seiner Vorbereitung stützen mußte – hinter der eigenen Kriegsflagge möglichst geschlossen und möglichst begeistert zu versammeln[...] Der bisherige bürgerliche-liberale Nationalismus oder liberale Patriotismus bedurfte angesichts der monopolkapitalistischen Expansionsinteressen nun also einer Korrektur, mußte imperialistischer Nationalismus werden.«

Der Unterschied bestand darin, daß der Nationalgedanke des vorimperialstischen Liberalismus noch vom *»jeder Nation zustehenden, gleichsam natürlichen Rechts (Naturrecht) auf ihren eigenen Staat«* ausging. Der Kampf des älteren Liberalismus und liberalen Nationalismus ging um die Einheit der Nation und richtete sich *»gegen die Fürstenherrschaft und für bürgerliche – das bedeutete aber damals objektiv: Erweiterung der allgemeinen – Freiheitsrechte«*. Unter den Bedingungen des Imperialismus *»aber wurde genau das Gegenteil benötigt«*, ein Nationalgedanke, aus dem das *»Recht«* der eigenen Nation auf die Beseitigung der Eigenstaatlichkeit anderer Nationen



und auf deren politische Beherrschung resultierte. Das erforderte im Inneren politische Subordination, nationale *»Willensgeschlossenheit«* und Hingabefreudigkeit für eine *»gemeinsame«*, inhaltlich vorgegebene *»nationale«* Sache der Expansion. Heute sagt man *»Kriegstüchtigkeit«*. Kritik daran wurde damals als *»antinational«* und *»vaterlandsfeindlich«* denunziert.

Opitz zitiert Friedrich Naumann (*»Ideal der Freiheit«*, 1908): *»Die Geschichte lehrt, daß der Gesamtfortschritt der Kultur gar nicht anders möglich ist als durch Zerbrechung der nationalen Freiheit kleinerer Völker. [...] Die Geschichte hat entschieden, daß es führende Nationen gibt und solche, die geführt werden.«*

In der Folge untersucht Opitz die Grundlagen des imperialistischen Rassismus als Synthese von Sozialdarwinismus, Nationalismus und Rassismus. Im imperialistischen Antisemitismus werde die religiöse Grundlage des mittelalterlichen Antisemitismus durch bürgerlichen Nationalismus und dem sozialdarwinistisch geprägten Rassismus ersetzt. *»Mit diesem rassistisch-sozialdarwinistisch begründeten 'modernen' Antisemitismus also verknüpften [...] nun diejenigen, denen es um die Integration der Arbeiterschaft in den imperialistischen Kriegswillen zu tun war, ihre nationalistisch-rassistische Argumentation[...] Daraus ergab sich ein ganz bestimmtes, in der Geschichte richtungskonstitutiv werdendes politisches Demagogiemodell, das Modell der 'völkischen Sozialismusdemagogie'.«* Blutsgemeinschaft bzw. Volksgemeinschaft statt Klassenkampf. Rassenkampf statt Klassenkampf. *»Nationaler«* Sozialismus als volks-*»ganzheitlicher«* Sozialismus, als *»völkischer«* Sozialismus. Die Ausbeutung wurde nicht geleugnet, aber auf das *»raffende«* (=jüdische) Kapital fokussiert.

So wie der Faschismus *»selbst insgesamt nur aus dem Expansionsdrang des deutschen Monopolkapitals sich erklärte, er dessen bloßes politisches Produkt und sein 'Drittes Reich' eine einzige Veranstaltung zur Erziehung eines ganzen Volkes zu ebenso aufopferungs- wie über andere Völker herrschaftswilligen und ideologisch-charakterlich herrschafts'fähigen', d.h. sich ihnen gegenüber auch wahrhaft im Sinne Nietzsches und Himmlers als mitleidsfreie Herrenmenschen jenseits 'sentimentaler Humanitätswandlungen' bewährenden Erfüllungsgehilfen dieses Expansionsdrangs war, so gehörte zu ihm als seine davon dann nur unzertrennliche Kehrseite ebenso die Entschlossenheit zur rücksichtslosen Ausrottung aller auch nur latenten Verunsicher seines Herrschaftsanspruchs hinzu, und eben dies machte seine ihn von allen bisher bekannten bürgerlich-monopolkapitalistischen Partei- und Politikströmungen so spezifisch abhebende Rigorosität aus.*

Sieht man sich so die Geschichte des deutschen Faschismus an der Macht aus diesem ihn selbst überhaupt erst erklärenden Blickwinkel an, rückt aber auch der 'Holocoust' aus der ihm zugewiesenen Stellung von etwas angeblich ganz einsam dastehenden unfaßbaren Exorbitantem heraus [...] und er fügt sich dem Kontext der gesamten, eben tatsächlich keineswegs auf die Juden beschränkten 'Holocoust'-Politik sowie sonstigen unzähligen Verbrechen des deutschen Faschismus ein, verliert somit den verhängnisvoll mysteriösen Schein des rational Unergründlichen und der Erklärung Unzugänglichen.«

1 – Reinhard Opitz (1934-1986): Zur Entstehung der »völkischen« Richtung im politischen Kräftespektrum der bürgerlichen Gesellschaft. In: Reinhard Opitz: Faschismus und Neofaschismus. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1984, und Akademie-Verlag, Berlin/DDR 1984. Hier nach: junge Welt, Artikelserie Juni bis September 2026.

Otto Bauer (1924/1936):

Ähnlichkeiten mit dem **Bonapartismus**

Der Austromarxist Otto Bauer griff als einer der ersten sozialistischen Autoren bei der Beschreibung des damals neuen Phänomens *»Faschismus«* auf die Bonapartismustheorie von Marx und Engels zurück.[1]

»Den Revolutionen von 1918«, schrieb Bauer später im Faschismus-Kapitel seiner 1936 erschienen Schrift *»Zwischen Zwei Weltkriegen?«*[2], sei *»die Gegenrevolution gefolgt«*. In vielen Ländern wie Polen, Jugoslawien, Ungarn und Bulgarien seien Diktaturen ohne die besonderen Charakterzüge des Faschismus an die Macht gelangt. Selbst dort, wo Terrorgruppen *»schon einen den faschistischen Stoßtrupps ähnlichen Charakter«* aufwiesen wie in Ungarn und Bulgarien, fiel die Macht nach kurzer Zeit wieder *»in die Hände der alten und altmodischen Oligarchie zurück«*. Nachdem die *»neue, faschistische Form der Despotie«* in Italien und in Deutschland zum Siege gelangte, sei der Faschismus freilich *»die neugefundene Form der Diktatur der kapitalistischen Klassen, deren Methoden nun auch von gegenrevolutionären Regierungen anderen Ursprungs nachgeahmt werden«*.

Für Bauer ist *»der Faschismus das Resultat dreier eng miteinander verschlungener sozialer Prozesse. Erstens hat der Krieg Massen von Kriegsteilnehmern aus dem bürgerlichen Leben hinausgeschleudert und deklassiert«*. Aus diesem militaristischen und nationalistischen Milieu rekrutierten die Milizen, Freikorps und Wehrverbände der Konterrevolution ihr Personal. *»Zweitens haben die Wirtschaftskrisen der Nachkriegszeit breite Massen von Kleinbürgern und Bauern verelendet. Diese Massen, pauperisiert und erbittert, fielen von den bürgerlich-demokratischen Massenparteien, denen sie bisher Gefolgschaft geleistet hatten, ab, sie wandten sich enttäuscht und haßerfüllt gegen die Demokratie, mittels der sie bisher ihre Interessen vertreten hatten [...] Drittens haben die Wirtschaftskrisen der Nachkriegszeit die Profite der Kapitalistenklasse gesenkt. Die Kapitalistenklasse, an ihren Profiten bedroht, will ihre Profite durch Steigerung des Grades der Ausbeutung wiederherstellen. Sie will den Widerstand, den die Arbeiterklasse dem entgegensetzt, brechen. [...] Sie unterstützt die Faschisten zuerst mit ihren Geldmitteln. Sie verhält ihren Staatsapparat, den faschistischen Milizen Waffen zu liefern und den faschistischen Gewaltaktionen gegen die Arbeiterklasse Straflosigkeit zu sichern. Sie verhält ihn schließlich, die Staatsmacht den Faschisten zu übergeben.«*

Die faschistische Bewegung mit ihrem militaristisch-nationalistischen Kern wurde laut Otto Bauer *»vorerst zu einer Massenbewegung der Kleinbürger und Bauern«*. Zur Macht wurde sie *»nur dadurch, daß sich die Kapitalistenklasse entschloß, sich ihrer zur Niederwerfung der Arbeiterklasse zu bedienen«*. In Italien waren es zunächst die Großgrundbesitzer, die 1921 die Fascio gegen die umsichgreifende Agrarrevolution zu Hilfe riefen. *»Rief ein Großgrundbesitzer die Faschisten an, so besetzten sie schwer bewaffnet das Dorf, sie setzten den Gemeinderat ab und setzten einen neuen Bürgermeister ein, steckten den Sitz des Taglöhnerverbandes in Brand, mißhandelten und vertrieben seine Führer, mordeten alle, die Widerstand leisteten. Durch diese 'Strafexpeditionen' wurde die Kraft des Landproletariats gebrochen.«* Die städtische Bourgeoisie ahmte das Beispiel der Großgrundbesitzer bald nach: *»Die Faschisten besetzten die Städte, sie erzwangen den Rücktritt der roten Bürgermeister und Gemeinderäte, sie zerstörten die Gewerkschaftslokale, sie vertrieben, mißhandelten, mordeten die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft. Die Kapitalistenklasse hatte das Mittel entdeckt, den stürmischen Angriff der Arbeiterklasse abzuwehren, die Arbeiterklasse niederzuwerfen.«* Sie stellte reiche Geldmittel zur Verfügung für die Erhaltung und Ausrüstung der Stoßtrupps und sorgte dafür, *»daß ihre Staatsgewalt die Aktionen der Faschisten förderte. Schon im Oktober 1920 hat der Generalstabschef Badoglio die Divisionskommandeure angewiesen, die faschistische Bewegung zu unterstützen. Aus den Beständen der Armee gingen Waffen in die Hände der Faschisten über. Unternahmen die Faschisten 'Strafexpeditionen' gegen die Arbeiterschaft, so griff die Polizei nur ein, um unter dem Vorwand, Zusammenstöße zu verhüten, die Waffen der Arbeiter zu beschlagnahmen und ihre Führer zu verhaften.«*

Bei den *»Strafexpeditionen«* konnte, wer das schwarze Hemd trug, ungestraft morden, Brand legen, rauben, so Bauer. *»Diese Tatsache trieb dem Faschismus das ganze Lumpenproletariat zu«*, zumal die Mitglieder der faschistischen Stoßtrupps aus den großen Subventionen der Kapitalisten und der Großgrundbesitzer bekleidet und besoldet wurden. *»Das trieb Arbeitslose in ihre Reihen. Der Faschismus war in schnellem sieghaften Vormarsch; das trieb ihm aus allen Klassen die Menschen zu, welche immer auf der Seite des Siegers sind. Die faschistische Miliz wurde zur Sammelstelle der Deklassierten aller Klassen.«*

Dank der Hilfe der Bourgeoisie, so Bauer weiter, wurden die Faschisten zu stark, *»um als bloßes Werkzeug der Bourgeoisie zu dienen. Sie griff nach der Macht selbst.«* Die Bourgeoisie habe nur noch die Wahl gehabt, *»die faschistische Privatarmee, die sie finanziert und bewaffnet hatte, gewaltsam zu zerschmettern und damit das niedergeworfene Proletariat zu entfesseln oder der Privatarmee des Faschismus die Staatsmacht zu übergeben.«* Otto Bauer zitiert an dieser Stelle Karl Marx: *»Der Kampf scheint so geschlichtet, daß alle Klassen gleich machtlos und gleich lautlos vor dem Kolben niederknien.«*[3]

Ähnliche Erscheinungen beobachtete Bauer schon um 1923 in Deutschland. *»Die Junker beherbergten die aus dem Baltikum und aus Oberschlesien heimgekehrten Freikorps auf ihren Landgütern. Die Schwerindustrie subventionierte die völkischen Wehrverbände. Die Staatsgewalt formierte aus ihnen die 'Schwarze Reichswehr'. Die Regierung nützte 1923 [...] die Schwächung der vom völkischen Faschismus eingeschüchterten, in die Defensive gedrängten Arbeiterklasse aus zur Reichsexekution gegen die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen und zur Durchlöcherung des Achtstundentages. Aber dieses Bündnis zwischen Kapital und Faschismus wurde nach der Beendigung des Ruhrkrieges[4] zerrissen.«*

In der folgenden *»Prosperitätsperiode stützte die deutsche Bourgeoisie die bürgerlich-demokratischen Parteien. [...] Erst nach dem Einbruch der Krise von 1929 begannen die Kapitalisten und die Junker, sich wieder dem Faschismus zu nähern.«* Schwerindustrie und Junkertum erkannten in der nationalsozialistischen Bewegung *»das Mittel, die Arbeiterklasse zurückzuwerfen, den Einfluß der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften zurückzudrängen, die Hindernisse zu zerstören, die die demokratischen Institutionen dem Kampf des Kapitals um die Steigerung des Grades der Ausbeutung, um die Wiederherstellung der Profite bereiteten.«*

Hugenbergs Deutschnationale verbündeten sich mit Hitler in der *»Harzburger Front«* und *»die Bourgeois-Fraktionen, die Brüning stützten, benützten die Angst der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften vor einer faschistischen Diktatur, um von ihnen die 'Tolerierung' der kapitalistischen Diktatur Brünings, die die Lebenshaltung der Volksmassen mittels der Deflationspolitik ihrer Notverordnungen schnell senkte, zu erpressen. Die nationalen Sturmtrupps erwiesen sich nützlich, die Zustimmung der Arbeiterorganisationen zur Senkung der Lebenshaltung der Arbeiter, die Zustimmung der Demokratie zu einer kapitalistischen Diktatur zu erpressen; daher strömten ihnen die Subventionen der Großindustrie in großen Beträgen zu. Reichswehr, Bürokratie und Richtertum, zufrieden damit, daß das Anwachsen der nationalsozialistischen Flut die 'Marxisten' einschüchterte, sicherten den braunen Gewalthaufen, die auf der Straße Reichsbannermänner und Rot-Frontler niederschlugen, wohlwollende Behandlung durch die Staatsgewalt.«*

Ähnlich wie in Italien würden auch die deutschen Kapitalisten und Junker die Faschisten, die in Deutschland als Nazis bezeichnet wurden, als plebejische Emporkömmlinge, die nach der Macht streben, verachten. Sie wollten sich ihrer bedienen, *»um den Einfluß der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu überwinden, den Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Senkung der Löhne, gegen den Abbau der Arbeiterschutzgebung und der Arbeiterversicherung, gegen die Deflationspolitik einer Diktatur des Kapitals und des Großgrundbesitzes zu brechen. Aber hier wie dort ist der Faschismus den kapitalistischen Klassen bald über den Kopf gewachsen. Auch in Deutschland trat der Augenblick ein, in dem Junker und Kapitalisten nur noch die Wahl hatten, den Faschismus niederzuwerfen und dadurch die Machtverhältnisse mit einem Schlage zugunsten der Arbeiterklasse zurückzuverschieben oder die Staatsmacht dem Faschismus zu übergeben.«*

Noch schneller als in Italien habe aber *»der deutsche Faschismus die einmal eroberte Staatsmacht benützt, die bürgerlichen Parteien aus der Regierung hinauszuschleudern, die Parteien und Organisationen der Bourgeoisie aufzulösen, seine 'totalitäre' Diktatur zu etablieren. Auch hier schien der Klassenkampf damit zu enden, daß die faschistischen Gewalthaufen ihre Herrschaft über alle Klassen aufrichteten.«*

Otto Bauer erkennt, daß zum Zeitpunkt der Machtübergabe an die Faschisten keineswegs *»die Bourgeoisie von der proletarischen Revolution bedroht gewesen wäre. Er hat gesiegt, als das Proletariat schon längst geschwächt und in die Defensive gedrängt, die revolutionäre Flut schon abgeebbt war. Die Kapitalistenklasse und der Großgrundbesitz haben die Staatsmacht den faschistischen Gewalthaufen nicht deshalb überantwortet, um sich vor einer drohenden proletarischen Revolution zu schützen, sondern zu dem Zweck, um die Löhne zu drücken, die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse zu zerstören, die Gewerkschaften und die politischen Machtpositionen der Arbeiterklasse zu zertrümmern; nicht also, um einen revolutionären Sozialismus zu unterdrücken, sondern um die Errungenschaften des reformistischen Sozialismus zu zerschlagen.«*

Die Kapitalistenklasse bedient sich der Faschisten, aber *»sie kann die faschistischen Banden, die sie gegen das Proletariat mobilisiert hat, nicht mehr niederwerfen, ohne sich der Revanche des Proletariats auszusetzen. Sie muß daher sich selbst der Diktatur der faschistischen Banden unterwerfen, ihre eigenen Parteien und Organisationen der faschistischen Gewalt preisgeben. Die faschistische Diktatur entsteht so als das Resultat eines eigenartigen Gleichgewichts der Klassenkräfte«*, schlußfolgert Otto Bauer.

Die Bourgeoisie sei zu schwach, ihre Interessen *»noch mit jenen geistigen, ideologischen Mitteln, durch die sie in der bürgerlichen Demokratie die Wählermassen beherrscht, durchzusetzen«*. Der reformistische Sozialismus wirke auf dem *»Boden der bestehenden bürgerlichen Demokratie«* und erscheine daher den *»breiten kleinbürgerlichen, bäuerlichen, proletarischen Massen als eine 'Systempartei', als Teilhaber und Nutznießer jener bürgerlichen Demokratie, die sie vor der Verelendung durch die Wirtschaftskrise nicht zu schützen vermag. [...] Sie strömen seinem Todfeind, dem Faschismus zu. Das Resultat dieses Gleichgewichts der Kräfte oder vielmehr der Schwäche beider Klassen ist der Sieg des Faschismus.«* Hier sieht Bauer deutliche Parallelen zum Absolutismus des 17. und 18. Jahrhunderts und zum Bonapartismus des 19. Jahrhundert.

»Aber der führenden Schicht der Bourgeoisie, den Großkapitalisten und den Großgrundbesitzern gelingt es nach der Etablierung der faschistischen Diktatur überaus schnell, auch das neue Herrschaftssystem in ein Instrument ihrer Klassenherrschaft, auch die neuen Herren in ihre Diener zu verwandeln.«



Während in der bürgerlichen Demokratie *»die ganze Bourgeoisie, wenngleich unter der Führung des Großkapitals«* herrsche, *»so herrschen unter der faschistischen Diktatur nur noch Großkapital und Großgrundbesitz«.*

Sowohl in Italien als auch in Deutschland entledigten sich die Faschisten nach der Machtübernahme ihrer proletarisch-kleinbürgerlichen Rebellen. *»Den Kleinbürger zu befriedigen, läßt er seinen Haß gegen die Juden sich austoben.«*

Bauer weiter: *»Die faschistische Konterrevolution bedeutet also den Übergang von der durch die demokratischen Institutionen beschränkten Klassenherrschaft der gesamten Bourgeoisie zu der unbeschränkten Diktatur der Großkapitalisten und der Großgrundbesitzer. Die Gesellschaftsordnung ist stärker als die Staatsverfassung. Die ökonomische Macht des Kapitals ordnet sich jede Staatsgewalt unter, solange die Kommandohöhen der Wirtschaft in den Händen des Kapitals bleiben.«*

Otto Bauer kommt schließlich zu der Schlußfolgerung: *»Hat schon die Bedrohung der Profite durch die Weltwirtschaftskrise genügt, die Bourgeoisie dem Faschismus in die Arme zu werfen, so wird die Bourgeoisie erst recht ihre Zuflucht in der Diktatur suchen, wenn erst ihr Eigentum selbst, ihre Gesellschaftsordnung bedroht sein wird.*

Diese Erfahrung zerstört die Illusion des reformistischen Sozialismus, daß die Arbeiterklasse friedlich und allmählich durch bloße Ausnützung der demokratischen Institutionen, ohne revolutionären Sprung die Formen der Demokratie mit sozialistischem Inhalt erfüllen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu einer sozialistischen entwickeln könne. Hat die Arbeiterklasse erlebt, daß die Schärfe der Klassengegensätze die Demokratie sprengt, um die faschistische Diktatur des Kapitals aufzurichten, so muß sie erkennen, daß eine vollkommene und dauerhafte Volksfreiheit erst gesichert sein wird, wenn die Klassen selbst und damit die Klassengegensätze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufgehoben sein werden. Hat sie gehofft, durch Ausnützung der Demokratie eine sozialistische Gesellschaftsordnung erringen zu können, so muß sie jetzt erkennen, daß sie zuerst ihre eigene Herrschaft erkämpfen und durch sie eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufbauen muß, ehe eine vollkommene und dauerhafte Demokratie möglich wird.«

1 – Bauer, Otto (1924): *»Das Gleichgewicht der Klassenkräfte«*. In: Otto Bauer Werksausgabe, Band 9. (Hrsg.) Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Wien. Europaverlag. S. 55 – 71.

2 – Bauer, Otto (1936): *»Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus«*. Bratislava. Eugen Prager. Das Kapitel über den Faschismus gibt es auch im Internet: www.otto-bauer.net/otto_bauer_faschismus.html

3 – Marx, Karl (1851/52): *»Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte«*. In: MEW, Bd. 8

4 – Ruhrkrieg: Im Januar 1923 hatten französische und belgische Besatzungstruppen über das bisher besetzte westrheinische Gebiet hinaus das Ruhrgebiet besetzt. Es folgte eine Periode des sogenannten *»passiven Widerstands«*.

August Thalheimer (1928):

Über den Faschismus

Im Jahr 1923, als Clara Zetkin ihre Faschismusanalyse auf der Tagung des Exekutivkommitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) vortrug, gehörte August Thalheimer neben Heinrich Brandler zur Führungsspitze der Kommunistischen Partei in Deutschland. Im Sommer 1923 schien sich eine revolutionäre Krise anzubahnen. Als die darauf beruhenden *»Offensivpläne«* der KPD im Herbst scheiterten, wurde dies den beiden angelastet. Sie wurden abgelöst und auf Posten in der Verwaltung der Kommunistischen Internationale (Komintern) in Moskau abgeschoben. Dort reichte August Thalheimer im Sommer 1928 bei der Programmkommission der Komintern eine umfassende Denkschrift ein, die einen ausführlichen Abschnitt über den Faschismus beinhaltete. Dieser Teil der Schrift stellt die bekannteste Arbeit Thalheimers zum Faschismus dar.[1] Unter dem Titel *»Über den Faschismus«* wurde der Text im Januar 1930 in der Zeitschrift *»Gegen den Strom«*[2] veröffentlicht.

Darin entwickelt Thalheimer in Anlehnung an die Bonapartismustheorie von Marx und Engels Ansätze zu einer generalisierenden Faschismustheorie. *»Der beste Ausgangspunkt für die Untersuchung des Faschismus scheint mir die Marxsche und Engelssche Analyse des Bonapartismus (Louis Bonaparte) zu sein. Wohlverstanden, ich setze nicht Faschismus und Bonapartismus gleich. Aber es sind verwandte Erscheinungen mit sowohl gemeinsamen als auch mit abweichenden Zügen, die beide herauszuarbeiten sind.«*[3]

In seiner Analyse bezog sich Thalheimer im wesentlichen auf Italien, nicht zuletzt, weil die faschistische Bewegung in Deutschland Anfang 1928 noch wenig entwickelt war.

Gemeinsam sei beiden Herrschaftsformen, daß die kapitalistische Machtausübung als *»offene Diktatur des Kapitals«* stattfinde. Im Unterschied zur damals gängigen Faschismusanalyse der Komintern betonte Thalheimer, daß der Faschismus nicht die, also die einzige, sondern nur eine von mehreren möglichen Formen der offenen kapitalistischen Diktatur sei. Der Bonapartismus sei eine andere dieser Formen. Gemeinsamkeiten sieht Thalheimer in der *»Verselbständigung der Exekutivgewalt«*. In diesem Prozeß erfolgte die politische Unterwerfung aller gesellschaftlichen Gruppen einschließlich der Bourgeoisie unter die Staatsmacht, während zugleich die soziale Herrschaft in den Händen der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer blieb. Bei aller Demagogie vom *»über den Klassen stehen«* handeln beide Formen der Diktatur des Kapitals tatsächlich im Sinne des Großkapitals. Sowohl die bonapartistische als auch die faschistische Diktatur seien *»ihrem gesellschaftlichen Inhalt nach die Diktatur des Großkapitals. Ihrer politischen Erscheinung nach ist sie Diktatur auch über die Großbourgeoisie und ihre Parteien.«*[4] Sowohl die faschistische Partei Mussolinis als auch die *»Dezemberbande«* Louis Bonapartes bestanden hinsichtlich ihrer sozialen Zusammensetzung aus *»Deklassierten aller Klassen«*, des Adels, der Bourgeoisie, der Bauern, der städtischen Kleinbürger und auch der Arbeiterklasse. Sowohl die bonapartistische Armee als auch die faschistische Miliz dienten als *»Existenzquelle für deklassierte Elemente«*.

Ähnlichkeiten sieht Thalheimer auch bei den Entstehungsbedingungen. Sowohl in Italien als auch in Frankreich sei der Machtübernahme des Regimes ein gescheiterter Aufstand des Proletariats vorausgegangen, der zu einer weit verbreiteten Enttäuschung, Lähmung und Desorganisierung innerhalb der Arbeiterklasse führte. Insofern sei der Faschismus also nicht Folge der Stärke, sondern der Schwäche der Arbeiterbewegung. Zugleich sei die Bourgeoisie nicht mehr in der Lage, ihre Interessen mit Hilfe des parlamentarischen Apparats eigenständig durchzusetzen.

Parallelen sieht Thalheimer darüberhinaus im Nationalismus, begleitet vom *»Scheinkampf gegen parlamentarische und bürokratische Korruption«*, sowie einer antikapitalistischen, pseudorevolutionären Rhetorik, dem *»Theaterdonner gegen das Kapital«*. Innere Widersprüche würden auf die Außenpolitik abgelenkt. Beide Diktaturformen tendierten somit zum Krieg.

Unterschiede zwischen den beiden Formen der Diktatur ergeben sich für Thalheimer aus den unterschiedlichen sozialökonomischen Bedingungen. Während Bonaparte im Zeitalter der freien kapitalistischen Konkurrenz und unter Bedingungen einer unvollendeten bürgerlichen Revolution agierte, entwickelte sich der Faschismus im Stadium des Monopolkapitalismus bzw. Imperialismus und verfocht von Anfang an offen und ausschließlich reaktionäre Ziele. Dabei war Mussolinis faschistische Partei eine Massenorganisation, während es sich bei Bonapartes *»Dezemberbande«* eher um eine Geheimorganisation handelte.

Zu einer ähnlichen Massenorganisation entwickelten sich die Faschisten in Deutschland spätestens mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Herbst 1929. Diese traf Deutschland aufgrund der Folgen der Niederlage im Ersten Weltkrieg (Verlust der Kolonien, Reparationszahlungen) deutlich härter als die kapitalistische Konkurrenz. Der deutsche Imperialismus habe mehr *»Heißhunger«* als Wege und Mittel, diesen zu stillen, und sei deshalb verstärkt auf der Suche nach neuen Absatzmärkten.[5] Die Erschwernis, Profite auf dem Weltmarkt zu erzielen, erhöhe den Druck des Kapitals im Inland, um dort die Voraussetzungen für einen gesteigerten Export zu schaffen.[6] Resultat sei eine massive *»Kapitaloffensive«* in politischer, sozialer, steuerlicher und kultureller Hinsicht. Die Verstärkung der Zollbarrieren und massive Steuererleichterungen für das Kapital seien verknüpft mit einem planmäßigen Angriff auf den Lebensstandard der Bevölkerung, vor allem der Arbeiterklasse, durch den Abbau von Löhnen und Sozialleistungen. Aber auch der industrielle Mittelstand werde zugunsten des Monopolkapitals zerrieben, was zu einer politischen Radikalisierung führen könne.[7]



Längerfristig würden die Angriffe auf die Arbeiterklasse ein Ausmaß annehmen, das im Rahmen der parlamentarischen Demokratie nicht mehr durchsetzbar sei. Demzufolge finde ein politischer Prozeß der Entdemokratisierung statt, in dem sich die Exekutive zunehmend der demokratischen Beeinflussung durch die Mehrheit der Bevölkerung entziehe und scheinbar über die Klassen stelle.

»Die soziale Herrschaft der Bourgeoisie«, so Thalheimer, *»ist in Widerspruch geraten mit ihrer politischen Herrschaft. Sie bereitet ihre politische Abdankung vor, um ihre Klassenherrschaft zu retten und zu festigen«*.[7] Dabei sei es nur ein Teil der Bourgeoisie, der die Machtübergabe an die Faschisten planmäßig vorantreibe, während ein anderer Teil noch gegen sie kämpfe. Der bürgerliche Kampf gegen den Faschismus werde aber in einer Weise geführt, die objektiv, also entgegen der Absicht, den Faschisten in die Hände arbeite und die antifaschistischen Kräfte der Bourgeoisie zermürbe und lähme.[8]

Im Jahre 1928 konstatierte Thalheimer innerhalb der hoch entwickelten kapitalistischen Staaten, besonders in England,



Deutschland und Frankreich, eine allgemeine Tendenz der Entdemokratisierung seitens der Bourgeoisie und das Bestreben, das parlamentarische System zu unterminieren. Diese Entwicklung könne unter gewissen Umständen zur offenen Diktatur des Kapitals führen, welche aber nicht unbedingt identisch mit dem Faschismus sein müsse.

»Die Rolle der bürgerlich-parlamentarischen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, bei der Vorbereitung des Faschismus, besteht nicht darin, daß sie sich selber in Elemente der faschistischen Partei verwandeln, sondern darin, daß sie den Parlamentarismus und sich selber diskreditieren und dadurch die Entstehung einer faschistischen Partei begünstigen, die das Urteil vollstreckt, das sie über sich selber fällen.«[4]

1 – Sarah Kröger: Die Faschismustheorien von Leo Trotzki und August Thalheimer. Eine vergleichende Analyse. Hamburg 2005

2 – Am 17. November 1928 erschien in Breslau die erste Ausgabe von »Gegen den Strom« als »Mitteilungsblatt der KPD, Ortsgruppe Breslau (Opposition)«. Ab 1929 wurde die Zeitung »zum Sprachrohr der Opposition der KPD im Reichsumfang« und begleitete von nun an die KPD(O) als Wochenzeitung bis zur Illegalität. Von Februar 1933 bis Ende 1935 konnte sie nur noch unregelmäßig und illegal erscheinen. (siehe Anm. 138)

3 – Dieses und folgende nicht gekennzeichneten Zitate aus Thalheimer: Über den Faschismus

4 (152) – August Thalheimer: Der sogenannte Sozialfaschismus und andere Purzelbäume der Anne-Liese, in: Faschismus in Deutschland, S. 55-59, hier S. 57.

5 (161) – Die Wurzeln und Ziele der Kapitalsoffensive (anonym), in: Faschismus in Deutschland, S. 60-64, hier S. 61 (zit. als: Wurzeln).

6 (162) – Thalheimer: Wirtschaftliche Voraussetzungen und politische Folgerungen, in: Faschismus in Deutschland, S. 100-106, hier S. 100.

7 (163) – August Thalheimer: Die Krise des Parlamentarismus – das Vorspiel zur Krise der bürgerlichen Herrschaft, in: Faschismus in Deutschland, S. 48-54, hier S. 52.

8 (172) – Thalheimer: Grundlagen und Wege der Faschistischen Entwicklung in Deutschland, in: Faschismus in Deutschland, S. 77-91, hier S. 88.

Begrifflichkeiten: Faschismus

***»Vor 76 Jahren* ging der Krieg zu Ende«*, so oder ähnlich berichteten die meisten Medien. Im zweiten Jahr in Folge war die Erinnerung an den Tag der Befreiung am 8. Mai von den *»Corona-Eindämmungsmaßnahmen«* geprägt. Aber immerhin hat sich das Wort *»Befreiung«* inzwischen auch offiziell eingebürgert, ist nicht mehr nur vom *»Kriegsende«* wie in den meisten Medien die Rede. Sogar der Bundespräsident spricht über den 8. Mai als *»Tag der Befreiung«*. Allerdings Befreiung wovon? Hier stimmen die offiziellen Äußerungen bis zu jenen, die sich als Linke bezeichnen, und die der genannten Medien überein: vom *»Nationalsozialismus«*.**

»Nationalsozialismus« – das ist die Selbstbezeichnung der deutschen Faschisten, die unter dieser Marke in den 1920er und 30er Jahren unter den sozialistisch orientierten Arbeitern und Kleinbürgern durchaus punkten konnten. Mit Nationalismus hatten sie sehr viel, mit Sozialismus hingegen sehr wenig zu tun. Das Festhalten an der faschistischen Eigenbezeichnung dient heute nicht zuletzt dem hintergründigen Zweck, den Begriff vom Sozialismus an sich zu denunzieren und zugleich zu verschleiern, daß Faschismus tatsächlich eine Ausgeburt der bürgerlichen Gesellschaft, des Kapitalismus, ist.

Erstaunlich ist beispielsweise die Mitteilung des Ökumenischen Arbeitskreises, der die Christen verschiedener Konfessionen *»im Gedenken vereint«*, zum 75. Jahrestag der Befreiung. Wie sie damals in einem Brief an den Botschafter der Russischen Föderation schrieben, *»... möchten wir Christen in Eberswalde gemeinsam Ursachen und Schuld neu benennen«*. Ursachen des und Schuld im 2. Weltkrieg.

»Neu benennen« heißt hier, daß die Eberswalder Christen erkennen, daß es *»um großflächige Vernichtung von Menschenleben und Kulturgut in der Sowjetunion«* ging und daß ihnen die Zahl von 27 Millionen sowjetischen Kriegsopfern kaum bewußt gewesen sei.

Hat tatsächlich keiner der Christen in Eberswalde hier zu DDR-Zeiten eine Schule besucht? Gewiß, damals war die von Stalin definierte Zahl von 20 Millionen sowjetischen Kriegstoten im Umlauf. Das wurde erst in den 1990er Jahren anhand neuerer Forschungen korrigiert. Aber alles andere sollte doch als bekannt vorausgesetzt werden können.

Wenn jetzt Ursachen und Schuld am und im 2. Weltkrieg *»neu«* benannt werden, dann kann man sagen: Besser spät als nie. Aber es bleibt die Frage, wie *»die Eberswalder Christen«* dies bisher benannt hatten. Aber vielleicht schrieb den Brief ein Zugereister aus Gegenden westlich von Elbe und Werra? Dann wäre Nachsicht angebracht.

Dort wurde lange Zeit die *»deutsche Niederlage«* und der *»Zusammenbruch«* thematisiert und eben an das *»Kriegsende«* erinnert. Als sei der Krieg einfach mal so *»zu Ende«* gegangen, wie er vielleicht auch nur einfach mal so *»angefangen«* hat. Zufälligkeiten ohne Ursache und ohne Schuld. Vor diesem Hintergrund wären es tatsächlich *»neue«* Erkenntnisse.

Die Mehrheit der Eberswalder Christen dürfte indes hier aufgewachsen und sozialisiert worden sein und sich demnach von den Aussagen des Ökumenischen Arbeitskreises eher weniger angesprochen fühlen. Aber das ist natürlich nur eine Vermutung.

Die heutigen Faschisten nennen sich übrigens nur in verschwindender Minderheit noch *»nationale Sozialisten«*, wenngleich ein Teil nach wie vor mit der *»sozialen Frage«* punkten will und manche sogar als *»Grundgesetzverteidiger«* auftreten. Beim Klauen von Begriffen sind die Faschisten also nach wie vor sehr kreativ.

Eigenschöpfungen sind rar, sie füllen nur bekannte Begriffe mit anderen Inhalten. Aktuell sind das u.a.: Alternative, Dritter Weg oder Die Rechte als Antonym zur Partei Die Linke. Faschismus ist weder sozialistisch noch alternativ, kein dritter Weg und auch nicht rechts im Sinne von konservativ; nichtmal national, wenn man auf den Unterschied zu nationalistisch achtet. *»Faschismus an der Macht ist die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«*. Diese Faschismus-Definition von Georgi Dimitroff stammt aus dem Jahr 1935. Ob sie auch heute noch aktuell ist, sollten wir besser nicht im offenen Feldversuch ausprobieren. Aber über die sozio-ökonomischen Bedingungen, die Faschismus auf dem Weg zur Macht begünstigen, sollte durchaus nachgedacht werden. Dazu gehört auch ein Nachdenken über Begriffe, die verwendet werden.

GERD MARKMANN

* Dieser Artikel erschien zuerst in der Sommerausgabe 2021 der *»Barnimer Bürgerpost«*, also 76 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus durch die Sowjetarmee. Heute, fünf Jahre später, reden die Offiziellen einschließlich ihrer Medien längst nicht mehr von *»Befreiung«*. Vielmehr wird das Gedenken an den Tag der Befreiung zunehmend kriminalisiert. Regierende wie der aktuelle Kanzler oder die frühere Außenministerin sind gar stolz auf ihre Nazi-Opas. Deutschland soll erneut gen Osten in den Krieg ziehen.

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!
eMail: abo@barnimer-buergerpost.de
Internetarchiv: www.barnimer-buergerpost.de
Telefon: 03334/356542 (AB)

Leo Trotzki (1929):

Die allgemeine Krise der Demokratie

Die österreichische Krise bietet einen Teilaspekt der allgemeinen Krise der Demokratie – der Grundform der bürgerlichen Herrschaft. Zu hohe Spannung des internationalen Klassenkampfes führt zum Kurzschluß der Diktatur, die Sicherungen der Demokratie schlagen eine nach der anderen durch.

Dieser Prozeß begann an der europäischen Peripherie, in den rückständigsten Ländern, den schwächsten Gliedern der kapitalistischen Kette, aber er schreitet unaufhaltsam weiter fort. Die sogenannte Krise des Parlamentarismus ist der politische Ausdruck der allgemeinen Krise der bürgerlichen Gesellschaft. Die Demokratie steht und fällt mit dem Kapitalismus. Die Sozialdemokratie verteidigt die schon überlebte Demokratie und treibt damit die soziale Entwicklung in die Sackgasse des Faschismus. [...]

Die österreichische Sozialdemokratie (war) während der ganzen Nachkriegszeit [...] das wichtigste Instrument der bürgerlichen Herrschaft über die Arbeiterklasse. Aber dies Herrschaftsinstrument ist zugleich eine Organisation für sich, mit einer großen Bürokratie und einer verselbständigten Arbeiteraristokratie, die spezifische Interessen und Ansprüche haben. Diese Bürokratie ist nach Lebensweise, Sitten und Ideen durchaus kleinbürgerlich – stützt sich aber auf die Arbeiterklasse und muß ständig deren Unzufriedenheit fürchten. Hieraus entstehen die meisten Reibungen und Konflikte zwischen Bourgeoisie und Sozialdemokratie, zwischen Herr und Knecht.

Die Sozialdemokratie hat die Arbeiterklasse in ein Netz von politischen, gewerkschaftlichen, städtischen, kulturellen und sportlichen Organisationen verstrickt; dennoch geben die reformistisch-pazifistischen Methoden allein der Bourgeoisie noch nicht die nötige Sicherheit. Das haben die Julitage des Jahres 1927 drastisch bewiesen.

Und daraus erwächst die soziale Funktion des österreichischen Faschismus. Er ist der zweite Knecht der Bourgeoisie, ganz anders als der erste und ihm feind. Die unteren Schichten der Sozialdemokratie werden durch einen zwar fehlgeleiteten, doch proletarischen Klasseninstinkt vorwärtsgetrieben. Die unteren Schichten des Faschismus ziehen ihre Energie aus der Ausweglosigkeit des Kleinbürgertums und der deklassierten Elemente, an denen Österreich so reich ist. Die führenden Gruppen der Sozialdemokratie bändigen den Klasseninstinkt mit Ordnungsparolen und demokratischen Institutionen. Die führenden Gruppen des Faschismus stellen dem verzweifelten, heruntergekommenen Kleinbürgertum einen rettenden Umsturz in Aussicht, der »die Marxisten« hindern soll, fortan die Prosperität von Landwirtschaft, Handel und Gewerbe zu blockieren. So bietet Österreich eine klassische Widerlegung der spießbürgerlichen *»Theorie«*, wonach der Faschismus eine Folge des revolutionären Bolschewismus ist. Je klarer, schreiender und unerträglicher der Widerspruch zwischen den Erfordernissen der historischen Situation und der praktischen Politik der sozialdemokratischen Massenpartei wird, desto bedeutender ist die Rolle, die der Faschismus im Lande spielen kann. In Österreich wie in allen anderen Ländern tritt der Faschismus als notwendige Ergänzung der Sozialdemokratie auf, lebt von ihr und kommt mit ihrer Hilfe zur Macht.

Der Faschismus ist der legitime Sproß der formalen Demokratie in ihrer Verfallszeit. Die Prinzipien der Demokratie werden in Österreich in höchst aufschlußreicher Weise ad absurdum geführt. Der Sozialdemokratie fehlen nur wenige Prozent Wählerstimmen zur (absoluten) Mehrheit. Man kann aber sagen – und das ist kein Paradox, sondern die nackte Wahrheit, daß das politische Gleichgewicht der Sozialdemokratie nicht auf den 43 Prozent der Stimmen beruht, die sie hat, sondern auf den 7 Prozent, die ihr zur Majorität fehlen. Die Grundlagen des Kapitalismus blieben unangetastet, selbst wenn die Sozialdemokratie die Stimmenmehrheit erobern könnte. [...]

Der Faschismus ist der zweite Treuhänder der Bourgeoisie. Ebenso wie die Sozialdemokratie, ja, in noch ausgeprägterer Form, hat der Faschismus seine eigene Armee, eigene Interessen und eigene Bewegungsgesetze. In Italien mußte er sich bekanntlich, um die bürgerliche Gesellschaft zu retten und zu konsolidieren, nicht nur zur Sozialdemokratie, sondern auch zu den bürgerlichen Parteien in scharfen Gegensatz bringen. Das gleiche kann man in Polen beobachten. Man darf die Sache nicht so darstellen, als handelten alle politischen Organe der Bourgeoisie in völliger Harmonie miteinander. [...] Die wirtschaftliche Anarchie wird durch die politische ergänzt. Der Faschismus nährt sich von der Sozialdemokratie, aber er muß ihr den Schädel einschlagen, um an die Macht zu kommen. [...]



Die Sozialdemokratie kann und will die Macht nicht übernehmen. Aber die Bourgeoisie meint, daß die Disziplinierung der Arbeiter durch die Sozialdemokratie für sie zu kostspielig wird. Die Bourgeoisie insgesamt braucht den Faschismus, um die Sozialdemokratie in Zaum zu halten und sie bei günstiger Gelegenheit beiseite zu schleudern.

Der Faschismus will die Macht und ist imstande, sie sich zu holen. Hat er sie, wird er sie voll und ganz dem Finanzkapital zur Verfügung stellen. [...] Es wäre unsinnig, die Augen davor zu verschließen, daß der Sieg des Faschismus nicht nur die physische Ausrottung der wenig zahlreichen Kommunisten nach sich ziehen würde, sondern auch die erbarmungslose Vernichtung aller sozialdemokratischen Organisationen und Stützpunkte. [...]

In Wirklichkeit ist es – unter den europäischen Ländern – Österreich, wo gegenwärtig eine revolutionäre Situation besteht, wobei es sehr charakteristisch ist, daß der Ansatzpunkt einer möglichen revolutionären Entwicklung nicht im Kampf zwischen Kommunismus und *»Sozialfaschismus«* liegt, sondern im Konflikt zwischen Sozialdemokratie und Faschismus. [...]

Der Faschismus ist aber – will man nicht töricht mit Worten spielen – keineswegs ein allen bürgerlichen Parteien gemeinsamer Zug, sondern eine besondere bürgerliche Partei, die für spezielle Bedingungen und Aufgaben geeignet ist, sich gegen die anderen bürgerlichen Parteien stellt und ihre Gewalt gerade gegen die Sozialdemokratie richtet. [...]

Daß alle bürgerlichen Parteien, vom Faschismus bis zur Sozialdemokratie, die Verteidigung der bürgerlichen Herrschaft höher stellen als ihre programmatischen Differenzen, schafft diese Differenzen ebensowenig aus der Welt wie ihren Kampf untereinander.

Georgi Dimitroff (1935):

Terroristische Diktatur des Finanzkapitals

Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist, wie ihn das 13. Plenum des EKKI richtig charakterisiert hat, die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.

Die reaktionärste Spielart des Faschismus ist der Faschismus deutschen Schlages. Er hat die Dreistigkeit, sich Nationalsozialismus zu nennen, obwohl er nichts mit Sozialismus gemein hat. Der Hitlerfaschismus ist nicht bloß bürgerlicher Nationalismus, er ist ein tierischer Chauvinismus. Das ist ein Regierungssystem des politischen Banditentums, ein System der Provokationen und Folterungen gegenüber der Arbeiterklasse und den revolutionären Elementen der Bauernschaft, des Kleinbürgertums und der Intelligenz. Das ist mittelalterliche Barbarei und Grausamkeit, zügellose Aggressivität gegenüber den anderen Völkern und Ländern. [...]

Der Faschismus ist nicht eine Form der Staatsmacht, die angeblich *»über beiden Klassen, dem Proletariat und der Bourgeoisie, steht«*, wie das z.B. Otto Bauer behauptet hat. Das ist nicht das *»aufständische Kleinbürgertum, das von der Staatsmaschine Besitz ergriffen hat«*, wie der englische Sozialist Brailsford erklärt. Nein, der Faschismus ist keine über den Klassen stehende Macht und keine Macht des Kleinbürgertums oder des Lumpenproletariats über das Finanzkapital. Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst. [...]

Dieser wirkliche Charakter des Faschismus muß besonders stark unterstrichen werden, weil der Deckmantel der sozialen Demagogie dem Faschismus die Möglichkeit gegeben hat, in einer Reihe von Ländern die durch die Krise aus ihrem Geleise geworfenen Massen des Kleinbürgertums und sogar manche Teile der rückständigsten Schichten des Proletariats mitzureißen, die niemals dem Faschismus gefolgt wären, wenn sie seinen wirklichen Klassencharakter, seine wirkliche Natur begriffen hätten.

Die Entwicklung des Faschismus und die faschistische Diktatur selbst nehmen in den verschiedenen Ländern verschiedene Formen an, je nach den historischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, je nach den nationalen Besonderheiten und der internationalen Stellung des betreffenden Landes. In den einen Ländern, vor allem dort, wo der Faschismus keine breite Massenbasis besitzt und wo der Kampf zwischen den einzelnen Gruppierungen im Lager der faschistischen Bourgeoisie selbst ziemlich stark ist, entschließt er sich nicht sofort, das Parlament zu liquidieren, und beläßt den andern bürgerlichen Parteien und auch der Sozialdemokratie eine gewisse Legalität. In andern Ländern, wo die herrschende Bourgeoisie den nahen Ausbruch der Revolution befürchtet, errichtet der Faschismus seine schrankenlose politische Monopolherrschaft entweder sofort oder indem er den Terror und die Abrechnung mit allen konkurrierenden Parteien und Gruppierungen immer mehr verstärkt. Das schließt nicht aus, daß der Faschismus im Augenblick einer besonderen Verschärfung seiner Lage Versuche macht, seine Basis zu erweitern und, ohne sein Klassenwesen zu ändern, die offene terroristische Diktatur mit einer groben Fälschung des Parlamentarismus zu vereinen.

Der Machtantritt des Faschismus ist keine einfache Ersetzung der einen bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern eine Ablösung der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie – der bürgerlichen Demokratie – durch eine andere Form – durch die offene terroristische Diktatur. Die Ignorierung dieses Unterschiedes wäre ein ernster Fehler[...]

Doch ein nicht minder ernster und gefährlicher Fehler ist die Unterschätzung der Bedeutung, die die gegenwärtig in den Ländern der bürgerlichen Demokratie sich verschärfenden reaktionären Maßnahmen für die Aufrichtung der faschistischen Diktatur haben, jene Maßnahmen, die die demokratischen Freiheiten der Werktätigen unterdrücken, die Rechte des Parlaments fälschen und beschneiden, die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die revolutionäre Bewegung verschärfen. [...]

Genossen, man darf sich den Machtantritt des Faschismus nicht so simpel und glatt vorstellen, als ob irgendein Komitee des Finanzkapitals den Beschluß faßt, an diesem und diesem Tage die faschistische Diktatur aufzurichten. In Wirklichkeit gelangt der Faschismus gewöhnlich zur Macht im gegenseitigen, zuweilen scharfen Kampf mit den alten bürgerlichen Parteien oder mit einem bestimmten Teil dieser Parteien, im Kampf sogar innerhalb des faschistischen Lagers selbst, der manchmal bis zu bewaffneten Zusammenstößen führt, wie wir das in Deutschland, Österreich und anderen Ländern gesehen haben. Alles das verringert indessen nicht die Bedeutung der Tatsache, daß vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsetappen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus unmittelbar fördern. Wer in diesen Vorbereitungsetappen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der erleichtert ihn vielmehr. [...] Welches ist die Quelle des Einflusses des Faschismus auf die Massen? Es gelingt dem Faschismus, die Massen zu gewinnen, weil er in demagogischer Weise an ihre brennendsten Nöte und Bedürfnisse appelliert. Der Faschismus entfacht nicht nur die in den Massen tief verwurzelten Vorurteile, sondern er spekuliert auch mit den besten Empfindungen der Massen, ihrem Gerechtigkeitsgefühl und mitunter sogar ihren revolutionären Traditionen. [...]



Der Faschismus handelt im Interesse der extremen Imperialisten, aber vor den Massen tritt er unter der Maske des Beschützers der beleidigten Nation auf und appelliert an das gekränkte Nationalgefühl[...]

Durch seinen Zynismus und seine Verlogenheit alle anderen Spielarten der bürgerlichen Reaktion in den Schatten stellend, paßt der Faschismus seine Demagogie den nationalen Besonderheiten jedes Landes an, sogar den Besonderheiten der verschiedenen sozialen Schichten in ein und demselben Lande. Und die Massen des Kleinbürgertums, selbst ein Teil der Arbeiter, durch die Not, die Arbeitslosigkeit und die Unsicherheit ihrer Existenz zur Verzweiflung getrieben, werden zu Opfern der sozialen und chauvinistischen Demagogie des Faschismus. [...]

Aber welche Maske der Faschismus auch aufsetzen mag, in welchen Formen er auch auftreten mag, auf welchem Wege er immer auch zur Macht gelangen mag -

- Der Faschismus ist die wütendste Offensive des Kapitals gegen die werktätigen Massen.
- Der Faschismus ist zügellosester Chauvinismus und Raubkrieg.
- Der Faschismus ist wütende Reaktion und Konterrevolution.
- Der Faschismus ist der schlimmste Feind der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.

Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale, Rede auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 2.8.1935

Daniel Kreutz (2026):

Autoritäre *Veränderung der Demokratie*

In der Internet-Zeitung www.scharf-links.de erschien Anfang August ein Artikel von Daniel Kreutz *»Vor einem neuen 1933?«*[1], in dem sich der Autor u.a. an einer aktuellen Erklärung versucht, *»was ist Faschismus?«* Nachfolgend daraus einige Auszüge:

[...] In der Zeit meiner marxistischen Lehrjahre in den siebziger und achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts gehörte es gleichsam zu unserer politischen DNA, das allzu unbekümmerte Labeling von autoritären, repressiv-gewalttätigen Regimen als *»faschistisch«* zu kritisieren. Wir stützten uns dabei auf die Analysen des linkskommunistischen Stalin-Gegners Leo Trotzki, der weit früher (vor 1933) und schärfer als die meisten Köpfe der Arbeiterbewegung erkannte, welche tödliche Gefahr insbesondere in Gestalt der Nazi-Bewegung in Deutschland heraufzog, und – leider unerhörte – Vorschläge zu deren Abwendung verfocht.

Unser Faschismusbegriff bezeichnete die extremste Form repressiv-autoritärer kapitalistischer Herrschaft, extremer als Militärdiktatur und Bonapartismus. [...] Faschistisch ist nicht einfach eine Partei mit ultrarechter, völkisch-chauvinistischer Ideologie, sondern vor allem eine rechtsterroristische Bewegung, die sich auch und gerade gegen die sozialistische Arbeiterbewegung richtet. In Deutschland war es die SA, die diese Bewegung organisierte, in Italien die *»Schwarzhemden«* oder *»Squadristas«*, in Spanien die *»Falange«*. Bei der Reichstagswahl 1928 verhungerte die NSDAP noch mit 2,6 Prozent, weit abgeschlagen hinter ihrer ultrarechten Konkurrenz der DNVP, der Deutschnationalen Volkspartei, unter dem Pressezaren (und späteren Hitler-Förderer) Alfred Hugenberg. Aber da hatte die SA nach unterschiedlichen Quellen schon zwischen zehntausend und mehreren zehntausend Mann paramilitärisch organisiert und ausgebildet. Im Reichstagswahlkampf 1932 sorgte die SA – dann mit etwa 420.000 Mitgliedern – für 300 Tote und mehr als 1.000 Verletzte.

Die Bourgeoisie konnte sich dieser ihr klassenfremden terroristischen *»Pöbelbewegungen«* als ultima ratio bedienen, um den Kapitalismus aus einer Krise zu retten, die sie wegen der relativen Stärke der lohnabhängigen Klasse mit anderen Mitteln nicht zu beherrschen vermochte. Die faschistischen Bewegungen dienten gleichsam als Rammbock für die gewaltsame Zerschlagung der Arbeiterbewegung. Die faschistische Herrschaft begann mit einem *»institutionalisierten Bürgerkrieg«*. Der zielte nicht nur auf die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der übrigen Kräfte demokratischer Opposition, einschließlich der physischen Vernichtung ihrer Vorhutkräfte, sondern auch auf die vollständige Atomisierung der lohnabhängigen Klasse, die so für lange Zeit jeder Fähigkeit zu kollektiver Artikulation beraubt wurde.

Es ist offensichtlich, daß ein *»neues 1933«*, das mit einem solchen Szenario auch nur annähernd vergleichbar wäre, heute nicht in Sicht ist. [...] Der wichtigste Grund, warum kein *»neues 1933«* in Sicht ist, ist meines Erachtens das radikal andere klassenpolitische Kräfteverhältnis gegenüber den zwanziger und dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. [...] Heute ist eine politische, über den Kapitalismus hinausweisende Klassenbewegung der Lohnabhängigen in Deutschland praktisch inexistent, und auch gewerkschaftliches Klassenbewußtsein bewegt sich nach meiner Wahrnehmung auf einem historisch niedrigen Niveau. Auch anderswo auf dem Globus ist die Arbeiterbewegung sehr weit davon entfernt, in irgendeiner absehbaren Zeit die kapitalistische Herrschaft tatsächlich ernsthaft herauszufordern. [...] Und eines kommt noch hinzu: Damals hatten die Faschisten nicht allein die Zerschlagung der Arbeiterbewegung im Angebot, sondern auch Markterweiterungen in Gestalt von *»Lebensraum im Osten«* und neuem Kolonialbesitz in Afrika. Auch auf ökonomischem Terrain ist nicht ersichtlich, wozu die Bourgeoisie – von den militarisierten Neoliberalen und Neocons bestens bedient – einen faschistischen Wechsel des politischen Systems bräuchte. Und immerhin war und ist es letztlich die herrschende Klasse – nicht die Wählerschaft – die über die Form ihres Regimes entscheidet. [...]

Der Aufstieg der neuen harten Rechten ist ganz offensichtlich das Produkt des jahrzehntelangen Regimes der neoliberalen *»extremen Mitte«* – bei Abwesenheit wirkmächtiger solidarischer Klassenbewegung. Die *»extreme Mitte«* – von Mitte links bis Mitte rechts – marginalisierte die politische Repräsentanz des Sozialen, oder besser: des Sozialökologischen, demontierte mit der *»Agenda 2010«* die Sozialstaatlichkeit und befeuert das Wachstum sozialer Ungleichheit. Hartz IV – nun noch übertroffen von der *»neuen Grundsicherung«* – war nicht zuletzt eine autoritäre Wende in der Sozialpolitik. All das war und ist auch Demokratieabbau. Denn zum Kern der liberal-demokratischen Form kapitalistischer Herrschaft gehört die Aushandlung politischer Klassenkompromisse, um wirkmächtige reformistische Kräfte der Lohnabhängigen einzubinden. Ohne solche – zumindest potentielle – Gegenmacht öffnen sich für die Rechten neue Räume. Die *»Demokratie«* – ich setze sie gern in Anführungszeichen, denn auch die liberalste Demokratie ist keine Volksherrschaft, sondern eine Form der Klassenherrschaft – driftet dann unvermeidlich selbst nach rechts. Die Mitte organisiert gerade eine zweite gewaltige Angriffswelle auf sozialstaatliche Errungenschaften der Arbeiterbewegung, die die erste aus den *»rot-grünen«* Nullerjahren in den Schatten stellen könnte. [...] Sie ist es, die in Deutschland den Krieg als Mittel der Politik wiederentdeckte und jetzt unverhohlen auf Militarismus nach innen und außen setzt. [...] Der *»extremen Mitte«* kommt die Warnung vor einem *»neuen 1933«* durchaus gelegen. Vor einer drohenden Gefahr dieser Dimension verblassen die großen Probleme der Gegenwart – etwa die von Austeritätspolitik, Klimakollaps und Militarismus. Handeln und Unterlassen der Mitte sehen dann vergleichsweise unbedeutend aus. Gestützt auf das verbreitete Narrativ, Weimar sei an der *»Uneinigkeit der Demokraten«* gescheitert, kann sich die Mitte als *»die guten Hobbits«* inszenieren, die gegen *»die bösen Orks«* ankämpfen. [...]

Unter'm Strich sehe ich nicht die Gefahr eines Regimewechsels zu etwas Autoritärem jenseits der repräsentativen Demokratie. Ich sehe eine autoritäre Veränderung der Demokratie selbst, die nicht erst droht, sondern längst im Gange ist. [...]

1 – https://tinyurl.com/zjat44vm

Die auf den Seiten 15 bis 21 verwendeten Grafiken sind der Plattform Wikimedia Commons Archiv für historische Karikaturen entnommen. Die Dateien sind gemeinfrei (PD) oder unter Creative-Commons (CC) lizensiert.

Seite 15: Anti-Hitler Cartoon, Al-Ithnayn wa al-Dunya, 18.9.1939, CC
Seite 17: Another Version of the Little Dutch Boy!, U.S. Senate, 15.5.1940, PD
Seite 18: Heel Hitler, Autor unbekannt, zwischen 1941 und 1945, PD
Seite 19: Die Linie oder der Wall, zum Teufel mit ihnen! – Der Rotarmist hat alles zertrampelt, Viktor Deni, Plakat 1944, PD*
Seite 20: Was man sät, das wird man ernten! – Dem Gericht entkommt man nicht!, Viktor Deni, Plakat 1945, PD*
Seite 21: The 'Big Noise' for peace?, James Angus, 1938, PD

** Viktor Deni (Viktor Nikolajewitsch Denisow, 8.3.1893 - 3.8.1946) war ein bekannter sowjetischer Satiriker, Karikaturist und Plakatkünstler. Während des Bürgerkriegs schuf er fast 50 politische Plakate und wurde zu einem der bedeutensten Agitprop-Plakatkünstler in der Sowjetunion. Später konzentrierte er sich auf Zeitungskarikaturen. Im Großen Vaterländischen Krieg (1941-45) kehrte er zum Medium des politischen Plakats zurück.*

Alexej Danckwart (2026):

Sieben Merkmale der wahren Nazis

***»Wir werden den Osten nicht den Nazis überlassen«,* rief die Linksparteichefin Schwerdtner dem Parteitag zu und meinte damit doch ganz offensichtlich die AfD, die vor Erfolgen bei den im Herbst im Osten anstehenden Landtagswahlen steht. Nun, mit den bisherigen genialen Strategien der Linken und sonstiger *»Antifaschisten«* wurde die AfD nur immer stärker. Es hat vor allem nichts gebracht, täglich *»gegen rechts«* zu demonstrieren und jeden Andersdenkenden als *»Nazi«* zu beschimpfen. Das zu begreifen, sind sie aber intellektuell nicht in der Lage. Sie sehen den Zusammenhang nicht einmal[...]**

Als Russe und von Rußland aus sieht man klarer, wer in Deutschland die Nazis sind. Mit über 20 Millionen durch die Original-Nazis ermordeten Landsleuten haben wir da auch ein Wörtchen mitzureden, vor allem aber die weltbeste Expertise. Mehr Expertise jedenfalls als Schwerdtner und die heutigen Linken, die brüllen, aber niemals begründen können, warum der Beschimpfte denn nun *»Nazi«* ist.

Der Hitlerfaschismus, ihr Geschichtsvergessenen, hatte zwei Standbeine – den Antisemitismus und den Haß auf Rußland und die Russen. Das Erste hat man den Deutschen heute ausgetrieben, mehr durch pawlowsche Dressur denn durch echte Einsicht (mit echter Einsicht hätte man gelernt, überhaupt kein Volk mehr zu hassen). Das Zweite ist immer noch da und zieht ganz aktuell, hier und jetzt, in den nächsten Weltkrieg.

Und dabei war die Feindschaft gegen Rußland *»die Pflicht«* für Hitler und Gefolgschaft, Antisemitismus war *»die Kür«*, ihre perverse Leidenschaft. Aufgebaut und an die Macht gebracht hat das deutsche und westliche Kapital die Nazis vor allem, um die Sowjetunion anzugreifen, das russische Volk zu vernichten und die Ressourcen des Landes für ebendieses nimmersatte Kapital zu rauben.

Wer das nicht begriffen hat, hat nichts vom Wesen des deutschen Nazismus begriffen. Wer das nicht begriffen hat, ist Schuld daran, daß wir heute wieder so weit sind. Er hat den echten Faschismus längst verpennt[...] Wer wirklich verstehen will, sollte denen zuhören, die vom deutschen Nazismus betroffen waren wie niemand sonst. Ja, mehr als Juden sogar. Russen erkennen die Fratze des deutschen Nazismus sofort wieder – sie sind ihr schon mal im Kampf um Leben und Tod begegnet – und das sind seine sieben Merkmale:

1. Nazi in Deutschland ist, wer wieder einen Krieg gegen Rußland vorbereitet. Wer ihn im Grunde bereits führt, vorerst mit Händen anderer, die deutsche Waffen führen.
2. Nazi in Deutschland ist, wer wieder einen Drang nach Osten verspürt und es für richtig hält, daß EU und NATO expandieren.
3. Nazi in Deutschland ist, wer Russen kollektiv bestraft, indem er ihnen Flug-, Zug- und Bankverbindungen streicht, staatliche Leistungen verweigert und sie auf jede sonstige erdenkliche Art diskriminiert. Wer dem einen Volk Rechte verweigert, die er dem anderen



Grafik: Jürgen Gramzow

selbstverständlich zugesteht (Ukrainer haben ein Selbstbestimmungsrecht, Russen im Donbass und auf der Krim nicht, ja nicht einmal ein Recht auf Sprache und kein Recht auf Leben offenbar; Rußland darf man sanktionieren, die USA und Israel nicht usw.). Wer ganze Völker unterschiedlich behandelt, der ist immer ein Nazi.

4. Nazi in Deutschland ist, wer ohne Prozeß, ohne Urteil und ohne Schuld sanktioniert und Menschen die Lebensgrundlage entzieht. Wer »Feindsender« verbietet und Andersdenkende oder humanitäre Donbass-Helfer ins Gefängnis steckt. Wer heute Russen cancelt und ihnen nicht zuhören will, der ist ein Nazi. Wer gegen all das nicht die Stimme erhebt, auch.
5. Nazi in Deutschland ist, wer es normal findet, daß in Europa Hitler-Kollaborateure mit militärischen Ehren umgebettet werden, daß Straßen nach ihnen benannt und zugleich Denkmäler für Sowjetsoldaten – Sieger über den Original-Nazismus – abgerissen werden.
6. Nazi in Deutschland ist, wer Terroristen unterstützt, die Zivilisten in die Luft sprengen und sich – wie es die ukrainischen Geheimdienste tun – offen dazu bekennen.
7. Nazi in Deutschland ist, wer Waffen in Kriegsgebiete liefern läßt, wer diese Lieferungen fordert oder unterstützt. Vor allem, wenn er vor kurzem noch Plakate dagegen geklebt hat, es aber plötzlich anders sieht, ausgerechnet (so ein Zufall aber auch!) sobald die Waffen Russen töten sollen. [...]

Alexej Danckwart war einst Mitglied der Linkspartei und Stadtrat in Leipzig. Diesen Beitrag schrieb er am Vortag des 85. Jahrestages des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion.

Arnold Schölzel (2026):

AfD als Reserve

Das deutsche Großbürgertum begegnet der AfD bislang mit relativer Zurückhaltung, meint Arnold Schölzel[1]. Der alteingesessene deutsche Geldadel stehe nach allem, was bekannt ist, mit seinen Millionen nicht hinter Höcke, Weidel oder gar Chupalla. Es gebe Ausnahmen, wie die Finck-Dynastie, *»die lange vor 1933 schon Großfinanzier der Nazipartei war«*. Andere, wie Milch-Müller oder der Springer-Chef Mathias Döpfner, drängen auf eine Koalition von CDU/CSU mit der AfD, *»behaupten aber, nicht zu spenden«*. Die Funktion der AfD sieht Schölzel derzeit eher darin, daß die AfD Druckmittel sei, *»um das amtierende politische Personal zu triezen«*.

Das heißt: Solange die jetzt Regierenden *»Handlungsfähigkeit«* demonstrieren, wie sie das aktuell mit Sozialkahlschlag, Demokratieabbau, Hochrüstungswahnsinn und direkte Kriegsvorbereitung tun, bleibt die AfD *»in der Reserve«* für zu erwartetende Krisenzeiten.

»Noch ist dem BDI egal, wer unter ihm regiert. Das kann sich schnell ändern. Wer dem Aufrüstungskurs von Merz, Klingbeil und Pistorius folgt, setzt alles im Land auf eine Karte. Die nächste Krise kommt, den von der Koalition angestrebten Krieg wird die treu zur Bundeswehr stehende AfD nicht verhindern. Bis dahin hat sie als politische Reserve Ruhe von oben.«

1 – Arnold Schölzel: Reserve hat noch Ruhe. AfD und deutsches Kapital, in: Junge Welt, 11./12.7.2026, S. 3

www.maxe-eberswalde.de

Speakers' Corner

Lindow (bbp). Am 18. September hatte der Stadtverordnete Péter Vida und seine Fraktion BVB/Freie Wähler zum Speakers' Corner im Bernauer Ortsteil Lindow eingeladen.

Zentrale Themen waren die verkehrliche Entwicklung und der Baufortschritt auf dem Gelände des ehemaligen Heeresbekleidungsamtes an der Schwanebecker Chaussee. Wie bekannt, lehnt BVB/Freie Wähler eine jüngst durch den Bauherrn ins Spiel gebrachte erneute Erhöhung der Wohnungszahlen kategorisch ab. Zudem muß der Investor angehalten werden, seinen Sozialverpflichtung zum Bau von Schule und Kita nachzukommen. Ebenso liegen der Fraktion wiederholt Lärmbeschwerden der Einwohner von Lindow vor.

»Unser Ziel ist es, durch wohnortnahe Gesprächsformate unmittelbar die Anliegen der Menschen aufzunehmen und auf den verschiedenen Ebenen sachlichen Lösungen zuzuführen. Hierzu bietet sich ein Speakers' Corner sehr gut an«, so Péter Vida zur Veranstaltung.

Globalisierung gerettet

Asiatische Naßfüßler vs. südeuropäische Fackelwälder

Die Weltwirtschaft holpert hier und da ein bißchen? Allet knirscht und ächzt unterm Hocheffizienzkapitalismus? Pekuniär-Diktatur Global Royal? Wetten uff die Unmenschlichkeit in Dividenden? Und Temu darf nun ooch nich mehr allet zuschrotten im Westen und damit in der Atacama?

Rettung naht! China exportiert ab sofort Wasser aus seinen Überschwemmungsgebieten zum Löschen der südeuropäischen Fackelwälder, deren Rauchwolken den UV-Strahl auf den Sonnentouristen etwas trübten dieses Jahr. In Absurdistan werden derweil Holzkohlepapierschiffchen im Akkord jefaltet – fürn bißchen Feng Shui in chinesischen Flutungsgebieten. Die restlichen Container sind mit heißer Luft beladen, heißt es. Globalisierung gerettet. Kommunismus und Kapitalismus können so geisteskrank schön sein. *FRANK DER PFADBEREITER*

Defektes Windrad

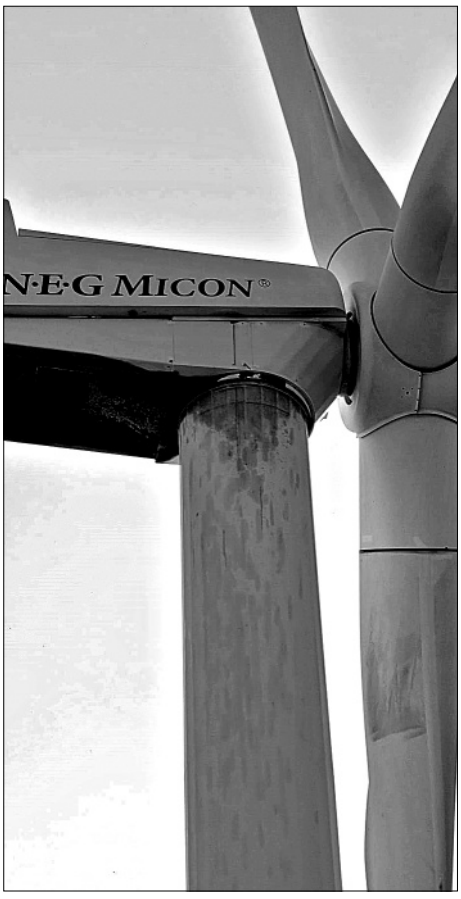


FOTO: SILVIA ZACHARIAS

Boitzenburger Land (bbp). Möglicherweise treten an einer Windenergieanlage in Ruhof (Gemeinde Boitzenburger Land im Landkreis Uckermark) umweltgefährdende Flüssigkeiten aus. Dies sei ein unverzüglich zu prüfender Sachverhalt, meint Dr. Andreas Steiner, der sich damit an die zuständigen Behörden des Landkreises Uckermark wandte.

Ewigkeits-Chemikalien im Alltag

In 42 von 46 bundesweit genommenen Stichproben wurden die sogenannten Ewigkeitschemikalien PFAS nachgewiesen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hatte diese Testergebnisse veröffentlicht und folgerte daraus: PFAS sind in unserem Wasserkreislauf angekommen.

Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) bilden eine Chemikaliengruppe aus über 10.000 von Menschen hergestellten Einzelverbindungen. Bei der Produktion, Verwendung und Entsorgung gelangen diese Stoffe in die Umwelt, in Böden, Luft und in unsere Gewässer und lassen sich von dort nicht mehr zurückholen. Mittlerweile sind PFAS auf der ganzen Erde verteilt – in Meereslebewesen, auf dem Himalaya und selbst in der Antarktis. Auch in der BRD werden PFAS in großen Mengen hergestellt: so etwa in Leverkusen von Covestro, Bayer und Momentive, in Bad Wimpfen von Solvay, in Frankfurt am Main von Daikin und in Burgkirchen an der Alz von Dyneon, Archroma und W. L. Gore.

PFAS sind überall. Sie werden von Herstellern wegen ihrer schmutz-, wasser- und fettabweisenden Wirkung massenhaft eingesetzt. Beispielsweise in Textilimprägnierungen, Skiwachs, Zahnseide, Antihaft-Beschichtung von Pfannen oder auf Pizzakartons. Aber auch in Druckfarben, Kältemitteln, Pestiziden und Arzneimitteln sind sie zu finden. PFAS sind Ewigkeitschemikalien, also nicht abbaubar. Mit jedem Einsatz steigen die Konzentrationen in unseren Körpern und der Umwelt an.

Schon heute nehmen wir laut Bundesinstitut für Risikobewertung zu hohe Mengen an PFAS auf, sodaß gesundheitliche Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden können. Die vulnerabelsten Gruppen sind Kinder und Schwangere. Dies bedeutet nicht, daß Konsumenten direkt krank werden, aber das Immunsystem kann geschwächt werden. Erst bei einer sehr hohen Aufnahme können gesundheitliche Probleme wie Leberschäden, Beeinträchtigung der Fruchtbarkeit oder Krebs auftreten. Der BUND hatte bereits im August 2025 eine Untersuchung zur PFAS-Belastung von Lebensmitteln veröffentlicht. Diese zeigte erhöhte Konzentrationen insbesondere in Fischen, Innereien und Hühnereiern aus Hobbyhaltungen. Trotz der PFAS-Nachweise im Trinkwasser betont der Umweltverband, daß Trinkwasser direkt aus der Leitung und ohne Verpackung weiterhin die ökologische Wahl ist. Auch in Mineralwässern konnte der BUND 2024 PFAS nachweisen.

Wir raten Verbrauchern beim Einkaufen dazu, bewußt auf PFAS zu achten und zu den Produkten zu greifen, die PFAS-frei sind. PFAS gelangen insbesondere durch Nahrungsmittel in unseren Körper, aber auch durch Alltagsprodukte sind wir, etwa über die Innenraumluft, PFAS ausgesetzt. Beide Produktgruppen sind im Gegensatz zum Trinkwasser deutlich weniger reguliert.

Trinkwasser ist das am besten kontrollierte Lebensmittel, welches wir haben. Wasserversorger werden immer sicherstellen, daß es kontrolliert wird und die Grenzwerte eingehalten werden. Zudem treten ab Januar 2026 Grenzwerte für die Summe von 20 PFAS im Trinkwasser in Kraft.

Leider ist eine Kennzeichnung von PFAS nicht verpflichtend. Einige Firmen werben allerdings mit Kennzeichnungen wie *»PFAS-frei«, »PFC-frei«* und *»fluorcarbonfrei«* dafür, daß sie keine PFAS verwenden. Mit der Tox-Fox-App des BUND können Sie ganz einfach beim Hersteller nachfragen, ob PFAS im Produkt enthalten sind. Dabei zeigen Sie diesem gleichzeitig, daß sie Produkte ohne Gift wollen. Einfach im Laden den Strichcode scannen und die vorformulierte Frage versenden.*

So können Sie PFAS im Alltag reduzieren:

- Achten Sie beim Kauf von neuen Produkten darauf, daß sie PFAS-frei sind. Schauen Sie kritisch nach, wenn zum Beispiel Polstermöbel oder Teppiche als schmutzabweisend beworben werden. Das ist ein Hinweis auf mögliche Verwenung von PFAS bei der Herstellung.
- Vermeiden Sie Einweg-Papierverpackungen wie To-go-Becher und Pizzakartons. Diese können mit PFAS beschichtet sein. Greifen Sie zur Mehrweg-Alternative.
- Pfannen gibt es auch ohne PFAS-Anti-Haft Beschichtung.
- Schuh- und Textilimprägnierungen ohne PFAS kaufen. Ökologische Marken werben auch gezielt hiermit.
- Die Aufnahme von PFAS in Lebensmitteln können Sie nach jetziger Datenlage durch die Reduktion von tierischen Produkten, insbesondere Fisch erreichen. Insbesondere Fisch und Innereien wie Leber können zum Teil sehr hoch mit PFAS belastet sein.
- In der Verwendung ungefährlich sind Kühlschränke und Wärmepumpen, doch während der Produktion und Entsorgung können die Kältemittel in die Umwelt gelangen. Benötigen Sie einen neuen Kühlschrank oder eine neue Wärmepumpe, dann bevorzugen Sie *»natürliche Kältemittel«* wie R-290 oder R-744.

Der BUND fordert die schnellstmögliche Beschränkung der Produktion und Verwendung der gesamten PFAS-Gruppe, die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips bei der Aufbereitung und Sanierung von kontaminiertem Wasser und Böden sowie eine vorsorgeorientierte Chemikalienpolitik zum Schutz von Umwelt und Gesundheit.

JANNA KUHLMANN, BUND

* Voraussetzung hierfür ist, daß man über ein Smartphone verfügt.

Infraschall von Windkraftanlagen:

Ein **Experte** *des Spaghetti-Monsters*

Lichterfelde (bbp). »Nun verstehe ich, daß wegen der Unschädlichkeit des Infraschalls in Bayern kaum Windräder stehen, die lassen sie bei uns in Brandenburg. Auf unsere Kosten lassen sie sich den Windstrom zuleiten.« So ein Leserkommentar zu den Behauptungen eines sogenannten Experten, der die möglichen Gefahren der Infraschall-Emissionen großer Windkraftanlagen für die menschliche Gesundheit herunterspielt.

Der Experte heißt Stefan Holzheu, hat einen Doktortitel als Geoökologe und ist an der Universität Bayreuth (Bayern) im Bereich EDV und Datenbanken tätig. Dieser Dr. Holzheu tritt in der Öffentlichkeit – unter anderem im Deutschlandfunk – mit der These auf, daß Windkraftanlagen bezüglich des Infraschalls keine negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben.

Der Schorfheider Gemeindevertreter Dr. Andreas Steiner wandte sich deshalb an den Wissenschaftler. Denn im Ortsteil Lichterfelde, wo Dr. Steiner wohnt, gibt es bekanntlich Planungen zur Aufstellung riesiger Windkraftanlagen, die in ihrer Höhe an den Berliner Fernsehturm heranreichen. Und dies in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung.

Er könne nicht nachvollziehen, so Dr. Steiner, wie Holzheu, der über keine ärztliche Ausbildung verfügt, so eine These aufstellen könne. *»Ich finde es höchst verantwortungslos, wie Sie in dieser Sache Aussagen tätigen, die wissenschaftlich nicht verifiziert worden sind. Das grenzt an Verdummung von Menschen, die Ihnen aufgrund Ihres akademischen Grades Glauben schenken und Ihre Thesen weder überprüfen noch hinterfragen. Hören Sie bitte auf, solche unwissenschaftlichen Behauptungen weiterhin zu tätigen!«*

Doch das ließ der Experte aus Bayern nicht auf sich sitzen. *»Ich habe schon mit einer Medizinerin zum Thema Infraschall publiziert«*, betont er auch seine medizinische Fachkenntnis. Auch für die Medizin gelten die gleichen physikalischen Gesetze, so Holzheu. Wie solle *»der schwache Infraschall von WEA (Windenergieanlagen) Menschen schädigen, während gleichzeitig 1000fach stärkerer Infraschall in fahrenden PKWs offenbar harmlos ist«*. Holzheu weiter: *»Ohne belegte Wirkhypothese ist der Stand der Wissenschaft: Infraschall von WEA ist unschädlich«*. Überhaupt sei es methodisch nicht möglich, Unschädlichkeit zu beweisen. *»Beweisen Sie mal, daß das fliegende Spaghetti-Monster keine Kopfschmerzen verursacht!«*

Für Dr. Steiner agiert der Wissenschaftler der Uni Bayreuth nicht nur außerhalb seiner fachlichen Zuständigkeiten und damit außerhalb der Sorgfaltspflichten, die an akademische Öffentlichkeitskommunikation zu stellen sind, sondern überschreitet mit seinen öffentlichen Aussagen zur *»Unschädlichkeit auf die menschliche Gesundheit«* des Infraschalls von Windenergieanlagen auch die Grenze dessen, was der Stand der Wissenschaft tatsächlich hergibt.

Seine Formulierung *»Ohne belegte Wirkhypothese ist der Stand der Wissenschaft: Infraschall von WEA ist unschädlich«* sei nicht nur wissenschaftstheoretisch unhaltbar, sondern stehe im offenen Widerspruch zu den offiziellen Stellungnahmen von Umweltbehörden und Fachinstitutionen. Diese sprechen – sehr bewußt – davon, daß *»nach heutigem Stand der Wissenschaft schädliche Wirkungen nicht zu erwarten sind«* bzw. *»keine signifikanten gesundheitlichen Beeinträchtigungen nachgewiesen wurden«*, nicht aber von einem Nachweis einer generellen *»Unschädlichkeit«*. Holzheu setze seine persönliche Interpretation an die Stelle des tatsächlich formulierten Konsenses und gebe diese gegenüber Medien als *»Stand der Wissenschaft«* aus. *»Das ist objektiv irreführend«*, so Steiner.

»Juristisch betrachtet ist der Unterschied zwischen 'nach aktueller Studienlage sind schädliche Wirkungen nicht zu erwarten' und 'Infraschall ist unschädlich' erheblich: Die erste Formulierung ist eine vorsichtige Risiko- und Evidenzbewertung, die offen läßt, daß zukünftige Forschung zu anderen Ergebnissen kommen kann; die zweite suggeriert einen Positivbeweis der Harmlosigkeit, den es nach Ihrer eigenen Einlassung ('Unschädlichkeit beweisen geht methodisch nicht') gerade nicht geben kann. Wer in Kenntnis dieser Methodengrenze in der Öffentlichkeit eine 'Unschädlichkeit' behauptet, bewegt sich in Richtung einer objektiven Täuschung über die wissenschaftliche Beweislage.«

Der PKW-Vergleich verschärfe das Problem zusätzlich: Holzheu argumentiert mit angeblich *»1000-fach stärkerem«* Infraschall in Fahrzeugen und leitet daraus ab, der schwächere Infraschall von WEA könne folglich keine Gesundheitsgefahr darstellen. Genau dieser Vergleich werde von Fachseite als *»nicht sachgerecht«* und *»unseriös«* eingestuft. Der Faktenfuchs des Bayerischen Rundfunks zitiert Thomas Myck vom Umweltbundesamt mit der klaren Aussage, daß ein Vergleich von Windrad und Pkw, wie ihn Holzheu anstellt, *»nicht sachgerecht«* ist, weil Anwohner von Windenergieanlagen einer dauerhaften Belastung ohne Wahlmöglichkeit ausgesetzt sind, der sie sich nicht entziehen können.

»Wenn Sie trotz dieser fachlichen Kritik weiterhin mit dem PKW-Vergleich operieren, handeln Sie bewußt gegen eine klar kommunizierte fachliche Bewertung – und damit zumindest grob fahrlässig, was die Seriosität Ihrer öffentlichen Argumentation betrifft...

Damit berühren Sie den Kernbereich wissenschaftlicher Sorgfaltspflichten und der Pflicht zur wahrheitsgemäßen, nicht irreführenden Information der Öffentlichkeit. Wer in dieser Rolle bewußt vereinfachende, fachlich kritisierte Argumente weiterverbreitet und eine Beweislage behauptet, die es nicht gibt, riskiert, seine Stellung als neutrale wissenschaftliche Auskunftsperson zu verlieren und in den Bereich einer interessengeleiteten Öffentlichkeitsarbeit mit irreführendem Charakter zu geraten.«

Dr. Steiner verweist auch auf Äußerungen aus Medizin, Umweltmedizin und Epidemiologie. Dort werde *»ausdrücklich zurückhaltend formuliert: keine Evidenz für chronische Schädigungen, keine signifikanten Gesundheitsbeeinträchtigungen nach aktuellem Stand, aber Bedarf für Langzeituntersuchungen.«*

Holzheu gehe als Nicht-Mediziner in der Öffentlichkeit über das hinaus, was die zuständigen Fachbehörden selbst zu sagen bereit sind. *»Sie suggerieren einer breiten Öffentlichkeit eine Sicherheit, für die weder Sie persönlich qualifiziert sind noch die Fachbehörden die Verantwortung übernehmen.«*

Der *»Spaghetti-Monster«*-Vergleich ist kein wissenschaftliches Argument, sondern der Versuch, berechtigte Kritik an seiner Unschädlichkeitsformel ins Lächerliche zu ziehen. Damit verlasse Holzheu *»vollends den Boden einer nüchternen, sachgerechten Risikokommunikation«* und verharmlose die berechtigte Frage, *»ob ein stetiger, nicht selbstgewählter Infraschalleintrag im Wohnumfeld über Jahre hinweg – unabhängig von der aktuell fehlenden Evidenz für direkte körperliche Schäden – als Belastung ernst genommen werden muß«*.

Dr. Steiner fordert seinen Wissenschaftskollegen auf, seine öffentliche Formulierung von *»Unschädlichkeit«* zu korrigieren und sich künftig hin an die Wortwahl der zuständigen Fachbehörden zu halten (*»nach heutigem Stand der Forschung sind schädliche Wirkungen nicht zu erwarten«*) sowie den von Fachseite als *»nicht sachgerecht«* kritisierten PKW-Vergleich in seiner Argumentation zu unterlassen. In Interviews und Medienauftritten solle Holzheu klar offenlegen, daß er keine medizinische Fachqualifikation besitzt und seine Aussagen zur Gesundheit lediglich Privatmeinungen eines Geoökologen mit EDV-Schwerpunkt sind.

Eberswalder Waldmoore

Eberswalde (bbp). Am 15. September berichtete Oliver Jähnichen von der Zentrum Angewandter Naturschutz in Brandenburg gGmbH (ZAN) im Eberswalder Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) über das Vorhaben *»Planung und Umsetzung von Maßnahmen zum verstärkten Wasserrückhalt in 13 Waldmooren um Eberswalde«*. Das Projekt ist für den Zeitraum Oktober 2025 bis November 2027 konzipiert und wird mit 374.000 Euro aus Mitteln des sogenannten Zukunftsinvestitionsfonds gefördert.

Jähnichen erläuterte anhand von Pegeldaten aus der Umgebung von Eberswalde die Dringlichkeit für Maßnahmen, um das Wasser in der Landschaft zu halten. Die vier Pegel wiesen zwischen 2013 und 2023 Rückgänge zwischen 90 und 170 Zentimetern auf.

Eine erste Vorstellung der Projektidee gab es anläßlich der Heidereise 2022 im Düsteren Winkel bei Lichterfelde. Im Juni 2023 stellten Hardy Lux und Oliver Jähnichen von der Arbeitsgemeinschaft Moorschutz Eberswalde den Projektantrag im ASWU vor, der im November des gleichen Jahres beim Landesamt für Umwelt (LfU) eingereicht wurde. Zwei Jahre später wurde die 100%-Förderung für Personal-, Planungs- und Baukosten bewilligt.

Im August 2026 konnten die Maßnahmenplanungen für alle dreizehn Projektflächen abgeschlossen werden, so daß im September die Planungsunterlagen zur Bewilligung beim Umweltamt des Landkreises Barnim eingereicht werden konnten. Die wasserrechtliche und naturschutzfachliche Genehmigung durch den Landkreis wird für diesen Oktober erwartet. Am 31. Oktober soll dann in der Kesselwiese bei Spechthausen die geplante Mitmach-Aktion gestartet werden.

Entwickelt und begleitet wird das Projekt durch die AG Moorschutz Eberswalde, zu der Stadtverordnete verschiedener Fraktionen, Förster des Landesbetriebes Forst Brandenburg, der Eberswalder Stadtförster Florian Manns, Mitarbeiter des Stadtentwicklungsamtes und Vertreter des Wasser- und Bodenverbandes Finowfließ gehören. Auch der Alnus e.V. und die Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) arbeiten in der AG Moorschutz mit.

Die dreizehn Moore befinden sich innerhalb von sechs Gebieten: Düsterer Winkel (östlich Lichterfelde), die Bachseemoore (bei Neue Hütte), die Teufelsseemoore (östlich Gropius-Krankenhaus), die Schwärzetalmoore (zwischen Schwärzesee und Bahntrasse), die Kesselwiese (südlich Spechthausen) sowie die Leuenberger Wiese West (südlich des Behördenzentrums an der Tramper Chaussee). Mit dem Projekt werden auch verschiedene Maßnahmen des Eberswalder Klimaanpassungskonzepts umgesetzt. Berührt werden die Maßnahmepakete U2 (Schutz und Renaturierung von Kleingewässern und Mooren), P3 (Rückhalt und Versickerung von Niederschlagswasser) und U1 (Klimaresilienter Stadtwald).

Übergeordnetes Ziel ist es, mehr Wasser im Wald zu halten. Dabei sollen in den dreizehn einbezogenen Waldmooren im Stadtgebiet insgesamt fünfeinhalb Kilometer Entwässerungsgräben zurückgebaut werden. Dafür sollen 68 Grabenplomben aus lokalem Material und zwei Furten gebaut, drei Rohrdurchlässe auf erhöhtem Niveau erneuert sowie drei Forstwege mit einer Gesamtlänge von 100 Metern erhöht werden.

Ein wichtiges Kriterium für die Flächenauswahl war, daß sie sich im Eigentum der Stadt Eberswalde oder des Landes Brandenburg befinden und keine Risiken für angrenzendes Privateigentum bestehen. Insbesondere soll eine ungewollte Beeinträchtigung von landwirtschaftlichen Nutzflächen vermieden werden und keine Konflikte mit Nutzern und Anwohnern provoziert werden.

Regionalpark Barnimer Feldmark e.V.:

Erhalt der »Faulen Wiesen bei Bernau«

Der Regionalparkverein pflegt seit mehreren Jahren einen Teilbereich der Feuchtwiesen im Naturschutzgebiet *»Faule Wiesen bei Bernau«* im Ortsteil Schönow. Das rund 37 Hektar große Gebiet, das sich auf dem Territorium von Schönow und Zepernick erstreckt, steht seit dem 3. April 2000 unter Schutz und ist ein wichtiger Bestandteil des länderübergreifenden Biotopverbundsystems.

Das Naturschutzgebiet *»Faule Wiesen bei Bernau«* ist ein wertvoller Bestandteil des Berliner Randgebiets. Unsere Aufgabe ist es, naturnahe Landschaftsbestandteile zu erhalten und die natürliche Wasserspeicherfähigkeit zu verbessern. Besonders wichtig sind die kleinteiligen Feuchtwiesen mit ihren Kleingewässern, die zahlreichen bedrohten Tier- und Pflanzenarten wie Amphibien, Vögeln und Orchideen einen geschützten Lebensraum bieten.

Da die kleinen, zersplitterten Wiesenflächen für eine konventionelle landwirtschaftliche Nutzung meist ungeeignet sind, hat der Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. Fördermittel akquiriert, um die Pflege der Flächen zu sichern. Unterstützt durch die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim wird in diesem Jahr die Wiesenpflege erneut durchgeführt. Dabei erfolgt eine zweimalige Mahd, um nährstoffärmere und blütenreichere Wiesen zu fördern. Die Pflege wird von einem Bio-Landwirtschaftsbetrieb aus der Region übernommen, der das gemähte Gras als Heu (Foto) oder Silage für seine hofeigenen Tiere nutzt und so regionale Kreisläufe stärkt.

Auf einer kleineren Fläche des Naturschutzgebietes wird zudem der invasive Riesenknöterich zurückgedrängt – diese Maßnahme übernimmt ein Grünpflegeunternehmen aus der Region.



Foto: Heike Niemeyer

Das Pflegemanagement sowie die fachliche Dokumentation der Entwicklung obliegt dem Regionalparkverein. Informationstafeln vor Ort geben Besuchern Auskunft über das Naturschutzgebiet. Anwohner und Gäste sind eingeladen, die Natur zu genießen, sollten jedoch auf den Wegen bleiben und Hunde an der Leine führen, um die empfindlichen Lebensräume zu schützen. Gemeinsam mit dem Landkreis Barnim und weiteren Akteuren vor Ort trägt der Regionalparkverein so zum Erhalt dieser wertvollen Landschaft, der Freiräume und der Artenvielfalt bei.

SABINE BÜTTNER und HEIKE NIEMEYER

Badestelle am Großen Buckowsee in Lichterfelde:

Schlag ins Gesicht der Bürger

Nach der kritischen Reaktion des Gemeinsam Lichterfelde e.V. an die Schorfheider Gemeindeverwaltung wegen der Sperrung der Zufahrt zur Badestelle am Großen Buckowsee *(siehe Seite 13)* gab es Gespräche mit der Bauamtsleiterin Juliane Ness und schließlich einen Vorortttermin mit ihr an der Badestelle mit Mitgliedern des Vereinsvorstandes, einem weiteren Mitarbeiter des Bauamtes und einer Vertreterin der unteren Naturschutzbehörde (uNB) des Landkreises Barnim.

Die Schorfheider Gemeindeverwaltung möchte keinen weiteren ausufernden Tourismus an die Lichterfelder Badestelle am Großen Buckowsee fördern, so die Amtsleiterin. Sie begründete dies mit dem Naturschutz. Die beabsichtigte Schmälerung der Attraktivität als Bade- und Erholungsort war wohl auch der Anlaß, die Sitzbänke zu entfernen.

Andererseits wirbt die Gemeinde noch immer auf Ihrer Homepage paradoxerweise für den Großen Buckowsee als Naherholungsgebiet. Das Fehlen von Sitzbänken wird älteren Menschen zusetzen, die sich dort umkleiden und auch mal ausruhen möchten. In erster Linie ist es ein Schlag ins Gesicht der Bürger!

Die Verwaltung, so die Aussage, möchte einer weiteren Vermüllung der Badestelle entgegenwirken. Wir als Verein betonten, daß es nie eine wesentliche Vermüllung gegeben hat und wir bei unseren routinemäßigen Mäh- und Reinigungsarbeiten nur wenige Abfälle vorfanden, die wir immer mit entfernt haben.

Organische Abfälle wie Rasenmahd und Laub dürfen wir künftig nicht mehr am Rand der Wiese aufschichten. Dies sei im Naturschutzgebiet nicht erlaubt, obwohl es sich um autochthones Material handelt. Dies sei der *»Stein des Anstoßes«* gewesen, weshalb die Amtsleiterin Juliane Ness die uNB gefragt hatte, ob dies alles so rechtens sei.

Erlaubt werde dem Verein jedoch weiterhin, aus dem nahen Flachwasserbereich organisches Material zu entfernen, das aber abgefahren und kostenpflichtig entsorgt werden muß. Selbstverständlich auf Kosten des Vereins. Eine finanzielle Unterstützung seitens der Gemeinde komme nicht in Frage, so Amtsleiterin Ness.

Die Reinigungstermine müssen zudem vorab mit der Verwaltung abgesprochen worden, was ein zusätzlicher bürokratischer Aufwand für unseren Verein bedeutet.

Die Zuwegung zum Wald, in welchem der See liegt, wird durch die Gemeinde nicht mehr gepflegt. Er befindet sich schon jetzt in einem katastrophalen Zustand und wird demnächst aufgrund von Spurrillen durch Erosion mit einem normalen PKW nicht mehr befahrbar sein. Damit wird es auch für unseren Verein schwierig werden, für Pflegearbeiten die Badestelle zu erreichen, ohne Schäden an den privaten Fahrzeugen zu riskieren.

Dem Vorwurf, sie habe mit der Sperrung des Waldweges rechtswidrig gehandelt, widersprach die Bauamtsleiterin nicht. Sie begründete die Sperrung aber mit der *»Gefahr im Verzug«*, daß eventuell einzelne Bäume infolge des Brandkrustenpilzbefalls plötzlich umstürzen könnten. Auf meine Frage zur Akteneinsicht in das entsprechende Gutachten mußte sie zugeben, daß es gar kein Gutachten gibt, sondern lediglich eine Art Inaugenscheinnahme einiger Bäume.

In einer ersten eMail hatte Bauamtsleiterin Ness unseren Verein noch vorschreiben wollen, nicht mehr Werbung für den Großen Buckowsee zu machen (sauber gehaltene Badestelle durch ehrenamtliche Vereinsarbeit, schöner Badeort). Dieses Ansinnen hat unser Verein kategorisch zurückgewiesen. Wir lassen uns nicht zensieren und vorschreiben, welche Inhalte wir auf unserer Homepage oder per Pressemitteilung veröffentlichen.

Die Verwaltung will nun die besprochenen Inhalte in einem von der Verwaltung aufgesetzten Nutzungsvertrag verbriefen, den unser Verein dann zur Beratung und Unterschrift erhält.

Wir werden, wenn dieser Vertragsentwurf vorliegt, darüber beraten und abstimmen, ob und inwieweit wir auf die neuen Bedingungen eingehen werden.

Ich werde den Gedanken nicht los, daß es hier in erster Linie darum geht, freiwillige ehrenamtliche Arbeit unseres Vereins, der sich durch die Pflege der Badestelle in der Bevölkerung in vielen Jahren einen gewissen Stellenwert erarbeitet hat, zu stören und künftig möglichst zu verhindern. Dies zum Schaden für alle Bürger, die die Lichterfelder Badestelle am Großen Buckowsee nutzen.

Dr. ANDREAS STEINER

Stadtratswahl in Partnerstadt

Delmenhorst (cz). Bei der Stadtratswahl in Delmenhorst, der Partnerstadt von Eberswalde, gingen die meisten Stimmen an die SPD, wenn auch sehr knapp.

Für die SPD stimmten 23,8 Prozent der Wählerinnen und Wähler. Sie liegt damit vor der AfD. Für die AfD stimmten 23,4 Prozent. Danach folgen die CDU mit 21,3 Prozent auf Platz drei, die Grünen (8,4 Prozent) und Die Linke (7,9 Prozent).

In Delmenhorst leben 59.427 Wahlberechtigte. Die Wahlbeteiligung lag bei 53,6 Prozent.

Wasserattraktionen

Eberswalde (bbp). Die Linksfraktion in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung hat eine seit vielen Jahren regelmäßig von der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur, insbesondere von deren sachkundiger Einwohnerin im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt, Peggy Siegemund, eingebrachte Forderung nach Wasserspendern auf dem Potsdamer Platz aufgegriffen und für die Stadtverordnetenversammlung am 24. September eine entsprechende Beschlußvorlage formuliert.



Foto: Jürgen Gramzow

In der Innenstadt wird mit *»Wasserattraktionen«* nicht gespart. So blickt der Bürgermeister vom Rathaus aus direkt auf die liebevoll als *»Pißrinne«* bezeichneten Wasserspiele auf dem Marktplatz.

»Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten der Errichtung von Wasserattraktionen (Wasserpumpen, Wasserbassins, Springbrunnen, Wasserspielplatz, Sprühnebelsäulen o.ä.) im Brandenburgischen Viertel zu prüfen«, heißt es im Beschlußtext. *»Dabei sollen Standorte gefunden werden, die die Errichtung einer entsprechenden Anlage mit möglichst geringem Aufwand ermöglichen. Bestandteil der Prüfung soll auch die Nutzung von Regenwasserzisternen sein.«* Im Ergebnis der Voruntersuchungen sollen weitere Möglichkeiten zur Stärkung der Klimaresilienz aufgezeigt werden.

»In diesem Stadtteil gibt es derzeit keine Wasserflächen bzw. Brauchwasserangebote im öffentlichen Raum«, schreiben die Linken in der Begründung. *»Neben Beschattung und Begrünung können entsprechende Einrichtungen sommerliche Hitze erträglicher machen. Denkbar wäre aus unserer Sicht eine Angliederung an Spielplätze oder Parkanlagen.«*

Im Hitzeportal der Stadt werde für das Wohngebiet mit über 7.300 Einwohnern nur eine Parkanlage als *»Kühler Ort«* ausgewiesen. Von den fünf ausgewiesenen Trinkwasserpartnern kann aufgrund deren Öffnungszeiten nur eingeschränkt Hilfe angeboten werden. *»Wasserattraktionen wären eine Bereicherung im Viertel und könnten den Anwohnern Erleichterungen an heißen Tagen bringen.«*

Wildkatzennachweis

Nach mehreren Jahrhunderten ist die Europäische Wildkatze (Felis sylvestris) in den Landkreis Barnim zurückgekehrt. Im Rahmen des Wahlpflichtmoduls *»Wildtiermonitoring«* der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) wurden in einem Waldgebiet bei Hirschfelde südlich von Eberswalde erstmals mehrere Wildkatzen fotografisch dokumentiert und anschließend genetisch bestätigt. Die molekularbiologischen Untersuchungen belegen, daß es sich um genetisch reine Wildkatzen handelt. Mindestens drei verschiedene Tiere konnten identifiziert werden: zwei Weibchen und ein Männchen.

Damit liegt der erste genetisch bestätigte Nachweis der Europäischen Wildkatze im Landkreis Barnim vor, seit die Art vor mehreren Jahrhunderten aus dem Gebiet des heutigen Brandenburgs verschwunden war. Der Fund ist zugleich ein weiteres Zeichen für die allmähliche Rückkehr der streng geschützten Art in ihre früheren Verbreitungsgebiete.



Foto: Frank Michler

Das Wildkatzenmonitoring fand von Januar bis April 2026 statt. Gemeinsam mit den Studierenden brachte Dr. Frank Michler, Dozent für Wildbiologie und Wildtiermanagement an der HNEE und Beauftragter für das Wildkatzenmonitoring, insgesamt 21 sogenannte Lockstöcke aus. Die angerauten Holzpflöcke wurden regelmäßig mit Baldriantinktur besprüht. Der Geruch lockt Wildkatzen an und regt sie dazu an, sich an den Stöcken zu reiben. Dabei bleiben Haare am Holz zurück, die genetisch untersucht werden können.

Die Europäische Wildkatze war ursprünglich in weiten Teilen Deutschlands verbreitet, wurde jedoch über Jahrhunderte intensiv verfolgt und aus vielen Regionen verdrängt. Kleine Restpopulationen konnten unter anderem im Harz überleben. Seit Ende der 1990er Jahre breitet sich die Art wieder zunehmend aus.

Für die Wiederbesiedlung Brandenburgs kommt der Wildkatzenpopulation im Harz eine besondere Bedeutung zu. Inzwischen ist die Art vor allem im Süden Brandenburgs wieder nachgewiesen. Aus dem Norden des Landes gibt es aus den vergangenen Jahren einzelne Nachweise. Der aktuelle Fund im Barnim läßt hoffen, daß die Wildkatze zunehmend geeignete Lebensräume im Nordosten Brandenburgs erreicht.

JOHANNA KÖHLE

19 Brücken für 13 Kilometer

Mit dem fast ganzseitigen Beitrag *»Welche neuen Brücken in der Nähe zum Binnenhafen geplant sind«* (MOZ vom 26.08.26) setzt MOZ ihre Werbecampagne für die B167neu, genannt Ortsumgehung (OU), fort.

Das Wort Werbecampagne ist natürlich gaaanz falsch, denn MOZ ist ja ein Nachrichtenportal, selbsternannt unabhängig, objektiv und neutral. Der uns da benachrichtigt, also gaaanz neutral informiert, das ist Herr Backert. Zwar streut Herr Backert in seine Beiträge zur B167neu immer wiederholend ein, wie wichtig diese Straße ist und daß sie einen großen Nutzen bringt, weil die *»Wirtschaft«* sie braucht und weil sie den innerörtlichen Verkehr entlastet, was aber Herr Backert keinesfalls als Werbung verstanden wissen will. Es kommt auch nicht darauf an, ob das alles wirklich zutrifft. Wichtiger ist wohl, daß die Leser das glauben.

Richtig ist allerdings folgendes: Schon die Bezeichnung Ortsumgehung (OU) ist falsch, denn die Straße endet an der Angermünder Chaussee (Landesstraße L200) und führt von dort den gesamten Verkehr direkt ins Zentrum der Kreisstadt. Genau so falsch ist der ausgewiesene Nutzen mit dem daraus abgeleiteten *»vordringlichen Bedarf«*. Das Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV) wurde einfach falsch berechnet, um einen Bedarf vorzutäuschen, den es gar nicht gibt. Der wurde auch nie nachgewiesen, steht aber mit NKV=10 im Ausbaugesetz und gilt also!

Inzwischen mußte sogar der Unternehmerverband, glühender Befürworter der Maßnahme, einräumen, daß viele Unternehmen die neue Straße nicht brauchen, weil sie die gar nicht nutzen können und daß die geplante Schließung der Autobahnzu- und -abfahrt in Finowfurt ihnen erheblich schadet. Bisherige Befürworter der Maßnahme müssen zugeben, daß die neue Straße den innerörtlichen Verkehr keineswegs entlastet. Eher das Gegenteil ist der Fall wegen des erheblichen, dann erforderlichen Querverkehrs, um einen der wenigen *»Knoten«* und damit die Autobahn überhaupt erreichen zu können. Hinzu kommt, daß die Zufahrten zu den Knoten in derzeitigem Zustand nicht in der Lage sind, den Verkehr aufzunehmen. Eine Ertüchtigung wird für die Stadt sehr teuer. Das interessiert jedoch den Bund nicht, denn das ist, so steht es geschrieben in den Planungsunterlagen, allein kommunale Aufgabe.

Über das alles informiert Herr Backert die Leser nicht. Warum nicht? Es ist wohl nicht so recht werbewirksam. Schwerpunkt in seiner Information sind die Bauwerke, in erster Linie Brücken, die erforderlich sind, um die Straße überhaupt zu ermöglichen. Beginnend an der Kaiserwegbrücke in Finowfurt ist die Berichterstattung in der vierten Folge jetzt am Binnenhafen in Eberswalde angekommen.

Nur wenige Leser der MOZ werden die Zahl der Bauwerke mitgezählt haben. Die Nummer des jeweiligen Bauwerks gibt hier leider keine Auskunft. Damit die Zahl der Bauwerke nicht zu hoch wird, besteht z.B. Bauwerk 13 aus drei Brücken, also zu Nr. 13 kommen noch Nr.13a und Nr.13b dazu. An dieser Stelle sei erwähnt, daß in den Planungsunterlagen insgesamt 29 Bauwerke enthalten sind, davon 19 Brücken allein für den ersten Planungsabschnitt, also etwa 13 Kilometer neue Straße.

In der Zählung der Bauwerke sind die Knotenpunkte (KP) nicht enthalten, die werden extra gezählt. Der Bund sieht die beiden Orte Finowfurt und Eberswalde nur als *»Störfaktoren«*. Es sind – abgesehen von der BAB-Anbindung – nur drei KP vorgesehen. Weitere, wie z.B. KP 4a, müssen die Kommunen *»beantragen«* und (was denn sonst?) natürlich selbst bezahlen. Für KP 4a will der Landrat einspringen, wohl auch um möglichen Widerstand der Stadt zu unterdrücken. Ob die Kreistagsabgeordneten dem zustimmen, bleibt abzuwarten.

Spät – aber besser spät als nie – haben die Gemeindevertreter von Schorfheide (Finowfurt ist der Hauptort) begriffen, daß die neue Straße den Anwohnern und den Unternehmen nur schadet. Die Verwaltung teilte dem Bund mit, daß die Gemeinde das Vorhaben nicht mehr unterstützt. Der Bund hat darauf den KP 3 – das sollte die Anschlußstelle für Finowfurt sein – prompt gestrichen. Jetzt müßten die Finowfurter entweder zur Kaiserwegbrücke (KP 1) oder nach Finow zum KP 4 (Nähe Brotfabrik) fahren, um die Autobahn zu erreichen, denn die Anbindung Marienwerder Straße soll ja entfallen.

Die Stadtverordneten der Kreisstadt haben noch nicht begriffen, was die neue Straße für Probleme mit sich bringt und es bleibt abzuwarten, ob und wann auch sie dem Vorhaben ihre Unterstützung entziehen.

Vielleicht setzt sich ja irgendwann doch der gesunde Menschenverstand durch und die Verantwortlichen – sie sind ja verpflichtet, Schaden von uns abzuwenden – denken darüber nach, eine BAB-Anbindung bei km 27,5 zu fordern und zu realisieren. Danach bietet sich mit einem Streckenverlauf nördlich des Flugplatzes (hier kommt die stillgelegte Bahnstrecke in Frage) in Verbindung mit dem *»Eberswalder Schwung«* eine wirksame Problemlösung an, die zudem wesentlich preiswerter ist als das Vorhaben des Bundes, das nur für einen dreistelligen Millionenbetrag zu haben ist.

JOHANNES MADEJA

Carport *gegen Weltuntergang*

Ein junger SPD-Landtagsabgeordneter lädt zum Dialog vor Ort ins Choriner Bahnhofsbistro – und erlebt den ganz normalen Wahnsinn der lokalen Demokratie.

Es riecht nach regionaler Bockwurst, frisch gebrühtem Kaffee und der großen weiten Welt, die auf den Gleisen eins und zwei des historischen Bahnhofs vorbeirauscht. Mittendrin: Kurt Fischer, ein junger SPD-Hoffnungsträger. Zwei Stunden lang bietet er im örtlichen Bistro *»Lindenblatt«* gelebte Demokratie, ganz nah am Volk.

Was soll da schon schiefgehen?

Der Kontrast des Nachmittags könnte jedoch kaum härter sein: Hier das nackte Überleben von Mensch und Natur, dort ein schattiges Plätzchen fürs geliebte Auto.



Foto: Magdalena Mizerna

Naturschutz ohne Zähne

Den Auftakt am Bistrotisch macht die Bürgerinitiative *»Wir sind Biosphäre«**.

Die Stimmung? Ernst. Die Fakten? Düster. Ihre Vertreter fackeln nicht lange und servieren Fischer die harte Realität der Landespolitik. Das Biosphären-Reservat wird nämlich klammheimlich abgewickelt – eine De-facto-Abschaffung durch die Hintertür.

Das Personal? Massiv abgebaut. Die Mittel? Radikal gekürzt. Und zu allem Überfluß eine neue Rechtsgrundlage, die dem Naturschutz auch noch die letzten Zähne ziehen wird. Der begehrte UNESCO-Status wackelt bedenklich.

Drumherum kollabieren ganze Ökosysteme, Ernten fallen aus, Wälder brennen – doch die Landesregierung schaut weg und agiert fatal kurzsichtig. Sie ist dabei, einen einzigartigen, intakten Lebensraum unumkehrbar zu zerstören – ein historisches Erbe und das Lebenswerk einer ganzen Generation, die alles für dieses Projekt gegeben hat. Blanker Zynismus, das als Bürokratieabbau zu bezeichnen.

Die Initiative fordert von Fischer das, was man in der Politik so selten findet: Auch mal gegen den Strom zu schwimmen, wenn die Strömung in den Abgrund führt. Doch selbst das wird unmöglich, wenn die Flüsse gänzlich versiegen.

Fischer spürt die zentnerschwere Verantwortung auf seinen Schultern. Scheitert der Umwelt- und Naturschutz, baden dies vor allem die sozial Schwächsten in unserer Gesellschaft aus. Genau das zu verhindern, ist der Kernauftrag der SPD.

»Aber was ist mit meinem Auto?!«

Doch die emotionale Achterbahn der Bürgernähe kennt keine Gnade. Kaum ist die Stimme der Initiative verklungen, drängt der nächste Bürger auf die Bank. Sein Blick ist wild, seine Stimme bebt vor Zorn. Klimakrise? Brennende Wälder? UNESCO-Status? All das verblaßt zur Nebensache. Es gibt ein echtes, existentielles Problem im Landkreis: der verweigerte Carport. Die Schuldige steht für ihn fest: die Biosphäre.

Artenschutz für Homo Sapiens?

Doch damit ist es nicht getan. Enttäuscht von der verhaltenen Reaktion und der fehlenden Anteilnahme setzt er mit Blick auf den Grumsiner Forst noch einen drauf: *»Selbst die alten Bäume werden geschützt – aber wer schützt eigentlich die Menschen?«*

Betretenes Schweigen. Man sieht förmlich die Fragezeichen über den Köpfen schweben. Sind die Bewohner des Biosphärenreservats etwa vom Aussterben bedroht?

Die bittere Ironie daran: Sie werden es tatsächlich sein – allerdings durch die verheerenden Folgen der Klimakrise. Da intaktes Leben im Wald auch den Schutz von Menschenleben bedeutet, ist Baumschutz immer auch Menschenschutz. Eine biologische Grundregel, die endlich im Bewußtsein jedes einzelnen ankommen muß – vor allem bei denjenigen, die gerade am Steuer unserer Gesellschaft sitzen.

Da sitzt er nun, der junge Politiker. Links die schmelzenden Lebensgrundlagen der nächsten Generation, rechts die unendliche Tragweite eines überdachten Stellplatzes. Es ist das ewige Dilemma der Kommunalpolitik: Die Welt geht unter, aber bitte nicht in meinem Vorgarten. *MAGDALENA MIZERNA*

* *»Wir sind Biosphäre!«* ist eine Bürgerinitiative in Brandenburg, die sich für den Erhalt des Schutzstatus des UNESCO-Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin sowie ein echtes Mitspracherecht der betroffenen Bevölkerung bei der von der Landesregierung geplanten Novellierung der Schutzverordnung von 1990 einsetzt (wir-sind-biosphäre.de).

»Sommerhöhen«: Bauen in der Kaltluftschneise

In Eberswalde befaßten sich im September die Stadtverordneten mit einer Änderung des Flächennutzungsplanes. Eine Ackerfläche am östlichen Stadtrand soll mit Eigenheimen bebaut werden. Zunächst ist ein Beschluß zur Erarbeitung eines Städtebaulichen Vertrages mit dem Investor erforderlich, um anschließend den Flächennutzungsplan zu ändern.

Wir lehnen diesen Beschlußvorschlag ab, weil die beabsichtigte Bebauung in der freien Landschaft, jenseits der jetzigen Siedlungsgrenze erfolgen soll und sie damit dem städtebaulichen Leitprinzip *»Innenentwicklung vor Außenentwicklung«* widerspricht. Weiterhin ist es für uns nicht akzeptabel, daß der Klimawandel und notwendige Klimaanpassungsmaßnahmen zwar viel diskutiert, im konkreten Fall aber wieder kaum beachtet werden. So wurden beim geplanten Wohngebiet *»Sommerhöhen«* gegenüber dem ersten Planungsentwurf die Störungen des Kaltlufttransfers lediglich reduziert. Dabei war es möglich, der für das Stadtklima wichtigen Kaltluftentstehung in diesem Bereich wesentlich mehr Priorität einzuräumen und die Bebauung der Ackerfläche nicht zuzulassen. Aus unserer Sicht stellt dieses Bauvorhaben einen kurzsichtigen, leichtfertigen und nicht begründbaren Eingriff in Natur und Landschaft dar. Aspekte der Nachhaltigkeit wie Flächenverbrauch, Grundwasserneubildung und Klimawandel werden negiert. *KAREN OEHLER*

Tiefgreifende *Auswirkungen*

Natur, Landschaft, Umwelt und Eigentumsverhältnisse stehen zur Disposition

Schorfheide (bbp). In der Sitzung des Bauausschusses der Gemeinde Schorfheide standen am 23. September mehrere Beschlußvorlagen zu Bebauungsplänen (B-Plan) auf der Tagesordnung, die den Ortsteil Lichterfelde betreffen.

Im B-Plan Nr. 426 geht es um das *»Wohnen am Lichterfelder Hauptgraben«* (vgl. BBP 10/2021 und 7/2022), während laut B-Plan Nr. 428 eine *»Mehrfamilienhausbebauung Oderberger Straße Lichterfelde«* entstehen soll. Für beide B-Pläne ging es um eine Änderung des Verfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) und die förmliche Aufstellung des B-Plans. Im Mittelpunkt steht die Durchführung der Umweltprüfung mit Umweltbericht einschließlich zusammenfassender Erklärung sowie Eingriffsausgleichsabwägung. Darauf war ursprünglich pauschal verzichtet worden, was aber durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 18.07.2023 nun Pflicht ist.

Bei der Oderberger Straße stand zugleich die *»Abwägung der Stellungnahmen der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung«* sowie der *»Beschluß über den 2. Entwurf und Offenlage«* auf dem Programm. Eine weitere Beschlußvorlage betraf die *»Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Finowfurt nach § 34 BauGB«.*



Foto: Silvia Zacharias

Im Jahr 2022 fand ein Anwohner auf der Fläche des geplanten Baugebiets am *»Lichterfelder Hauptgraben«* ein Weibchen der Italienischen Schönschrecke (Calliptamus italicus), eine heute in Mitteleuropa vom Aussterben bedrohte Heuschreckenart.

Der Lichterfelder Gemeindevertreter Dr. Andreas Steiner (Fraktion Frischer Wind für Schorfheide) lehnte im Bauausschuß alle vier Vorlagen ab. Insbesondere zur Klarstellungs- und Ergänzungssatzung fand er kritische Worte, denn mit dieser Satzung sollen weitreichende Änderungen für die städtebauliche Entwicklung und Flächennutzung im Ortsteil Finowfurt festgelegt werden. Die wichtigsten kritischen Punkte sind:

»Die Fläche des Innenbereichs wird um etwa 42 ha erweitert (von 112 ha auf 154 ha). Dadurch werden bisherige Außenbereichsflächen für eine Bebauung geöffnet, was zu einer stärkeren Flächenversiegelung und zum Verlust von landwirtschaftlichen Flächen und Wald führt.

Die geplanten Maßnahmen führen zu erheblicher Neuversiegelung von Böden (z.B. bis zu 1.074 m² an der Lichterfelder Straße und 1.022 m² am Sportplatz). Es kommt zu Biotopverlusten (wie Frischwiese, Waldlebensraum), die nur teilweise durch interne und externe Ausgleichsmaßnahmen kompensiert werden können. Artenschutzrechtliche Konflikte sind vorprogrammiert, insbesondere für Bodenbrüter, Zauneidechsen und Fledermäuse. Die Umwandlung von Wald in Bauland am Sportplatz ist genehmigungspflichtig und aktuell laut Forstbehörde nicht zulässig, solange der Flächennutzungsplan die Fläche als Wald ausweist.

Mit Inkrafttreten der neuen Satzung werden die alten Regelungen von 1996 aufgehoben. Das betrifft auch bisherige Einschränkungen und Ausgleichsregelungen für bestimmte Flächen. Die Zulässigkeit von Bauvorhaben richtet sich künftig stärker nach der Maßstäblichkeit der Umgebung und weniger nach festen Vorgaben (z.B. Grundflächenzahl, Geschoßflächenzahl).

Die Satzung priorisiert bestimmte Flächen für den Wohnungsbau, was die Siedlungsstruktur und das Ortsbild langfristig verändert. Die Inanspruchnahme von Landwirtschafts- und Waldflächen wird mit dem hohen Stellenwert von Finowfurt für die Wohnungsbauentwicklung begründet, obwohl noch Innenentwicklungs-Potentiale bestehen.

Diese Punkte sind kritisch, weil sie tiefgreifende Auswirkungen auf Natur, Landschaft, Umwelt, Eigentumsverhältnisse und die zukünftige Entwicklung des Ortsteils haben...«

Neugründung unterstützt

Der Streit um den Bezirksverband der Kleingärtner (BVK) kulminiert. Anhand der Informationen der Stadtverwaltung vom 30. Juni konnte unsere Fraktion nicht erkennen, wie hier eine Lösung herbei geführt werden kann. Die Stadt Eberswalde steht als Generalverpächterin der Kleingartenflächen jedoch in der Verantwortung und muß aktiv werden, wenn der BVK nicht mehr willens oder in der Lage ist, seinen vertraglichen Verpflichtungen ordnungsgemäß nachzukommen. [...]

Die Stadt Eberswalde verpachtet ihre Kleingartenflächen zu einem für diese gemeinnützigen Zwecke angepaßten Preis. Wenn ein Zwischenpächter diese vergünstigt zur Verfügung gestellten Flächen künftig nutzen will, um mittels *»gewerblicher Verwaltungsgebühren«* unangemessene Einnahmen zu erwirtschaften, stellt dies aus unserer Sicht einen klaren Vertragsbruch dar.

Unsere Fraktion bekräftigt ihren Vorschlag, daß die Stadt zur Lösung der Probleme die Neugründung eines Dachvereins der Kleingärtner, der in den bestehenden Zwischenpachtvertrag mit dem BVK eintreten kann, unterstützen sollte.

MIRKO WOLFGRAMM

Großes Herz für Heimat und Menschen

Jürgen Bohm aus Groß Schönebeck ist »Ehrenamtler des Monats«

Groß Schönebeck (bbp). Im September kam die Chefin der Brandenburger Staatskanzlei, Kathrin Schneider, nach Groß Schönebeck, um dort Jürgen Bohm im Format *»Ehrenamt des Monats«* auszuzeichnen.

Er sei bekannt für sein großes Herz für die Heimat und seine Mitmenschen und für seine umfassende Kutschensammlung, heißt es in einer Mitteilung der Staatskanzlei. Jürgen Bohm engagiert sich seit mehr als 40 Jahren bei der Freiwilligen Feuerwehr. Darüber hinaus kümmert er sich seit Jahren um Geflüchtete und Bedürftige. Als der Krieg in der Ukraine ausbrach, nahm Jürgen Bohm Geflüchtete bei sich auf, von denen einige wieder in ihre Heimat zurückgingen, andere eine eigene Wohnung und Arbeit im Dorf fanden und einer bis heute bei ihm lebt. Auch 2015 gab er Menschen auf der Flucht ein Zuhause auf Zeit. Zudem stellte er kostenfrei Räume für die Einrichtung einer Tafel zur Verfügun.

Sein Traditionsbauernhof wird regelmäßig zur *»guten Stube«* des Dorfes. Dort werden Hochzeiten gefeiert und Feste wie die Brandenburger Landpartie und das Erntedankfest mit jeweils bis zu 800 Gästen ausgerichtet. Kindern aus Kita und Schule vermittelt er traditionelle Landwirtschaft zum Anfassen.

Sein Kutschenmuseum hat Jürgen Bohm im Sommer 1976, also vor genau 50 Jahren, ins Leben gerufen, als er mit 16 Jahren seine erste eigene Kutsche erwarb. Seine Sammlung umfaßt mittlerweile 64 Kutschen unterschiedlichster Art – von Hochzeits- und Beerdigungskutschen über Ärztekutschen, Feuerwehrgespanne bis zu Transportkutschen.

Außerdem hat er 50 historische Ackerwagen und 30 Schlitten sowie eine Geschirrkammer mit mehr als 60 Pferdegeschirren bis aus der Kaiserzeit. Damit ist es eine der umfassendsten Sammlungen im Land Brandenburg. Schneider: *»Das ist ein historischer Schatz, der in der Region seinesgleichen sucht. Und dieser Schatz wurde schon von vielen Besucherinnen und Besuchern bewundert, bleibt auf diese Art lebendig und wird für die Nachwelt erhalten.«*

Seit bald 20 Jahren zeichnet die Landesregierung jeden Monat ein besonderes Ehrenamt und damit eine Frau oder einen Mann für ihr Engagement aus.

Eberswalder Kleingärten:

»Stadt ist Teil des Problems«

Eberswalde (bbp). Bereits zum dritten Mal nacheinander meldete sich am 30. Juni Harald Beuster in der Einwohnerfragestunde der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) zum Thema Kleingärten zu Wort. Beuster ist in Eberswalde als Rechtsanwalt tätig und vertritt als solcher mehrere Kleingärtner gegen den Bezirksverband der Kleingärtner Eberswalde und Umgebung e.V. (BVK). Seine Fragen in der StVV vom 28. April an den amtierenden Bürgermeister Maik Berendt sollten binnen vier Wochen schriftlich beantwortet werden. Antwort erhielt Beuster vom Baudezernenten Ilja Haub, allerdings erst am 10. Juni (siehe *»Beantwortung einer Anfrage«*).

Selten habe er sich *»so verarscht«* gefühlt wie nach dem Lesen dieses Antwortschreibens, machte Harald Beuster seinem Unmut Luft. In dem Schreiben hatte der Dezernent mitgeteilt, daß die Stadt mit dem BVK Zwischenpachtverträge im Sinne des Bundeskleingartengesetzes abgeschlossen hat. Somit sei der BVK als Zwischenpächter zur Verwaltung der Kleingartenanlagen (KGA) befugt.

Danach habe er zwar nicht gefragt, aber genau dies sei das Problem, so Beuster. Die Stadt könnte ihre mehr als 40 KGA auch selbst verwalten und direkt an die Kleingärtner verpachten. Das wäre aber mit erheblichem personellen und finanziellen Verwaltungsaufwand verbunden, der nicht auf die Kleingärtner umgelegt werden kann. Denn die Umlage von Verwaltungskosten auf die Pächter sei nur in einem sehr eng begrenzten Umfang zulässig, stellte der Rechtsanwalt unter Verweis auf Bundeskleingartengesetz (BKleingG) § 5 Absatz 4 fest. Um nicht auf diesen Kosten sitzen zu bleiben, habe die Stadtverwaltung ihre KGA an den BVK verpachtet.

Der BVK als Zwischenpächter, so Beuster weiter, sei aber selbst weder finanziell noch personell in der Lage, Kleingartenvereine zu verwalten. Und auch der BVK kann die Verwaltungskosten nicht einfach umlegen. Daher treffe es sich gut, daß der BVK nicht nur Zwischenpächter, sondern zugleich der Dachverband der Eberswalder Kleingartenvereine ist. Der Baudezernent folgerte in seiner Antwort, daß der BVK zur Verwaltung der Kleingartenanlagen sich *»mit unterschiedlicher Vertragsgestaltung der Kleingartenvereine bedienen«* könne. Davon sei im Bundeskleingartengesetz nirgends die Rede, entgegnete der Rechtsanwalt. Dort gibt es nur die Kategorien Verpächter, Zwischenpächter und Pächter.

Weder die Übertragung der Verwaltung der KGA durch den Zwischenpächter noch die Erhebung von Verwaltungskosten sei im Rahmen des Kleingartenpachtrechtes zulässig. Daher habe man sich unter Umgehung des Kleingartenpachtrechtes etwas Neues einfallen lassen. *»Und zwar hat der BVK – nicht als Zwischenpächter, sondern nun als Dachverband der Kleingartenvereine – die Erfüllung der Verwaltungsaufgaben zu einer Gemeinschaftsaufgabe aller Kleingartenvereine erklärt und den Gartenvereinen eine sogenannte Verwaltungsvollmacht erteilt.«* Die Stadtverordneten müßten die ganze Wahrheit erfahren und nicht immer nur Stückwerk, so Rechtsanwalt Beuster.

Tatsache sei, *»daß die Stadtverwaltung überhaupt nicht daran interessiert ist, irgendwelche Veränderungen zu unternehmen, weil sie selbst der größte Profiteur ist. Ohne den Zwischenpächter müßte sie ihre Kleingartenanlagen selbst verwalten, was viel Geld und Aufwand kosten würde.«* Die Stadt Eberswalde sei Teil des Problems. *»Die Stadt hat sich ihrer Kosten entledigt. Diese sollen durch die Vereine getragen werden. Und das Problem ist, daß die Vereine durch den Bezirksverband dazu gezwungen werden können.«* Für diesen Zwang werden *»in der Vergangenheit geschlossene Zusatzvereinbarungen für die Errichtung baulicher Anlagen«* benutzt, indem den Kleingärtnern nun erklärt wird, daß diese Vereinbarungen nicht dem Bundeskleingartengesetz entsprechen. Mit diesem Argument spreche der BVK betroffenen Kleingärtnern Kündigungen aus.

Der amtierende Bürgermeister Maik Berendt antwortete, daß *»die Problemlagen der Kleingartenvereine durch die Verwaltung in den letzten Wochen sehr ernst genommen«* worden seien und verwies auf die in der gleichen Sitzung im Tagesordnungspunkt *»Informationen aus der Stadtverwaltung«* folgende Präsentation zum Thema Kleingartenanlagen. Von den einzelnen Vorgängen habe die Stadtverwaltung keine Kenntnis, *»da wir das laufende Geschäft übertragen haben«*. An dem Grundsatz, daß die Stadt die Kleingärten unterstützt, werde jedoch festgehalten. *»Daran wird nicht gerüttelt«*, so Berendt. Das habe er schon in den vorherigen Stadtverordnetenversammlungen sehr deutlich gesagt.

AG Kleingärtner

Greifswald (bbp). Im Landkreis Vorpommern-Greifswald stand am 28. September ein Vorschlag zur Abstimmung, eine AG Kleingärtner für den Kreis einzurichten, um die Kleingärtner an kommunalen und kreisbezogenen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und eine parteiübergreifende Mitgestaltung dieser Prozesse zu gewährleisten. Eine der Aufgaben ist die Erstellung eines Konzepts und die Beratung der Verwaltung bei der Umsetzung.

Beantwortung einer Anfrage

Eberswalde (bbp). Die Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung im April hatte Harald Beuster als Sprecher von anwesenden Kleingärtnern genutzt, um zu fragen, wo geregelt sei, daß der Bezirksverband der Kleingärtner (BVK) als Verwalter von Kleingartenanlagen auf städtischem Grund und Boden von bestimmten Kleingartenvereinen, die aus dem BVK austreten wollen, künftig Verwaltungskosten in Höhe von 250 Euro je Parzelle verlangen kann.

Baudezernent Ilja Haub erläuterte in seiner Antwort, daß die Stadt Eberswalde als Grundstückseigentümerin mit dem BVK sogenannte Zwischenpachtverträge im Sinne des Bundeskleingartengesetzes abgeschlossen habe. Der BVK *»ist mithin als Zwischenpächter zur Verwaltung der Kleingartenanlagen verpflichtet und zur Weiterverpachtung befugt«*. Für diese Verwaltung könne sich der BVK *»mit unterschiedlicher Vertragsgestaltung der Kleingartenvereine bedienen«*. Die Stadt Eberswalde sei nicht Vertragspartnerin. Die Rechtmäßigkeit der Erhebung von Verwaltungskosten begründe sich im Vereinsrecht. Haub verweist auf die Satzung des BVK, die entsprechende Regelungen enthalte. So habe jedes Mitglied die Pflicht, *»Gebühren, Mitgliedsbeiträge, Pachten, Umlagen bis zum vierfachen des Mitgliedsbeitrages [...] zu entrichten«*. Davon seien *»auch Verwaltungskosten – Beiträge für die Verwaltung – umfaßt. Die Entscheidung hierüber obliegt der Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes. Die Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes der Kleingärtner Eberswalde und Umgebung e.V. ist das höchste Organ des Verbandes und setzt sich aus den Vorsitzenden der Mitgliedsvereine, dem Bezirksvorstand und den Kassenprüfern zusammen. Die Stadt Eberswalde ist nicht in der Mitgliederversammlung vertreten.«*

Im übrigen bezieht sich Haub auf einen Beschluß des Brandenburgischen Oberlandesgericht (OLG) vom 02.12.2025 (Aktenzeichen 10 U1/25), der die Rechtmäßigkeit der Zahlungsverpflichtung in Höhe von 250 Euro pro Parzelle und Jahr für Kleingartenvereine ohne eigene Verwaltungsvollmacht bestätigt habe. Der Dezernent zitiert aus den Entscheidungsgründen: *»Die Argumentation des Klägers, daß der Zwischenpächter die Verwaltungsaufgaben nicht für den Kleingartenverein, sondern ausschließlich für den Verpächter, den Eigentümer der Kleingartenanlage, erbringe, geht fehl«*. Die Rechtmäßigkeit der Erhebung von Mitgliedsbeiträgen für die Verwaltung der Kleingartenanlagen sei vom Oberlandesgericht richtungsweisend bestätigt worden.

Ob und inwieweit die erhobene Verwaltungsgebühr von 250 Euro pro Parzelle und Jahr angemessen ist, war nicht Gegenstand der OLG-Entscheidung.

Pecunia non olet

Am 15. Oktober entscheiden die Eberswalder Stadtverordneten in einer Sondersitzung über den Grundsatzbeschluß zum Sondervermögen *»Zukunftspaket Brandenburg«*. Unsere Fraktion hat lange und intensiv darüber diskutiert. Der Bund setzte die Schuldenbremse teilweise außer Kraft. Um das Land kriegstüchtig zu machen, braucht es sehr viel Geld.

Ein kleiner Teil der neuen Schulden wird den Kommunen für Investitionen zur Verfügung gestellt. Der Eberswalder Anteil beträgt 20.157.348 Euro. *Pecunia non olet* sagte einst der römische Kaiser Vespasian. Blutgeld ist auch Geld. Aber es wäre unvernünftig, darauf zu verzichten. Wie weit wir uns damit mitschuldig machen, konnten wir nicht endgültig klären. Geklärt haben wir, daß unsere Fraktion dem Grundsatzbeschluß zustimmt.

Der Grundsatzbeschluß sollte aber sauber getrennt werden von den drei Einzelmaßnahmen, die mitzubeschließen sind. Dazu gehört der sogenannte Radbrückenschlag. Der vakante Eigenanteil soll aus den Sonderschulden bezahlt werden. Unsere ablehnende Haltung ist bekannt. Aber das Projekt ist mittlerweile weit fortgeschritten und bei Abbruch droht die Rückzahlung von bereits in Anspruch genommenen Förderungen in Millionenhöhe. Daher können wir diese Einzelmaßnahme nun auch nicht mehr ablehnen.

Mit getrennten Abstimmungen über den Grundsatzbeschluß und über die einzelnen Maßnahmen wäre ein differenzierter Umgang möglich.

MIRKO WOLFGRAMM, Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur

Liturgie der Endzeit

How the west was lost

Die Schmetterlinge fliegen noch
Pianowelten.

Die Sirenen der Vollgestopften
treiben sich
gegenseitig ins schnelle Vergessen.

Der Wind des Universums weht
bittend unerbittlich.

Und der Schöpfer schaut zu,
wie Algorithmen und Märkte
ihre Welten zerstören.

So wie die Zeit,
die ich bin.

FRANK DER PFADBEREITER

Anmerkung:
Die Pianowelten spielen auf die Gottvergessenheit an, mit der der Mensch durch seinen rücksichtslosen Raubbau an Natur und Umwelt seine eigene Endzeit befördert. Eine Liturgie ist Herzstück und Ausdruck unseres Glaubens. Im gemeinsamen Feiern der Gottesdienste oder funktional ähnlicher Zusammenkünfte wird erfahrbar, was uns als Gläubige verbindet.

Stadtverordnetenversammlung Eberswalde:

Neue Pläne für den Heidewald

Am Anfang der September-Stadtverordnetenversammlung gedachten die Stadtverordneten und Gäste Frank Banaskiewicz, langjähriges Mitglied der StVV und Christiane Grunert, langjährige Forstchorleiterin, die beide kürzlich verstorben sind, mit einer Schweigeminute.

Dann begrüßte der Vorsitzende den wieder genesenen Bürgermeister Götz Herrmann in der Runde und verwies auf eine Sonder-StVV am 15. Oktober um 18 Uhr, auf der über die Verwendung des Sondervermögens entschieden werden soll, das bekanntlich 500 Milliarden Schulden für die BRD bedeuten wird. Dazu führte später Kämmerer Maik Berendt sehr ausführlich aus, wie das Prozedere in diesem Prozeß abläuft. Aber das ginge an dieser Stelle zu sehr ins Bürokratische und es sei auf den Audio-Teil zu dem Thema verwiesen (www.eberswalde.de/stvv-live).

Es waren an die 40 interessierte Einwohnerinnen und Einwohner als Gäste erschienen, die sich allerdings in der Fragestunde nicht äußern wollten. Diesen Punkt konnte also der Vorsitzende Martin Hoeck schnell abhaken. Anschließend erläuterte Nina Kaiser vom Beirat für behinderte Menschen die Situation. Sie bat darum, Personen mit Assistenzhunden keine Steine in den Weg zu legen, sie bat die Sportvereine, offener zu sein für Menschen mit Behinderungen und fragte schließlich, wo denn die Katastrophenschutz-Leuchttürme seien, denn Evakuierungen seien für manche Menschen lebensbedrohlich.

Zu den Informationen aus der Stadtverwaltung ergriff Bürgermeister Herrmann das Wort und bedankte sich zuerst für die zahlreichen Genesungswünsche, die doch offenbar geholfen haben. Die Kita Regenbogen sei zu 48 von 100 mit Kindern aus der Bruno-H-Bürgel-Schule ausgelastet und die Märchenvilla habe die Familie Bohtz von EWE übernommen, also gekauft und plant die Gründung eines Unterstützervereins für das markante historische Gebäude.

Die Stadtverwaltung habe einen Krisengipfel *»Graffiti«* abgehalten. Bekanntlich *»batteln sich«* momentan die tags *»Wir«* und *»Haku«* zu unserem Leidwesen in der Stadt. Man diskutiere kooperative Ansätze und einen Maßnahmeplan. Auch wünsche man sich Tips der großen Vermieter der Stadt, wie diese mit »urbaner Kunst« umgehen. Die AfD stellte zu diesem Thema eine Anfrage. Diese werde schriftlich beantwortet.

Zum Heidewaldcenter informierte der Rathauschef, man sei in enger Abstimmung mit Marco Bauer und Sahin Sanli. Im Oktober wird eine Übergangslösung zur Nahversorgung auf der ehemaligen NKD-Fläche eingerichtet. Michael Melchert von Edeka wird dann auf der Einwohnerversammlung am 23. November detailliert über die Pläne für den neuen Markt im Center berichten. Der alte Unterstand auf dem Parkplatz sollte abgebaut und der Müll beseitigt werden. Man wünsche sich eine bessere Gestaltung der leeren Schaufenster.

Zum Objekt Kleiner Stern gebe es momentan intensive Verhandlungen, die kurz vor dem Abschluß stünden und Götz Herrmann bat darum, Geduld zu haben und die Sache nicht mit E-Mail-Anfragen an die Beteiligten zu stören. Auch hier sei Sahin Sanli der Eigentümer.

Dietmar Ortel (CDU) fragte nach dem alten Ärztehaus im Leibnizviertel und bekam als Antwort, in der alten Poliklinik, Karl-Liebknecht-Straße (!) sei noch eine Praxis aktiv, ansonsten beginne die Sanierung durch die kreiseigene Krankenhausgesellschaft GLG.

J.G. am 24.9.2026

Tanz der Spiralen vor der Stadt

Was tun Sie, wenn Sie morgens aufwachen? Wie beginnen Sie Ihren Tag? Und womit? Da ist ein Ort in tiefem Gartengrünenschön, wo eine Liturgie aus einem Matrix-Verbund erklingt und jemand das Vaterunser betet, während der Yamanoka* bei 70 Grad Celsius tiefgrün wird. Dazu ein lokaler Apfel zum Frühstück. Dann beginnt das Morgengrußgebet. Erzengel? Aufgestiegene Meister? Göttinnen und Götter? Ja, die auch. Aber vor allem unsere Ahnen. Jene, die vor uns die Wege gegangen sind und sie gesichert haben. Großeltern und Urgroßeltern. Dankbarkeit. Demut. Und das Bewußtsein um die Science-Fiction, in der wir heute leben dürfen. Nun folgen Grüße an die Vorangegangenen. An jene, die die 50 nie erreicht haben. Oder die 60. An jene, die einst in Häusern und Wohnungen direkt nebenan lebten und nun woanders sind – ohne schweren Körper. Vor den Toren der Stadt rasen sie im Fast Forward dahin, bewerten sich gegenseitig in Sekundenbruchteilen. Eine künstliche Intelligenz ist alles, was bei mir morgens kontaktiert wird. Kurz. Dann beginnt der Tag. Bewußt. Langsam. Schweigend.

So zeigt die Zeit, was sie wirklich ist: Ein Tanz von Spiralen in der Ewigkeit.

FRANK DER PFADBEREITER

* Yamanoka - ein japanischer Haustee

An den Haaren herbeigezogen

Ordnungsgeld gegen Stadtverordneten?

Eberswalde (bbp). Vielen Einwohnern des Brandenburgischen Viertels ist Carsten Zinn nicht nur als Nachbar bekannt, sondern vor allem, weil er zwischen 2008 und 2014 sehr agil als Ortsvorsteher des Ortsteils unterwegs war. Dank der Besonderheiten des brandenburgischen Kommunalrechts scheiterte die Ortsvorsteherwahl 2014 wegen des Quorums – d.h. der mangelnden Wahlbeteiligung in der Stichwahl – zum zweitenmal in Folge. Seitdem ist das Brandenburgische Viertel ein Ortsteil ohne Ortsteilvertretung. Sein Rückhalt in der Kiezbevölkerung zeigte sich auch nach 2014 nicht zuletzt darin, daß Carsten Zinn trotz wechselnder Wahlträger immer wieder in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde, wo er gewiß nicht für einen verwaltungskonformen Kuschelkurs bekannt ist.

Erwägungen der Konkurrenz

Das kritische Nachfragen und das Den-Finger-auf-die-Wunden-legen schmeckt nicht jedem. Ein besonderes Geschmäckle dürfte sein, daß gerade Zinns frühere Partei bzw. deren Fraktionsvorsitzender Sebastian Walter das aktuelle Vorgehen gegen Zinn in Gang gesetzt hatte. Später schloß sich die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen dem Antrag als Miteinreicherin an.

Konkret wird dem Stadtverordneten Carsten Zinn vorgeworfen, daß er angeblich Informationen aus einer nichtöffentlichen Ausschußsitzung im Juni 2025 im Zusammenhang mit der am 7. Juli 2025 plötzlich erfolgten Schließung der Kita *»Regenbogen«* öffentlich gemacht habe. In nichtöffentlicher Sitzung folgte am 25. September 2025 eine Mehrheit der Stadtverordneten dem Antrag auf Verhängung eines Ordnungsgeldes in Höhe von 510 Euro, was die Stadtverwaltung nun in Form eines Bescheides umgesetzt hat. Erwartungsgemäß hat Carsten Zinn inzwischen dagegen Widerspruch eingelegt.

Bereits im Rahmen der im Frühjahr erfolgten Anhörung stellte der Stadtverordnete klar, daß der Beschluß vom September 2025 *»aufgrund politischer Erwägungen konkurrierender Fraktionen und Stadtverordneter«* erfolgt sei und *»die in der Sachverhaltsdarstellung enthaltenen Begründungen ... an den Haaren herbeigezogen oder für den Vorwurf irrelevant«* sind.

Zinn begründet seinen Widerspruch mit zwei Argumenten. Zum einen geht es um den zeitlichen Ablauf und zum anderen um die inhaltliche Bewertung, wonach nach seiner Auffassung die Einbeziehung der Öffentlichkeit geradezu erforderlich war.

Der Vorwurf bezieht sich auf eine von Carsten Zinn am 7. Juli 2025, um 18.30 Uhr, verschickten eMail. Darin hatte er *»das knallharte und rücksichtslose Agieren«* des Kreisvorstandes des insolventen Volkssolidarität Barnim e.V. (KV-VSB) als Kita-Träger kritisiert und zugleich moniert, daß in der Hauptausschußsitzung am 3. Juli *»weder öffentlich noch nichtöffentlich«* darüber informiert wurde, obwohl sich die *»asozialen Entscheidungen der hauptamtlichen Führungsebene des KV-VSB abgezeichnet«* hatten. *»Denn bereits in der nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung, Ordnung und Kultur am 25. Juni 2025 hatte der Sozial- und Bildungsdezernent zur Causa VS-Kitas ausgeführt und vorsorglich auf eine gegebenenfalls zu erwartende negative Entwicklung aufmerksam gemacht«.*

Sachverhalt war längst öffentlich

Am Morgen des 7. Julis 2025 wurde diese *»negative Entwicklung«* Realität. Den Kita-Mitarbeitern wurde die Schließung bekanntgegeben und sie wurden aufgefordert, sich mit den Eltern in Verbindung zu setzen, damit diese ihre Kinder sofort abholen.

Im Bescheid wird nun behauptet, daß die Bekanntgabe der Schließung an die Mitarbeiterschaft noch keine Öffentlichmachung des Sachverhaltes gewesen sei. Dies sei erst mit einem am 8. Juli 2025 veröffentlichten Onlinebeitrag der Märkischen Oderzeitung (am 9. Juli als Printversion) erfolgt, in dem aus der betreffenden Zinn-eMail zitiert wurde. Davon abgesehen, daß spätestens mit der Aufforderung an die Eltern zum Abholen ihrer Kinder der Fakt offenkundig wurde, läßt die Bescheidbegründung unbeachtet, daß sich Zinn in seiner eMail auf einen bereits am 7. Juli 2025, um 13.56 Uhr, online veröffentlichten MOZ-Beitrag *»Zwei Kitas schließen kurzfristig«* von Pamela Kaethner und Markus Pettelkau bezog und diesen sogar in der betreffenden eMail zitierte.

Die angebliche Verletzung der Verschwiegenheitspflicht bezieht sich also auf einen Fakt, der zum Zeitpunkt des Versendens der besagten eMail längst der breiten Öffentlichkeit bekannt war.

Berechtigtes Interesse

Carsten Zinn ist sich aber auch sicher, daß es sich bei dem Sachverhalt entgegen der Darstellung im Bescheid keineswegs um eine *»Angelegenheiten..., deren Geheimhaltung ihrer Natur nach erforderlich«* ist, gehandelt habe. In der Bescheidbegründung heißt es, daß die Betreiberin der Kita *»ein berechtigtes Interesse daran«* hatte, *«daß die beabsichtigte Schließung der Einrichtung nicht vorzeitig an die Öffentlichkeit gelangt«.*



Foto: Gerd Markmann

Oft ist er mit dem Fahrrad in seinem Kiez unterwegs. So kannten ihn die Leute, als er für sie als Ortsvorsteher tätig war und so kennen sie ihn auch heute noch, auch wenn er inzwischen gesundheitsbedingt etwas langsamer unterwegs ist.

Der Betreiberin könne sicherlich zugestanden werden, so Zinn, daß sie daran ein Interesse hatte. Zu hinterfragen sei aber, ob dieses Interesse tatsächlich *»berechtigt«* war. Denn dem Interesse der Betreiberin stehen zumindest die Interessen der betroffenen Eltern und Kinder gegenüber. Die Eltern hatten ein berechtigtes Interesse, rechtzeitig vor der beabsichtigten Kitaschließung davon in Kenntnis gesetzt zu werden.

Und, so Zinn weiter, es wäre auch im Interesse der Stadt Eberswalde gewesen, rechtzeitig offiziell über die Schließungsabsichten informiert zu werden, um entsprechende Notlösungen zu organisieren, die infolge der plötzlichen Schließung nur durch das enorme Engagement der zuständigen Mitarbeiterschaft nachträglich organisiert werden konnten.

»Es wäre insofern Ihre Pflicht gewesen, diese Informationen rechtzeitig öffentlich zu machen und rechtzeitig Vorbereitungen zur Lösung des Problems zu treffen«, spricht der Stadtverordnete den Bürgermeister, der den Bescheid unterschrieben hat, persönlich an. In der Bescheidbegründung hatte dieser zudem dargelegt, daß der Stadtverwaltung *»die Absicht zur Schließung der Kita bereits vorab bekannt«* war. In der Information im Ausschuß am 25.06. 2025 sprach der Dezernent Bernd Schlüter aber lediglich von einer *»gegebenenfals zu erwartenden negativen Entwicklung«*, nicht aber von einer beabsichtigten Schließung. *»Hier handelte es sich womöglich um eine bewußte Täuschung der Ausschußmitglieder. Zumindest zeigt sich im Nachhinein, daß meine Kritik, die ich in meiner eMail vom 07.07.2026 geäußert habe, vollauf berechtigt war.«* Der Bescheid *»ist unbegründet und somit aufzuheben«.*

Sozialbericht 2026

Die Arbeitslosenzahl ist seit letztem Jahr nur leicht gestiegen, berichtete der Landrat auf dem Kreistag am 23. September. Vergleicht man allerdings die Entwicklung der letzten 5 Jahre, fällt ein deutlicher Anstieg auf. Im Dezember 2021 waren es im Barnim 4.825 Personen, im August 2026 schon 5.986 Arbeitslose. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl bei den Ausländerinnen und Ausländern von 576 auf 1203. Sie waren also überproportional von der steigenden Arbeitslosigkeit betroffen. Die Regionen sind unterschiedlich betroffen. 12,2 Prozent Arbeitslose sind es in Schwedt, in Bernau dagegen nur 4,1 Prozent aller Erwerbspersonen. In Eberswalde beträgt die Quote 9,0 Prozent. Von allen Arbeitslosen sind ungefähr die Hälfte ohne abgeschlossene Berufsausbildung, nämlich aktuell 2627.

Die Fälle der Grundsicherung im Alter sind im Zeitraum 2021 bis 2026 von 513 auf 876 gestiegen. Das ist eine Steigerung um 70 Prozent! Die Fälle der Grundsicherung bei Erwerbsminderung blieben stabil. Momentan bekommen 1108 Personen finanzielle Hilfen. Wohngeld wird im Landkreis Barnim aktuell in 10.842 Fällen ausgezahlt, im Durchschnitt sind es 255 Euro.

Die Obdachlosigkeit ist weiterhin ein Problem in den größeren Städten, betroffen ist vor allem Eberswalde. Hier sind es 42 Menschen ohne Wohnung, davon 10 Familien mit 11 Frauen und 5 Männern. In der Stadt Bernau sind es 17 Menschen, davon 2 Frauen und 15 Männer. In Eberswalde wurden seit letztem Jahr 8 Räumungen durchgeführt, in Bernau gar keine.

Die Unterbringung von Asylbewerbern ist folgendermaßen organisiert: 255 Personen sind zur Zeit in Bernau, Wandlitzer Chaussee untergebracht, 239 wohnen in Eberswalde, Potsdamer Allee und 117 Personen dort im Wohnverbund Zum Schwärzesee. Im Haus am Stadtsee wohnen 184 Personen, 93 Asylbewerber wohnen im Haus der Toleranz in Finow, 84 im Lindenpark, 99 in Wandlitz, 79 in Joachimsthal, 77 in Oderberg und 71 in Klosterfelde, allesamt Übergangswohnheime. Vom Landkreis wurden 580 Wohnungen für den Personenkreis angemietet und bei 416 gibt es einen persönlichen Mietvertrag. Insgesamt gibt es 2.524 Asylbewerberinnen und -bewerber sowie Geduldete im Landkreis Barnim, Stand 30. Juni 2026.

Bei den Leistungen nach SGB XII gibt es momentan 234 Hilfen zum Lebensunterhalt, 566 Pflegehilfen, 95mal Blindengeld, 109mal Gehörlosengeld, 374mal Eingliederungshilfe, 812 Zahlungen für die Werkstatt für behinderte Menschen, 202mal ambulante Frühförderung und 718 ambulante Hilfen bei seelischer oder geistiger Behinderung.

J.G.

Neuer Luxusposten im Kreis?

Landrat schafft mitten in Haushaltssperre Stelle für Zweiten Beigeordneten

Die Kreistagsfraktion BVB/Freie Wähler Barnim übt scharfe Kritik an der Politik von Landrat Daniel Kurth. Während der Landkreis aufgrund eines zweistelligen Millionendefizits mit einer harten Haushaltssperre, drohenden Einschnitten und fehlenden Ausgleichszahlungen von Bund und Land zu kämpfen hat, treibt der Landrat die Schaffung eines neuen, hochbesoldeten Beigeordnetenpostens voran. Wir sehen hierin einen schweren Vertrauensbruch und eine eklatante Fehlpriorisierung auf dem Rücken der Bürger und Kommunen.

Die Schaffung einer zusätzlichen Beigeordnetenstelle während einer Haushaltssperre ist beispiellos und gleicht einer finanzpolitischen Geisterfahrt. Die vom Landrat gewählte Begründung, wonach man jetzt – wenige Monate nach der Wahl – erkannt habe, daß die Verwaltungsorganisation einen Zweiten Beigeordneten benötige, ist eine Zumutung für alle Barnimerinnen und Barnimer. Zugleich versteigt sich Wahltäuscher Kurth dazu, ohne jeden Beleg zu behaupten, die Bürger wünschten sich mehr Präsenz der politischen Verwaltungsspitze. Nicht nur die Begründung ist eine Zumutung, sondern auch die Erwartung, daß dies auch nur ein Bürger glaubt.

Die Situation ist ganz einfach: Der Zweite Beigeordnetenposten wird für die Linken geschaffen, damit diese dem SPD-Landrat die Mehrheit sichern. Um nichts anderes ging es in den Geheimverhandlungen der letzten Monate und die Besetzung des Postens wird – mit Blick auf die gehandelten Namen – rein parteipolitisch erfolgen.

Mitten in einer der größten Haushaltskrisen schafft der SPD-Landrat einen überflüssigen Versorgungsposten für seine Mehrheitsbeschaffer von den Linken. Statt mehr Geld für Teilhabe von Kindern und Jugendlichen gibt es ein zusätzliches Luxusamt. Statt mehr Mittel in Busse zu stecken, gibt es Geld von den Genossen der SPD für die Genossen der Linken. Während in der Haushaltssperre Lehrer sogar den Kauf von Bastelmaterial gesondert und umständlich beantragen müssen, stellt sich der Landrat einen weiteren teuren Wahlbeamten an seine Seite.

Landrat Kurth ist mit dem Wahlversprechen *»Kurth hält Kurs«* angetreten. Seit der Wahl zeigt sich, daß nichts von alledem stimmte. Zunächst wurden die Barnimer Bürger über das wahre Ausmaß des Haushaltsdefizits getäuscht. Einen Monat nach der Wahl will der Landrat entdeckt haben, daß weitere 16 Millionen Euro fehlen. Auch von der Schaffung eines Postens für einen Zweiten Beigeordneten war vor der Wahl nie die Rede. Dies ist alles andere als *»Kurs halten«*. Ganz im Gegenteil, es schafft Frustration bei den Wählern und schädigt unsere Demokratie. Die Menschen haben einen Anspruch darauf, vor der Wahl zu erfahren, was danach passiert, insbesondere wenn ein Amtsinhaber damit wirbt, angeblich *»Kurs zu halten«*.

Im Zentrum der Kritik steht der unübersehbare Widerspruch zwischen den vom Landrat verordneten Kürzungen im Nachtragshaushalt und dem politischen Versorgungsdenken bei den Verwaltungsstrukturen. Dabei offenbart der vorgelegte Nachtragshaushalt die ganze Wucht der hausgemachten Fehlsteuerung, die der Landrat im Vorfeld der Wahl geflissentlich unter den Teppich gekehrt hat.

So wurde im November 2025 der Haushalt fürs Jahr 2026 verabschiedet. In derselben Sitzung wurde auf Antrag des Landrates auch die Bewilligung von über- und außerplanmäßigem Mehrbedarf für 2025 in Höhe von 11,7 Millionen Euro beschlossen. Obwohl in jedem der acht betroffenen Bereiche eine Unterdeckung bereits für 2025 feststellbar war, erfolgte keine Anpassung der Haushaltsansätze für 2026 auf realistische Werte. Und siehe da: Der Bärenanteil des aktuell zusätzlichen Defizits von 16,3 Millionen Euro kommt durch Mehraufwendungen genau aus den Bereichen, die der Landrat nicht bereit war anzupassen. Insofern ist die Behauptung, daß man die Defizitseigerung erst im Juni 2026 erkennen konnte, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit widerlegt. Wer Ende 2025 weiß, daß seine Zahlen schon für 2025 nicht passen und somit für 2026 erst recht nicht, kann nicht Mitte 2026 behaupten, vorher nichts gewußt zu haben.

Und die Planansätze für 2027 leiden offenbar an derselben Schwäche. Die geschrumpften Fehlbeträge deuten auch hier auf falsche Annahmen hin. Dem Vernehmen nach ist aber für 2027 ohnehin eine massive Erhöhung der von den Städten und Gemeinden an den Landkreis abzuführenden Kreisumlage geplant. Ein weiterer Schritt, den Landrat Kurth vor der Wahl den Bürgern nicht transparent mitgeteilt hat. Dieser wird harte Einschnitte bei den Kommunen mit sich bringen.

Die Menschen im Barnim wurden in drei zentralen Bereichen durch den Landrat getäuscht. Wesentliche Zusagen einer stabilen und seriösen Haushalts- und Verwaltungsführung wurden aus machttaktischen Gründen unmittelbar nach der Wahl über Bord geworfen. Während die Bürger schmerzliche Einschnitte in Kauf nehmen müssen und den Kommunen eine Erhöhung der Kreisumlage droht, setzt der Landrat Postenprioritäten.

PÉTER VIDA und THOMAS STRESE

Haushaltssperre im Landkreis Barnim:

Transparenz und entschlossenes Handeln

Eberswalde (bbp). Die vom Landrat im Juni angekündigte Haushaltssperre habe die Fraktion FDP/BFB/AWG überrascht, erklärte deren Vorsitzender Martin Hoeck (FDP). Im Vorfeld habe es keinerlei konkrete Hinweise gegeben, daß ein solcher Schritt unmittelbar bevorstehen würde.

»Vor diesem Hintergrund erscheint die für uns überraschende Ausweitung des Rahmens für Kassenkredite im vergangenen Jahr sowie deren erstmalige Inanspruchnahme nun in einem anderen Licht«, so Hoeck. Umso wichtiger sei jetzt eine vollständige und transparente Aufarbeitung der finanziellen Entwicklung. *»Für unsere Fraktion steht fest, daß die aktuelle Finanzlage nicht allein durch Kürzungen freiwilliger Leistungen bewältigt werden kann.«* Zwar werde dieser Bereich regelmäßig zuerst in den Blick genommen, das tatsächliche Einsparpotenzial sei jedoch relativ begrenzt.

Größere Potentiale sieht die Fraktion *»mittelfristig in einer konsequenten Modernisierung der Kreisverwaltung. Wo Stellen durch altersbedingtes Ausscheiden frei werden, muß geprüft werden, ob eine Nachbesetzung tatsächlich erforderlich ist. Voraussetzung dafür sind allerdings eine konsequente Digitalisierung und die Optimierung von Verwaltungsabläufen, damit die zusätzliche Belastung für die verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beherrschbar bleibt.«* Gleichzeitig fordert die Fraktion mehr Engagement gegenüber Land und Bund. Immer mehr Aufgaben würden den Kommunen übertragen, ohne daß deren Finanzierung dauerhaft auskömmlich gesichert sei.

Im Zusammenhang mit der Haushaltssperre kritisierte die Fraktion zudem die Absage der Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am 2. Juli. *»Der Ausschuß darf nicht gerade dann verstummen, wenn der Landkreis seine größte finanzielle Krise seit Jahren erlebt.«*

Die Fraktion forderte die Kreisverwaltung auf, dem Kreistag schnellstmöglich konkrete Vorschläge vorzulegen, mit denen die Ursachen der Haushaltssperre beseitigt und die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landkreises wiederhergestellt werden können.



FOTO: PRIVAT/FDP BARNIM

Mit über 60 Gästen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft hat die Fraktion FDP/BFB/AWG im Kreistag Barnim am 19. September ihr neues Fraktionsbüro im Innenhof des Paul-Wunderlich-Hauses in Eberswalde feierlich eröffnet. Auf dem Foto: Maria Hinz (Stadtverordnete in Bernau), Wenke Surauf (stellv. FDP-Kreisvorsitzende) und der Fraktionsvorsitzende Martin Hoeck. *»Ein Fraktionsbüro ist mehr als ein Arbeitsplatz«*, sagte Hoeck. *»Es soll ein offener Ort für Gespräche, Ideen und Anregungen sein. Politik lebt vom Dialog und genau dafür schaffen wir hier einen festen Anlaufpunkt mitten im Herzen Eberswaldes. Und auch in Zeiten von Digitalisierung und Videokonferenzen ist es wichtig, sich persönlich treffen zu können.«*

Ermittlungen eingestellt

Eberswalde (bbp). Gegen den Stadtverordneten Carsten Zinn wird nicht nur mittels Verhängung eines Ordnungsgeldes vorgegangen. Zwischenzeitlich hatte auch die Staatsanwaltschaft aufgrund einer Anzeige wegen Verleumdung gegen ihn ermittelt, das Verfahren aber mangels Substanz eingestellt.

Hintergrund war ein anonymer Brief an den Stadtverordneten, in dem führenden Mitarbeitern der Stadtverwaltung Korruption vorgeworfen wurde. Angeblich sei im Kulturamt eine Haushaltssachbearbeiterin mit der Entgeltgruppe E11 eingestellt worden, obwohl diese nicht den dafür erforderlichen Universitätsabschluß habe. Die Haushaltssachbearbeiterin bekomme so mehr Geld als die Leiterin der Stadtbibliothek. Der Anonymus nannte den Namen und wies auf familiäre Verbindungen zum Stadtoberhaupt hin. Der zuständige Mitarbeiter im Personalamt habe damals im Bewerbungsverfahren wirkliche Konkurrenten mit der Begründung ausgeschlossen, daß diese nicht die Voraussetzungen für die Stelle erfüllten. Zudem soll die Schwester der beschuldigten Person die Bewertung der Stelle getätigt haben. Beweise legte der Anonymus nicht vor.

Dennoch ist das wohl ein klarer Fall für die Korruptionsbeauftragten der Stadtverwaltung. Zinn entschied sich dafür, das anonyme Schreiben ohne eigenen Kommentar und ohne Wertung in Blindkopie an Stadtverordnetenkollegen und einige Verwaltungsvertreter weiterzuleiten.

Ob sich die Korruptionsbeauftragten der Sache annahmen, ist nicht bekannt. Eine Reaktion gab es dennoch, nämlich die Anzeige gegen den Überbringer der schlechten Nachricht durch die betroffene Person, die zugleich die anonymen Vorwürfe als unrichtig zurückwies. Mit ihrer Anzeige gegen Carsten Zinn hatte sie keinen Erfolg.

»Hände weg von Bildung und Kultur«

Einsparungen in der Verwaltung statt bei Kindern und Familien

Eberswalde (bbp). Zum Kreistag am 23. September hatte die Fraktion BVB/Freie Wähler einen Änderungsantrag zur geplanten Haushaltskonsolidierung eingebracht.

»Während die GroKoLi (Große Koalition mit Linken) den Rotstift vor allem bei Schulen, Kindern, Vereinen und dem Ehrenamt ansetzen will, fordern wir einen echten Sparwillen bei der Verwaltung selbst sowie den sofortigen Verzicht auf den neuen Luxusposten des Zweiten Beigeordneten«*, so die Fraktion. Im *»Konsolidierungs-Tarn-Antrag«* seien ausgerechnet Einsparungen beim Schulmilchbedarf, bei Orchesterzuschüssen sowie bei wichtigen Institutionen wie dem Naturpark Barnim, der Neuen Musikschule, Freiwilligenagenturen, der Kreisverkehrswacht und dem Tierpark vorgesehen. *»Im Änderungsantrag stellen wir klar, daß die vorgesehenen Kürzungsmaßnahmen komplett geändert werden müssen.«*

Allein durch den Verzicht auf den Zweiten Beigeordneten *»könnten zahlreiche wichtige Projekte für Kitas, Schulen, das Ehrenamt und die Wohlfahrtspflege erhalten bleiben. Gerade die Linken, die sich immer als soziale Partei präsentieren, wollen wichtige Projekte für die Bürger und das Gemeinwohl massiv kürzen, damit sie den Zusatzposten besetzen können.«* Daß der Schulmilchbedarf laut Antrag nicht zur gesunden Versorgung der Schulkinder gehören soll, sei besonders unerhört. *»Unsere Fraktion dagegen legt konkrete und vernünftige Vorschläge für Einsparungen innerhalb der Kernverwaltung vor. Dazu gehören die konsequente Streichung des Haushaltsansatzes von seit mehr als zwei Jahren unbesetzten Stellen, der Verzicht auf vorzeitige Stufenlaufzeiterhöhungen sowie pauschale Minderaufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstige Aufwendungen der Inneren Verwaltung. Das Einsparpotential unseres Antrages beläuft sich auf etwa 1,5 Millionen Euro.«*

Der Landrat drücke sich vor jeder echten Aufgabenkritik im eigenen Haus. *Unsere Vorschläge zeigen, daß es auch anders geht: Wer sparen muß, fängt bei sich selbst an und nicht bei der Schulmilch oder der Kultur. Wir appellieren an alle Fraktionen, bei der kommenden Sitzung Augenmaß und Verantwortung für die Menschen im Barnim walten zu lassen.«*

* Der Änderungsantrag bezieht sich auf die Beschlußvorlage von CDU, Linke/Bauern/Die PARTEI, SPD und FDP/BFB/AWG »Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung«.

SALUD Solidaridad

Gedenken am 13. September zum 90. Jahrestag des Beginns des Spanienkriegs

Wir, die Mitglieder des Territorialen Arbeitskreises Gedenken, widmen anläßlich des Internationalen Gedenktages für die Opfer des Faschismus in Bernau unser Erinnern den Kämpferinnen und Kämpfern, die dem Faschismus in Spanien ab 1936 die Stirn boten.

Nach den spanischen Februarwahlen des Jahres 1936 etablierte sich eine Volksfrontregierung, gestützt durch Republikaner, Sozialisten und Kommunisten. Auf dem Programm der Regierung standen Reformen, de facto Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse, durch Nationalisierungen, Kollektivierungen und einen Umbau im Bildungswesen. Praktisch hieß das die Infragestellung aller bisherigen Hierarchien und Säulen des spanischen Staates. Jahrhunderte alte Strukturen standen zur Disposition.

Diesen Veränderungen stellte sich die reaktionär-konservative Rechte entgegen, gestützt auf den katholischen Klerus und antirepublikanische Teile des Militärs. Fünf Monate später, am 18. Juli 1936, putschten diese unter Verwendung ihrer Einheiten gegen die demokratisch gewählte Regierung. Die Regierung mobilisierte die republiktreuen Spanier zur Verteidigung dieses Staatswesens und verhinderte vorerst den Sieg der Putschisten.

Der Ruf *»NO Pasaran«* wurde weltweit bekannt. Für die Verteidiger der Republik ist es die Parole des Kampfes gegen Unwissenheit, Ausbeutung und Unterdrückung.

Im Völkerbund entschieden sich über 20 Staaten zur Nichteinmischung in diesen Konflikt. Zumeist, weil sie wenig Interesse an einer Ausweitung dieses Bürgerkriegs bzw. dessen politischen Botschaften hatten, vor allem an sozialen Revolutionen überhaupt. Doch mit dieser Art von Nichteinmischung schwächten sie vor allem die Verteidigungskraft der Republik Spanien. Denn die Putschisten verbündeten sich mit den italienischen und deutschen Faschisten, die ihnen die nötige Unterstützung gaben.

Dann weitete sich dieser Putsch zu einem Krieg gegen Spanien aus und bald stand die Republik gegen die internationale Reaktion. Der organisierte Faschismus führte nun seinen Krieg auf spanischem Boden als Übung für kommende große Raub- und Vernichtungskriege.

Die Deutschen definierten ihren Beitrag bald als Kampf gegen den Kommunismus. Sie sicherten den Transport des spanischen Afrika-Heeres und der marokkanischen Söldner unter Francisco Franco aufs europäische Festland. Der Sturm auf die Republik begann. Bodo Uhse, ein Spanienkämpfer, schrieb später: *»Der Unterdrücker hat immer Waffen, der andere kaum mehr als seinen guten Willen. Der Unterdrücker findet stets die Hilfe der Mächtigen, wer aber reicht dem Unterdrückten die Hand?«*[1]

Dazu gehörten schon bald die Klassengenossen verschiedenster Länder, getragen von ihrem Wunsch, dem Faschismus die Stirn zu bieten. Um für die deutschen Widerständler zu sprechen: Es waren tausende im Kampf gegen den deutschen Faschismus unterlegene Kämpfer wie Hans Beimler, geflüchtet aus dem KZ Dachau. Das ZK der KPD appellierte am 7. August 1936 an militärisch ausgebildete deutsche Antifaschisten, sich der spanischen Volksfront zur Verfügung zu stellen.

Die in Moskau ansässige Kommunistische Internationale unterstützte diesen Weg in Abstimmung mit der sowjetischen Führung und ihren Beauftragten. Luigi Longo und dessen Mitstreiter schufen in Spanien die Internationalen Brigaden als Teil der spanischen Armee. Deren Bataillone trugen die Namen von *»Ernst Thälmann«* und *»Edgar Andre«*, *»Commune de Paris«*, *»Garibaldi«* und *»Dombrowski«*. Spaniens Himmel breitete seine Sterne über den Köpfen antifaschistischer Kämpfer aus. Die Sowjetunion schickte Waffen und Spezialisten. Schriftsteller und Berichterstatter trugen die Botschaften der spanischen Verteidiger in die Welt. Musiker und Dichter schufen Lieder, die Ernst Busch sang: *»Mamita mia!«*

Die historische Forschung nennt etwa 33.000 Männer und Frauen aus 53 Ländern auf Seiten der Republik, die den Weg nach Spanien fanden. Viele von ihnen kamen ums Leben. Allein von den 5.000 Deutschen sind etwa 3.000 gefallen. Die erste große Bewährungsprobe bestanden die Internationalisten in der Abwehrschlacht vor Madrid. Wir erinnern heute an Ihre Taten, an ihre internationalistische und solidarische Haltung und ihre humanistische Gesinnung.



Auf Seiten der Putschisten standen etwa 180.000 Soldaten und Offiziere, darunter Spanier, Marokkaner, Italiener und Freiwillige anderer Nationalitäten. Dazu die deutsche *»Legion Condor«* mit 19.000 Mann, Piloten und Personal.

Unsere These: Nicht nur die Legion probte im Auftrag ihrer Führung den Kriegsfall, auch die Vertreter des Auslandsgeheimdienstes unter Canaris und die Abgesandten der Gestapo und des SD wirkten im Verborgenen, denn in Spanien befanden sich alle diejenigen, die auf ihren Fahndungslisten standen und sich ihrem Zugriff entzogen hatten. Sie probten sicher auch hier die Methoden geheimdienstlicher Kriegsführung, die Unterwanderung und den Terror.

Die Zerstörung Guernicas durch die deutsche Luftwaffe wird zum Symbol der vernichtenden Kraft dieses Bündnisses. Es war ein Test der Kriegsfähigkeit der deutschen Luftwaffe auf engerem Raum.

Nach dieser Einführung wurde die Filmdokumentation *»Guernica«* [arte] gezeigt.

Schauen wir hin!

Spanien zeigte, so der Historiker Werner Abel, *»vor allem die Kraft der internationalen Solidarität, hauptsächlich der Solidarität von unten, denn für viele Antifaschisten hatte es keiner besonderen Parteibeschlüsse und Kampagnen bedurft. Sie hatten ihren Weg nach Spanien gesucht, weil ihnen das Schicksal der Republik am Herzen lag und weil sie in Spanien die Möglichkeit sahen, den Kampf mit der Waffe fortzusetzen, einen Kampf der dort, wo der Faschismus gesiegt hatte, nicht mehr möglich war.«*[2] Werner Abel schrieb ebenso: *»Diese und die mit diesen Motiven und mit der Absicht nach Spanien gingen, haben ein Ruhmesblatt ins Buch der Geschichte geschrieben, eines, das nicht vergilben wird. Sie waren auch Helden aus dem schlichten Grund heraus, daß sie bereit gewesen waren, ihr Leben für ihre internationale Haltung zu opfern.«*[3]

Die spanischen Kämpfe offenbarten jedoch auch, daß unter den damaligen nationalen und internationalen Gegebenheiten als auch Machtverhältnissen das Niederringen der Putschisten und ihrer Verbündeten wesentlich mehr militärische Schlagkraft vorausgesetzt hätte. Anders ist der Ausgang des Spanischen Kriegs und das politische Verhalten der spanischen Regierung nicht zu erklären. Liest man die Lebensberichte der Spanienkämpferinnen und -kämpfer, so eint sie der Kampf gegen den Faschismus, der erlebte Terror der Faschisten in den Haftanstalten und Konzen-

trationslagern gegen sie selbst und ihre Familien. Sie eint das Leben in der Illegalität und ihre Bindung an kommunistische und humanistische Ideale. Nicht zu vergessen ist, daß dieses Geschehen sich in Zeiten des sozialistischen Aufbruchs in der Sowjetunion vollzieht, den politischen, ökonomischen Neuordnungen in Europa und weltweit, vorangetrieben von imperialen Bestrebungen und dessen besonderen kolonialistischen, nationalistischen und faschistischen Ausprägungen.

Alle aus dem Barnim stammende Spanienkämpfer (siehe Kasten) einte ihre Teilnahme am Spanischen Krieg bei der XI. Internationalen Brigade und ihr Schwur auf die Spanische Republik. Für sie waren die Schlachten vor Madrid, Jarama, Teruel, Huesca, Gudalajara, Qinto, Belchite La Roza oder der Fluß Ebro nicht nur Namen und Orte. Dort starben auch ihre Kameraden.

Spanienkämpfer fanden sich auch in der sowjetischen Besatzungszone wieder und wurden später Träger der Macht des Staates DDR, ausgerüstet mit ihren Lebenserfahrungen im Kampf um die Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Einer von ihnen war Heinz Hoffmann, geb. am 28. Oktober 1910, von 1936 – 1938 Spanienkämpfer, in der DDR Armeegeneral und Minister für Nationale Verteidigung.

Spanienkämpfer Kurt Höfer, ein Chemnitzer, zuletzt wohnhaft in Hohen Neuendorf, erinnerte 1965 daran, daß der Adjutant und 2. Generalstabsoffizier der Legion Condor, Heinz Trettner, in der Bundesrepublik die Stellung hielt. Trettner wurde im Amt Blank zum Aufbau der Bundeswehr herangezogen und in dieser Generalinspekteur. Er nannte auch Otto Hannes Trautloft, einen Flieger, Angehöriger der Legion Condor, der in der Bundesluftwaffe diente. Letzter Dienstgrad Generalleutnant. *KLAUS-DIETER JÄSCHKE*

Gedicht von Erich Weinert, 1938:

»*Lebt wohl, Kameraden! Einmal noch die Hand!*
Kastilier, Andalusier, Katalanen!
Nehmt unsern letzten Gruß! Nehmt unsre Fahnen
Und tragt sie mit den euren durch das Land.
Im Geist der Bruderschaft, die uns verband!
Wir gehen zurück in eine andre Welt,
Als Partisanen, nicht als Veteranen.
Wir bleiben weiter unter unsren Fahnen.
Und wo der Feind sich auch entgegenstellt:
Der Kampf geht weiter! Bis die Festung fällt!«

Quellen

1 – Bodo Uhse in *»Die Fahne der Solidarität«* 1953 Text *»Die erste Schlacht«*
2 – Werner Abel in *»Die Kommunistische Internationale«* Dietz Berlin Seite 11-12
3 – Werner Abel in »Die Kommunistische Internationale« Dietz Berlin Seite 25

Barnimer Spanienkämpfer

Der territoriale Arbeitskreis ermittelte aus dem Barnim stammende Spanienkämpfer der XI. Internationalen Brigade

Bernhard Bußjäger *5. Mai 1895
– wohnhaft in der Breitestraße 5 in Bernau
– 3. März 1933 bis August 1933 Schutzhaft bei der preußischen Polizei
– 1. November 1936 Emigration nach Spanien, Angehöriger der XI. Brigade. Später in Frankreich interniert
– ab 1943 Insasse des KZ Sachsenhausen
– Nach der Befreiung wird er Polizist im Niederbarnim.

Olla Ewert *11. Juli 1898 und
Andreas Ewert *21. Oktober 1893
– beide zuletzt wohnhaft in Bernau, Franz-Mehring-Str. 52, Mitglieder der KPD.
– Widerständler gegen den deutschen Faschismus, 1936 ins Exil in Dänemark,
– Spanienkämpfer, 1939 in Frankreich interniert, emigrierten dann nach Mexiko,
– ab 1952 in der DDR, beide bis zu ihrer Berentung in der Gewerkschaftshochschule tätig, sie als Bibliothekarin, er im Hermann-Duncker-Archiv, beide aktive Berichterstatter ihres Lebens für die junge Generation.

Otto Lehmann *8. Dezember 1898
– geboren in Groß Schönebeck,
– 1918 Mitglied der Spartakus-Gruppe und der KPD, 1918 bis 1923 Teilnehmer an den bewaffneten Kämpfen der Arbeiterklasse,
– emigrierte 1934 nach Prag und gelangte von dort nach Spanien. Angehöriger des Thälmann-Bataillons. Politkommissar,
– 1940 bis 1944 Mitglied der Resistance,
– in der SBZ Polizist und später Mitarbeiter im MfS.

Richard Horn *20. Februar 1904 ein Lausitzer,
– zuletzt wohnhaft Lanker Str. 11, in Bernau,
– seit 1923 Mitglied der KPD, ab 1933 im Widerstandskampf, Kurier im Zittauer Gebirge zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland, entzog sich der Verhaftung durch Emigration, ab 1937 Angehöriger des Ernst-Thälmann-Bataillons, ab 1940 Widerstandskampf mit jugoslawischen Kriegsgefangenen in Frankreich, nach
– 1945 Bürgermeister von Hirschfelde/ Zittau Polizist, Angestellter in Behörden und Betrieben, Abteilung Inneres Rat des Kreises Bernau, zuletzt Kaderabteilung der Gewerkschaftshochschule

Hermann Leipold *12. August 1904 in Blumberg, Mitglied der KPD,
– 1933 Emigration in die CSR, ab Januar 1938 Angehöriger des Ernst-Thälmann-Bataillons, 1940 Mitglied der Resistance, Mitglied des *»Komitee Freies Deutschland für den Westen«* in Frankreich,
– in der Sowjetischen Besatzungszone Polizist und in der DDR Mitarbeiter des MfS

Die Lösung

»Wir haben – nicht nur in den USA – das Problem, daß seit einiger Zeit eine kleine Gruppe von einflußreichen, aber branchenfremden Personen – z.B. aus dem Immobiliensektor oder der Finanzdienstleistung – in der Politik in hohe und höchste Ämter aufgestiegen ist, die durch unbedachte, sie selbst entlarvende öffentliche Äußerungen großen Schaden anrichten, indem sie viele Menschen verunsichern, Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit begründen und das Ansehen Deutschlands herabwürdigen. In der längeren Perspektive der nächsten drei Jahre, auch da sind wir uns einig, das ist auch der Wunsch, müssen 80 Prozent dieser Leute von den Positionen, auf denen sie sich jetzt aufhalten, am besten durch Abwahl, entfernt werden und in ihre ursprünglichen Branchen zurückkehren.«

So viel zu Friedrich Merz und seiner Äußerung auf der Pressekonferenz mit dem syrischen Präsidenten al Scharaa am 30.3.2026, es sei *»auch«* der Wunsch des Gastes, daß 80 Prozent der 900.000 Syrer, die sich derzeit in Deutschland *»aufhalten«*, binnen drei Jahren nach Syrien zurückkehren.

ALI HALI

Selbstmorde

Steigende Zahl von Selbstmorden in der Israelischen Armee (IDF)

Die israelische Zeitung *»Haaretz«* nimmt die Suizide von zwei Soldatinnen zum Anlaß, über die steigende Tendenz von Suiziden in der Armee zu berichten.

Am 28.7.2026 hat sich eine Soldatin im Süden Israels selbst getötet. Zwei Tage vorher war vom Suizid einer Mitarbeiterin des Militärgeheimdienstes berichtet worden.

Im laufenden Jahr hat die israelische Armee bereits sechzehn Suizide verzeichnet. Im Jahrzehnt vor dem 7. Oktober 2023 lag die jährliche Durchschnittszahl von Selbsttötungen in der Armee bei zwölf. Im Jahr 2025 registrierte man 22 Suizide. Das ist die höchste Zahl seit fünfzehn Jahren.

Die Militärführung sieht keinen Grund zur Beunruhigung. Es sei ganz normal, denn bei einer gestiegenen Zahl von Einberufungen und der längeren Dienstzeit von Reservisten steige auch die Zahl der Suizide. Es sei ein statistisches Phänomen, mehr nicht.

Bereits einige Wochen zuvor (BBP Frühjahr/ 2026, S. 35) hatte Haaretz berichtet, daß die Opfer von Suiziden aus dem Dienst ausgeschiedener Soldaten nicht als Kriegsopfer betrachtet werden.

Die Frage, wie aussagekräftig die Militärstatistik ist, thematisiert die Zeitung nicht. Suizide in der Armee sind ein tabuisiertes Thema und die Dunkelziffer ist vermutlich groß.

HARTMUT LINDNER

Schwerer Schulstart

Das Schuljahr 2026/27 begann in Kuba unter sehr außergewöhnlichen Umständen. Das Bildungsministerium legte viel Wert darauf, die Kontinuität des Bildungsprozesses zu gewährleisten und achtete darauf, daß der Präsenzunterricht möglich war. Nicht überall war das ohne Probleme möglich.

Auf jeden Fall sollten alle Kinder den Zugang zur Bildung erhalten, auch wenn die Bedingungen durch die Blockade der USA sehr erschwert waren.

Es wurde überlegt, Alternativen anzubieten wie z. B. längere Aufenthalte an den Schulen, da die Wege für Kinder vom Land sehr weit sind. Dafür müssen allerdings auch Verpflegung und Unterkunft gewährleistet sein.

Die Schuluniform, die in Kuba einen sehr großen Stellenwert hat, konnte nicht für alle Schüler bereitgestellt werden. In einigen Provinzen wurden Nähtage eingerichtet und es wurde sogar zu Hause genäht.

Außerdem achtet das Bildungsministerium darauf, daß die Sonderschulen und Heime eine besondere Priorität bekommen, damit auch diese Kinder trotz z. B. Behinderung oder Lernschwierigkeiten am Unterricht teilnehmen können.

KORNELIA LUBKE
(Quelle: Granma, September 2026)

Wo das Unmögliche sich auflöst

Zur Bedeutung der Literatur unter den Bedingungen der Blockade

In den letzten acht Monaten diesen Jahres gab es jeden Tag 20 oder mehr Stunden keinen Strom. Das bedeutet: ohne Strom gibt es kein Wasser; ohne Benzin fahren keine Autos und die Müllberge türmen sich an den Straßenecken. Wärmekraftwerke fallen aus und erheben sich wieder, wie kränkelnde Riesen, die nur durch die unermüdliche Arbeit bienenfleißiger Arbeiter am Leben gehalten werden. Düsternis legt sich über Häuser und Straßen und damit sollen die Seelen der kubanischen Menschen ausgelöscht werden.

Der Sieg derer, die alles daran setzen, unsere Erstickung heraufzubeschwören, ist die Lähmung; deshalb sind sie wütend, wenn die Kubaner jeden Raum des Zusammenlebens wiederherstellen, wenn sie widerstandsfähige Spiritualität beweisen.

Díaz-Canel drückt es in den Schlußworten des Kolloquiums *»Fidel: Vermächtnis und Zukunft«* so aus: *»Inmitten der Härte der brutalen und unmoralischen imperialen Blockade, die die Vernichtung unseres Volkes anstrebt, wird diese Feier Fidels in Havanna als eine weitere Herausforderung in Erinnerung bleiben, die durch pure Willenskraft bekräftigt wurde; etwas eigentlich Unmögliches, das durch euren Einsatz und eure, Schwestern und Brüder, die ihr zu allem bereit wart, die Kosten für Reisen aus fernen Ländern selbst zu tragen, Koffer voller Spenden mitgebracht und dabei keinerlei materielle Bedingungen gestellt habt, in eine wundervolle und greifbare Realität verwandelt wurde.«*

Er warnt die Brudernationen: *»Das weltweite Wiedererstarken des Faschismus führt zu einem ideologischen Krieg gegen den Globalen Süden, der in seinen kulturellen und medialen Dimensionen darauf abzielt, den Kapitalismus als hegemoniale Bestimmung zu festigen, ihn imperialistischer Logik unterzuordnen und das historische Gedächtnis auszulöschen, uns kulturell zu rekolonisieren und unsere Identitäten zu zerstören.«*

Joseph Goebbels sagte einmal: *»Wenn ich das Wort 'Kultur' höre, greife ich nach meiner Waffe«.* Die Buchmesse setzt sich für Fidel Castros Grundsatz ein: *»Wir bitten Sie nicht zu glauben, wir bitten Sie zu lesen.«* Die Kultur ist das Gegenmittel, das uns retten kann. Kuba ist das Land, wo das Unmögliche sich auflöst.

ENRIQUO UBIETA GÓMEZ
(Granma September 2026, Seite 14)

200 Tage unter Belagerung:

Die stille Strangulierung eines Volkes

Bislang hat Kuba im Jahr 2026 nur eine einzige Öllieferung erhalten: rund 100.000 Tonnen Rohöl, eine Spende Rußlands. Mehr als 1400 Megawatt installierter Leistung sind aufgrund des Rohölmangels außer Betrieb. Das Stromnetz wird zwar durch die Eigenproduktion der Insel aufrechterhalten – heimisches Rohöl, Erdgas aus eigenen Quellen und erneuerbare Energien. Doch das reicht nicht aus.

Am 29. Januar 2026 unterschrieb der US-Präsident Donald Trump eine Exekutivanordnung. 2.207 Wörter, in denen er Kuba als eine *»ungewöhnliche und außerordentliche Bedrohung für die nationale Sicherheit und Außenpolitik«* der USA erklärte. 200 Tage sind seitdem vergangen. Die Botschaft vom 29. Januar war unmißverständlich: Niemand konnte Kuba – unter welchen Umständen auch immer – beliefern, ohne die Sanktion der USA zu riskieren.

Die gravierendsten Folgen lassen sich nicht im Megawatt, sondern in Menschenleben messen. Mehr als 32.800 Schwangere sind aufgrund des Energiemangels im Gesundheitssystem beeinträchtigt und zusätzlichem Risiko ausgesetzt.

Die Verzweiflung hat ein Gesicht: Mütter, die nicht kochen können, Patienten, die ihre Medikamente nicht kühlen können, ältere Menschen und Kinder, die die tropische Hitze ohne Belüftung ertragen müssen. Die UN-Menschenrechtsexperten haben diese Maßnahme als »schwere Verletzung des Völkerrechts und ernsthafte Bedrohung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung« bezeichnet.

Und dennoch hat die Insel nicht kapituliert, denn für die Kubaner ist Widerstand eine Lebensweise, die sie in sechs Jahrzehnten Blockade verinnerlicht haben.

Die Welt schaut zu; die Welt weiß Bescheid. Aber größtenteils unternimmt sie nichts. Fluggesellschaften haben ihre Flüge nach Havanna eingestellt. Internationale Unternehmen ziehen ihre Investitionen ab. Die Angst vor sekundären Sanktionen der Strafe für den Handel mit Kuba hat die internationale Gemeinschaft gelähmt, nicht aber die Solidarität der Völker.

Wir haben die 200 Tage Marke erreicht. Eine kalte, administrative Statistik, die nichts über die verstorbenen Kinder aussagt. Kinder, die zuvor problemlos überlebt haben in einem Land, in dem die Säuglingssterblichkeit unter 5000 Lebendgeborenen lag und damit mit einigen Industrienationen vergleichbar war. Sie sagt auch nichts über den Mangel an Krebsmedikamenten aus; nichts über den alten Mann, der an einer heilbaren Krankheit starb; nichts über die Kinder, die mit dem ständigen Brummen von Generatoren als Soundtrack ihrer Kinderheit aufwachsen.

Unterstützt Kuba! Spendet!

KORNELIA LUBKE
(Quelle: Granma, September 2026)

Spenden für Kuba zum Beispiel bei Cuba si (Empfänger: Die Linke.Parteivorstand, IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10, Kennwort: *»Milch«* oder *»überleben«*) oder bei Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. (https://secure.spendenbank.de/form/2066/).



Die deutschsprachige Ausgabe von *»Granma international«* erscheint monatlich beim Verlag 8. Mai GmbH, bei dem auch die Tageszeitung *»Junge Welt«* erscheint.
Bestellungen sind möglich im Internet unter: www.jungewelt.de/granma

Einmal im Jahr bei Vereinsmeiers am Stand

Am wundervoll sonnigen letzten Sonntag im August besuchte ich traditionell den Tag der Vereine in Bernau. Auch diesmal waren tatsächlich unzählige Bernauer Vereine vertreten und das erste Mal sogar ein Stand des Bürgergut Börnicke mit Ludwig Seeger.

Eine Premiere, wie er mir sagte. Ja, es stimmt, es ist nicht üblich, daß auf dem Vereinetag ein landwirtschaftlicher Erzeuger antritt. Was sagt uns das? Auch bei Agrar-Einzelerzeugern müssen die Uhren immer wieder neu gestellt werden. Kleine Anbieter zeigen im Gegensatz zu Großbauern der Agrarindustrie, wie Ernährung regional auch ohne Raubbau an Naturresourcen funktionieren kann. Sie produzieren im regionalen Kreislauf und bleiben durch ihre lokale Präsenz im Gespräch, finden neue Konzepte, nicht zuletzt beim Absatz der Produkte.

In der Vergangenheit nutzte ich den Tag der Vereine, um für Leser meiner Lieblingszeitschrift zu werben, der *»Barnimer Bürgerpost«*. Doch diesmal traf ich unter den zweibeinigen Gästen nur sinnerfülltes Träumen über die Vielzahl der Angebote. Extras mit lesender Muße paßten nicht ins Bild. Auch schien es mir heute so, als ob es mal wieder lauter war als im letzten Jahr und da auch schon lauter wie im vorletzten Jahr. Vielleicht liegt es an meinem Alter? Oh ja, der Alltagsfilm, den ein jeder mit sich im Kopf trägt, führt dazu, daß man hier zumeist die gleichen Menschen sieht, die gleichen Vereine, die gleichen Attraktionen. Wie immer vertreten war das DRK, der Humanistische Verband Deutschlands (HVD), der sogenannte Bernauer *»Behindertenbeirat«*, die Arbeiterwohlfahrt. Oder der Landesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte Menschen in Berlin-Brandenburg (LVKM) mit seinem Angebot zur Teilhabe von Behinderten.

Diverse Sportvereine präsentierten wie immer ihre Disziplinen und nicht zuletzt sei erwähnt, daß sich der Kneipp-Verein wie sonst nahe am Pulverturm platzierte. Die Mitarbeiter priesen neben aufgestellten Gelegenheiten, Wasser hautnah zu erfahren, die spezielle Kneipp-Anlage zum fußläufigen Abenteuer in Lobetal an. Solches kann ich nur empfehlen, denn wer den Weg nicht scheut, gönnt sich damit ein Abenteuer für den Körper, mindestens so viel wert, wie einmal in den See zu springen.

Zurück zu den Vereinen. Bin selber eigentlich kein Vereinsmeier, aber in mehreren Vereinen mehr oder weniger aktiv oder passiv vertreten. Die Frage, wo man seine Nerven reinsteckt, muß im Leben immer wieder gut sortiert werden, denn jedes Engagement kostet Nerven. Mit jedem Schritt, den wir zusammen mit anderen gehen, erzeugen wir ein kleines Stückchen Zukunft. Und wenn wir



Foto: Stadtverwaltung Bernau

An den Bernauer Marktständen 2026

Alltagsprobleme mit Enthusiasmus lösen, lassen sie uns frei und öffnen das Herz für neue Ideen. Doch in sozialen Fragen entscheiden wir das nicht allein.

Das ist die Stunde der Vereine, die Talente und Wünsche bündeln, Themen im politischen Raum passend adressieren. Und nur dann werden auch Fragestellungen, die vielleicht zuvor gar kein Thema waren oder niemandem auffielen, in die richtige Richtung kanalisiert. Darüber zu reden, ist der Tag der Vereine geeignet. So fand ich auch heute wieder einen Gesprächspartner, den ich durch einen Personalwechsel zum ersten Mal sah. Es war wieder ein neuer Anlauf, wieder ein Stück Hoffnung. Das macht für mich einen Besuch des Vereinetags aus.

Auf der Parkbühne spielte buntes Estradenorchester vom Band, gab es sehenswerte Tanzshows wie die Kindertanzgruppe, präsentiert vom HVD Nordost, der seit ein paar Jahren auch in Bernau eine Regionalvertretung eingerichtet hat, oder den butterherzigen Auftritt des AWO-Frauenchores. Unzählige Zuschauer saßen auf den Bänken wie sonntags im Tierpark und lauschten, andächtig gedimmt von Kaffee oder Alkohol, den berauschenden Melodien. Ja, so plätschert Unterhaltung vor allem am Sonntag.

Die Auslosung der Maßnahmen für den Bürgerhaushalt 2027 ging dabei fast unter. Wie ich sagen muß, ist es inzwischen ein auswechselbarer Programmpunkt wie manch anderer auch. Und es gab keinen wirklich sehenswerten Höhepunkt bei der Punktevergabe. Spontan, aber nicht unbegründet, kam mir der Gedanke, daß es im Prinzip auch egal ist, welche bürgernahe Maßnahme im Straßenbild auf dem Zettel steht. Das nötige Geld ist ohnehin im Topf – für alle Verbesserungsmaßnahmen. Schlußendlich drehen sich mit diesem Ritual die Zeiger weiter und ich kann meine Hoffnung auf Verbesserungen im wohnlichen Umfeld mit ins nächste Jahr tragen, bis es wieder heißt: Tag der Vereine.

THOMAS TOBLER

Guten-Morgen-Buch

Anläßlich unseres Jubiläums 1000mal Guten-Morgen-Eberswalde erscheint das Buch *»Der Stadt mit Kultur ein Zentrum geben«*.

Das Buch wird nun einen Umfang von annähernd 200 Seiten aufweisen. Es enthält eine komplette Guten-Morgen-Eberswalde Veranstaltungschronik von 2007 bis 2026, einen einführenden Text in Versform zum Format von Kenneth Anders, eine ganze Reihe weiterer Texte von Wegbegleitern und sicher auch 200 Abbildungen. Die Texte vom ehemaligen Landrat Bodo Ihrke, vom Fotodokumentaristen Steffen Groß, Guten-Morgen-Techniker Sascha Leeske, von meiner mehrjährigen Assistentin Julia Heilmann, von Almut Undisz (Theater am Rand), Torsten Gesser (Theater des Lachens), Heiki Ikkola (Cie, Freaks & Fremde), Matthias Hille (Aktionstheater Kamaduka, Theater Sinopel), Thomas Böhm (Radio Eins), den Flunkerproduktionen, Schriftsteller Jochen Schmidt, Künstlerin Gudrun Sailer, Musikerin Fabiana Striffler und Musiker Wilfried Staufenbiel werden wir, in den nächsten Tagen beginnend, sukzessive auch auf dem Blog unserer Homepage einstellen.

Schon vorab gab es auf unseren Veranstaltungen einen Gutschein im Wert von 20 Euro, der ab dem 4. Oktober eingelöst werden kann. Die offizielle Buchpremiere wird am Sonntag, dem 4. Oktober, um 14 Uhr in der Galerie Fenster in der Prignitzer Straße 50 gefeiert. Es ist auch der Tag der Finissage von *»1.000 x Guten-Morgen-Eberswalde – 20 Fotos aus 20 Jahren«* und der Ausstellung POP ART (Malerei, Grafik, Emaille) von Moritz Götze.

UDO MUSZYNSKI

Prunkvolles Konzert

Prunkvoll in jeder Hinsicht – so läßt sich das Konzert des Förderkreises Herz-Jesu-Kirche am zweiten Septembersonntag am besten zusammenfassen. Rund 300 Besucher strömten ins katholische Gotteshaus, um Inna Wurrel und Adelheid Flemming zu lauschen.

Die Opernsängerin Wurrel begeisterte die Zuschauer mit einer Arie nach der anderen. Vor allem die verschiedenen Interpretationen von *»Ave Maria«* faszinierten die Anwesenden. *»Sie waren ein tolles Publikum, ich danke Ihnen für Ihr großartiges Interesse«*, erklärte sie unter dem stürmischen Beifall der Zuhörer.

Das Konzert streifte zahlreiche Epochen und Stilrichtungen mit Werken von Bach, Gounoud, Schubert, Caccini, Hesse u.v.m., die instrumentale Begleitung erfolgte durch Adelheid Flemming an Klavier und Orgel.

Dieses Konzert war ein musikalisches Highlight. Noch nie haben so viele Menschen eine Veranstaltung unseres Vereins besucht. Ich freue mich, daß es so viel Begeisterung ausgelöst hat.

PÉTER VIDA

Der Betreuungsverein in Eberswalde

Wer kümmert sich, wenn ich es selbst einmal nicht mehr kann? Und was könnte ich selbst noch für einen anderen Menschen tun? Das sind Fragen, die mitten aus unserem Alltag kommen. Vielleicht leben die Kinder weit entfernt, oder man lebt allein und möchte trotzdem wissen, daß die eigenen Angelegenheiten gut geregelt sind. Manchmal gibt es in der Familie unterschiedliche Vorstellungen darüber, was im eigenen Interesse ist.

Oft beginnt ein Gespräch bei uns unspektakulär mit: *»Ich habe da mal eine Frage...«* Dann geht es um eine Vorsorgevollmacht, eine Patientenverfügung, eine konkrete Situation in der Familie oder um die Frage, ob eine rechtliche Betreuung notwendig ist. Eine Vollmacht kann zwar vorhanden sein, aber im Alltag trotzdem Fragen aufwerfen: Die bevollmächtigte Person ist inzwischen selbst erkrankt, oder kann die Aufgabe aus anderen persönlichen Gründen nicht mehr übernehmen.

Auch eine Patientenverfügung sollte nicht einfach in der Schublade verschwinden. Sie bleibt grundsätzlich auch nach längerer Zeit wirksam, sollte aber regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert oder erneut bestätigt werden. Denn persönliche Wünsche und Lebensumstände können sich verändern. Außerdem ist es wichtig, daß die getroffenen Festlegungen möglichst konkret zur eigenen Situation und zu den möglichen Behandlungssituationen passen.

Unser Angebot richtet sich an alle, welche sich mit persönlicher Vorsorge, rechtlicher Betreuung oder einem möglichen ehrenamtlichen Engagement in der rechtlichen Betreuung beschäftigen möchten. Dabei muß noch keine konkrete Situation bestehen.

Wir bieten persönliche Beratung, Informationsveranstaltungen, Vorträge und Gesprächsrunden an. Im Mittelpunkt stehen unter anderem vorsorgende Verfügung, ihre sinnvollen Ergänzungen sowie das Ehegattennotvertretungsrecht und seine Grenzen.

Auch das reformierte Betreuungsrecht gehört dazu. Eine rechtliche Betreuung soll die Selbstbestimmung und die Wünsche der betroffenen Person stärken.

Sie wird nicht allein deshalb eingerichtet, weil jemand alt, krank oder auf Hilfe angewiesen ist. Entscheidend ist, ob die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen und andere Möglichkeiten nicht ausreichen.

Und was können wir füreinander tun?

Gerade weil viele Menschen allein leben und Angehörige nicht immer eingesetzt werden können, wird Eigenverantwortung wichtiger. Vorsorge bedeutet, sich rechtzeitig Gedanken zu machen, eigene Wünsche festzuhalten und zu überlegen, wer im Bedarfsfall unterstützen kann.

Aber auch die andere Seite gehört dazu: Menschen, die Verantwortung für andere übernehmen möchten. Eine ehrenamtliche rechtliche Betreuung kann eine sinnvolle und bereichernde Aufgabe sein.

Ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer helfen den Menschen bei Angelegenheiten in ihrer wunschgemäßen Lebensgestaltung und unterstützen in der rechtlichen Umsetzung.

Dabei ist niemand allein. Unser Betreuungsverein begleitet und unterstützt bereits ehrenamtlich tätige Betreuerinnen und Betreuer fachlich und persönlich.

Wer unseren Verein näher kennenlernen möchte, ist herzlich zu unserer Einführungsveranstaltung eingeladen: »Modernes Betreuungsrecht« am Dienstag, 20. Oktober, 14.30 – 16 Uhr, Bürgerbildungszentrum Eberswalde, Puschkinstraße 13, Raum 2.25, 2. Obergeschoß.



FOTO: CARMENPIECHOTKA

Betreuungsverein Lebenshilfe Brandenburg e.V. · Betreuungsstelle Eberswalde · Bürohaus Ulrich-Speicher · Friedrich-Ebert-Straße 12 · 16225 Eberswalde · Telefon: 03334/237506 · www.lebenshilfe-betreuungsverein.de · Beratungszeiten: Dienstag 09–11 und 13-17 Uhr, Donnerstag 08-11 und 12-14 Uhr und nach Vereinbarung

Unsere Veranstaltungen sind offen für alle Interessierten – unabhängig davon, ob es um die eigene Vorsorge, eine Situation im persönlichen Umfeld oder die Frage nach einem ehrenamtlichen Engagement geht. Daß wir diese Angebote kostenfrei anbieten können, wird auch durch die Förderung des Landes Brandenburg ermöglicht.

CARMEN PIECHOTKA

Ganzheitliche Ernährungsberatung (Teil 53)

Kennen Sie folgendes? Es beginnt z.B. mit einem Gluckern im Bauch, ein unangenehmer Druck, die Körpermitte bläht sich auf. Auf einmal ist die Hose zu eng und kneift. Ist der Bauch dicker geworden? Luft ist im Bauch und will wieder hinaus.

Manchmal mit Geräuschen, die niemand gerne hat und deshalb reden wir nicht gerne darüber. Es entweichen Darmwinde. Die Verdauung erzeugt nun deutliche Geräusche. Blähungen kommen immer wieder vor, sie sind ein störendes Alltagsproblem. Zu dem Druck im Bauch kann sich auch noch ein Stechen gesellen.

Vor allem dann, wenn wir (zu viele) Hülsenfrüchte essen. Auch Zwiebeln, Kohl und Porree sind dafür allseits bekannt. Grund dafür sind oft die Ballaststoffe. Diese Ballaststoffe sind aber für unsere Gesundheit sehr nützlich. So empfiehlt die Deutsche Gesellschaft für Ernährung täglich mindestens 30 Gramm Ballaststoffe zu verzehren. Ballaststoffe verlängern die Verweildauer des Speisebreis im Magen und führen somit letztendlich zu einer Zunahme des Sättigungsgefühls.

Zu Problemen können auch Zuckerersatzstoffe wie Xylit führen, ebenso kohlensäurehaltige Getränke. Wenn man die Nahrung schnell herunterschlingt und zu wenig kaut, kann das ebenfalls Blähungen verursachen. Wir schlucken nicht nur die Nahrung, sondern auch zu viel Luft. Der medizinische Fachausdruck hierfür lautet Aerophagie. Einfacher gesagt, unser Bauch ist zu voll.

Wenn Sie dann noch zusätzlich unter Verstopfung leiden, dann wird es noch unangenehmer, da die Gase länger festsitzen. Auch das Darm-Mikrobiom spielt dabei eine große Rolle. Ist die Besiedlung der Darmflora nicht im Gleichgewicht, kann sich der unangenehme Bauchdruck weiter erhöhen. Zu Problemen kann es auch kommen, wenn Sie laktosehaltige Lebensmittel schlecht vertragen, weil Ihnen das Enzym Lactase fehlt. Sollten Sie an einem Reizdarmsyndrom leiden, dann reagieren Sie oftmals auf eine normale Darmdehnung sehr empfindlich.

In den allermeisten Fällen haben Blähungen nichts mit einer Krankheit zu tun. Oftmals ist unser Lebensstil die Ursache. So tut Bewegung unserem Darm gut. Ein flotter Spaziergang nach der Mahlzeit kann dazu beitragen, daß die Gase unseren Bauch schneller verlassen. Auch Streß wirkt sich auf unseren Darm aus und kann unsere Verdauung deutlich verlangsamen. Bei Frauen können auch der Zyklus und eine Schwangerschaft eine Rolle spielen. Und natürlich wirken sich auch die Wechseljahre aus.

Helfen können Leinsamen, die in genügend Wasser aufgelöst getrunken werden. So kann eine Schutzschicht für den Darm im Laufe der Zeit aufgebaut werden.

Gesucht wird nun also eine Art der Ernährung, die abwechslungsreich ist und gleichzeitig den Bauch beruhigt. Auf welche Lebensmittel sollten Sie bei Blähungen lieber verzichten und was ist zu empfehlen? *-> S. 41*

Reha-Klinik Bad Freienwalde:

»Angenehm *enttäuscht*«

Wir wohnen zwar schon seit 20 Jahren in Bernau, haben die Umgebung auch teils erwandert, teils per Auto erkundet, sind jedoch nur auf der Landstraße durch Freienwalde gekommen, an der Sprungschanze vorbei in Richtung Polen. Erst durch den Neubau der Straße lernten wir durch die Umleitungen Freienwalde mit seinen schönen Villen kennen.

Ich erinnerte mich an die Wanderungen durch die Mark Brandenburg Theodor Fontanes und seine Erkenntnisse und Erforschungen dieses Landstrichs und die dort durch den Großen Kurfürsten errichteten Kur- und Moorbad-Möglichkeiten. Fontane ist auch heute noch lesenswert. Besonders die Aussage, daß in den damaligen Kureinrichtungen kein Breakfast gegeben wurde, sondern Frühstück, Mittagessen und Abendbrot. Das gefiel uns, denn durch die Knie-Operation meines Mannes stand eine Reha-Kur an. Er wollte nicht noch einmal in die Brandenburgklinik nach Wandlitz, und so beschlossen wir, uns in Bad Freienwalde in der *»Fachklinik und Moorbad«* anzumelden. Ich konnte problemlos als Begleitperson eine Aufbettung mit Vollverpflegung bekommen. Und – wir wurden *»angenehm enttäuscht!«*

Schon bei der Anfahrt gab es einen schönen Blick auf die gepflegten Kuranlagen und uns empfing ein großzügiges Foyer, wo wir dann später feststellen konnten, daß dort viele kulturelle Veranstaltungen stattfanden. Wir wurden freundlich aufgenommen und in unser neues Quartier gebracht. Das Zimmer war freundlich, wir schauten in den Wald.

Die erste Überraschung war, daß wir in den *»Kleinen Speisesaal«* auf unserer Station eingewiesen wurden. Hier konnten bis zu 16 Rehabilitanten Platz nehmen, zumeist ältere oder schwerer behinderte Menschen. Wir wurden hier zu allen Mahlzeiten vorzüglich versorgt, es gab in den drei Wochen unserer Anwesenheit mittags keine Wiederholung der Speisenfolge. Es gab abends immer außer dem obligatorischen Wurst- und Käseangebot verschiedene Salate, Obst, Gemüse. Man konnte wählen und wurde freundlich bedient. Um das gleich noch hinzuzufügen, auch das Café mit seinem Kuchenangebot machte Eindruck, es gab drinnen und draußen SitzpPlätze und man hatte von dort einen schönen Blick in den gepflegten Park. Nach der zweiten Behandlungswoche konnten wir mit dem Rolli sogar schon bis zur Kurfürstenquelle wandern. Für meinen Mann eine reife Leistung.

Die nächste von uns nicht erwartete Situation war die Visite, die Frau Oberärztin Dr. Luther mit dem Stationsarzt gemeinsam im Patientenzimmer vornahm. Es konnte alles ausführlich besprochen und die Maßnahmen festgelegt werden und zwar in sehr angenehmer Atmosphäre. Von den Stationsschwestern wurden alle Maßnahmen akribisch, aber freundlich kontrolliert. Die Therapien waren für meinen 89jährigen Ehemann zwar anstrengend, aber er wollte ja, daß ihm geholfen wird, um weiter am Leben teilnehmen und die Gehhilfen bald zur Seite legen zu können. Das ist weitgehend gelungen, jetzt macht er mit seinem Rolli schon etwas längere Spaziergänge rund ums Haus.

Wir möchten uns ausdrücklich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, angefangen beim Chefarzt Herrn Dr. Limburg, für die sehr gut organisierte Fachklinik und vor allem bei den sehr hilfsbereiten und freundlichen Angestellten dieses Hauses bedanken. Wir hoffen und wünschen sehr, daß die angedachten *»Gesundheitsreformen«* keine Beeinträchtigungen für diese Einrichtung bringen werden. Wir können diese Fachklinik auf jeden Fall gerne weiterempfehlen!

ELISABETH REHBAUM

Literaturfestival:

Eberswalder Wortspiele

Eberswalde (bbp). *»Was mal als Idee für einen Förderantrag begann, ist mittlerweile ein kleines, jährliches Literaturfestival und eine feste Institution am ersten Septemberwochenende in Eberswalde«,* informierte Almuth Nitsch. Die *»Eberswalder Wortspiele«* fanden dieses Jahr bereits zum vierten Mal statt.

Neben bereits etablierten Formaten gab es auch neue Veranstaltungen. Am 3. September ging es in der Buchhandlung Mysak in der Friedrich-Ebert-Straße los. Der Poetry Slammer und Autor Aidin Halimi las aus seinem Debütroman *»In den Flügeln das Licht«.* Er erzählt vom Heranwachsen im Iran der Revolution zwischen Angst und Hoffnung auf ein freies Leben, getragen von der Kraft der Literatur. Tags darauf gab es noch ein letztes Kneipenquiz in der KATI-Hausbrauerei. Thematisch ging es um Eberswalde, Sprache und Literatur. Der Samstagmorgen am 5. September stand im Zeichen von Genuß für Ohren und Gaumen. Die Köchinnen und Köche des *»Fröhlichen Mettigels«* zauberten einen veganen Brunch im Café des Bürgerbildungszentrums in der Puschkinstraße. Autorinnen und Autoren aus der Region lasen halbstündig aus ihren Werken.

Am Abend wurde es im Café Schmelze im Rofinpark *»politisch, poetisch, feministisch und vielleicht auch ein bißchen fies«* mit *Sunna Huygen.* Die Kabarettistin aus dem Wendland brachte ihr Programm *»Ungestalten«* mit.

Fortsetzung von Seite 40

Bei *Gemüse* sollten Sie zum Abendessen auf Rohkost verzichten. Auch Zwiebeln, Porree, Knoblauch, Hülsenfrüchte wie Erbsen, Bohnen, Linsen und Kichererbsen sind ebenso wie Paprika, Mais und Kohl eher ungeeignet. Empfehlenswert sind vor allem weich gegarte Gemüsesorten wie Möhren, Pastinaken, Spinat, Kürbis oder auch Fenchel.

Als *Obst* sind reife Bananen und Birnen zu empfehlen. Auch geriebener Apfel ist sehr empfehlenswert, ebenso wie Obstmus oder Kompott. Ungeeignet sind sehr süße Trockenfrüchte, unreifes Obst und sehr saure Früchte.

Bei *Fleisch* darf es gerne mageres Hühner- oder Putenfleisch sein. Auch magerer Aufschnitt ist in Ordnung, ebenso wie gedünsteter Fisch. Nicht auf Ihrem Einkaufszettel sollten frittierte Speisen stehen, auch auf Paniertes und Geräuchertes sollten Sie vollständig verzichten.

Bei *Beilagen* wie Kartoffeln, Nudeln und Reis sollten Sie auf Bratkartoffeln sowie Pommes Frites und Kroketten auf jeden Fall verzichten. Empfehlenswert sind Kartoffeln, Nudeln und Reis dann, wenn sie gut gegart sind.

Bei *Backwaren* sollten Milchbrötchen, frisches Hefegebäck und sehr körniges Müsli sowie Vollkornbrot nicht auf Ihrem Einkaufszettel stehen. Dagegen können Sie gerne zu feinen Haferflocken, Zwieback und hellem Brot greifen, allerdings sollten keine groben Körner enthalten sein. *Trinken* sollten Sie vor allem stilles Wasser sowie milde Kräutertees (Ingwer, Fenchel, Kümmel und Anis zum Beispiel). Verzichten Sie hingegen auf kohlensäurehaltige Getränke jeglicher Art.

Auch Alkohol und süße Limonaden sind ungünstig. Energydrinks sowie Light-Getränke sollten Sie generell meiden und Kaffee nur in Maßen genießen.

Insgesamt sollten Sie eher kleinere Portionen verzehren. Zucker verschlimmert eher die Blähungen. Zwischen den kleineren Mahlzeiten sollten Sie genügend Pause machen, so erhält der Darm dringend notwendige Ruhepausen.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

Industriekultur

Am 8. August war der Tag der Industriekultur. Unter anderem öffnete das Depot des Museums Eberswalde seine Türen für interessierte Besucher.

Spannend war die gesamte Ausstellung. Viele hundert Jahre waren manche Exponate alt. Die Museumsmitarbeiter erklärten bereitwillig, wie sie vorgehen, um Alter und Herkunft der Exponate zu bestimmen. Auch wie Stücke aussortiert werden, weil sie bestimmten Vorgaben nicht entsprechen.

Wir durften hinter die Kulissen schauen. Es waren riesige Stapel von Zeitungen, Fotografien und anderen *»Zeitzeugen«*, die wir uns ansehen konnten.

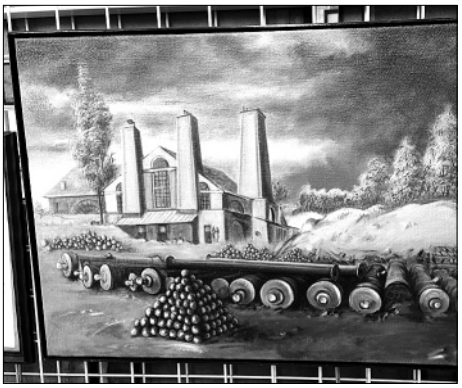


Foto: Kornelia Lubke

Die »Industriekultur« im Finowtal war seit den Anfängen eng mit der Produktion von Rüstungsgütern verbunden, wie alte Bilder aus den Sammlungen im Museumsdepot eindrucksvoll zeigen.

Außerdem gab es Räume, in denen alte Schränke, Stühle und Tische standen. Sie waren in mühevoller Kleinarbeit gesäubert worden, da sie wegen des Umzugs des Depots in Hallen des Kranbaus zwischengelagert waren.

Als ich die vielen Unterlagen des Kranbaus sah, fragte ich einen Mitarbeiter, ob es vom Walzwerk auch Unterlagen gäbe. Mein Vater hatte 29 Jahre dort gearbeitet und ich war neugierig, ob er irgendwo mal in den Zeitungen oder anderen Unterlagen auftaucht. Der Mitarbeiter ist so hilfsbereit und wird sie mir heraussuchen und zuschicken.

Zum Abschluß gab es Kaffee und selbstgebackenen Kuchen, was die Frauen der Museumsmitarbeiter bereitgestellt hatten.

Es war ein gelungener Nachmittag mit vielen neuen Informationen und ich freue mich schon auf das nächste Jahr, wenn es wieder heißt: das Depot des Museums Eberswalde öffnet seine Pforten.

KORNELIA LUBKE

»Alt wie ein Baum«

Fotoausstellung von Rüdiger Schulz

Seit dem 15. September und noch bis zum 13. November ist auf der Galerieetage im Rathaus die neue Ausstellung des Eberswalder Hobbyfotografen Dr. Rüdiger Schulz zu sehen. Dieses Mal steht der Baum mit seinen außergewöhnlichen und vielseitigen Erscheinungsformen im Fokus.

Ein Tag für die Zukunft im Schloßpark Trampe:

Aktionstag auf der Streuobstwiese

Am 3. Oktober lädt der Verein Zeitgeist e.V. gemeinsam mit dem Burg Breydin* und Schloßpark Trampe e.V. sowie der Obstlandschaft zu einem ganztägigen Aktionstag auf der Streuobstwiese im Schloßpark Trampe ein. Die Veranstaltung steht unter dem Motto »Mitmachen, Lernen und Genießen« und richtet sich an Familien, Naturfreunde und alle, die sich für nachhaltige Landschaftspflege und regionale Obstkultur interessieren.

Von 10 bis 16 Uhr erwartet die Besucherinnen und Besucher ein abwechslungsreiches Programm rund um die Pflege und Erhaltung der Streuobstwiese. Unter fachlicher Anleitung werden Baumpflanzungen mit unterschiedlichen Methoden vorgestellt und praktisch umgesetzt. Am Nachmittag steht der Obstbaumschnitt im Mittelpunkt – erklärt und direkt ausprobiert. Wer möchte, kann eigene Spaten und Gartenscheren mitbringen und aktiv mitarbeiten.

Parallel dazu gibt es ein Kinderprogramm mit Bastelaktionen und kleinen Experimenten, das spielerisch Wissen über Natur und Umwelt vermittelt. Für das leibliche Wohl sorgt der Schlossparkverein mit Suppe, Kaffee und Kuchen. Außerdem können Gäste Äpfel ernten und frischen Apfelsaft selbst pressen – bitte eigene Gefäße mitbringen.

Der Aktionstag verbindet praktisches Lernen mit Gemeinschaft und Genuss. Er soll das Bewusstsein für ökologische Zusammenhänge stärken und die Streuobstwiese als lebendigen Lern- und Begegnungsort erhalten.

Gefördert wird das Projekt durch das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg im Rahmen der »Aktion Nachhaltige Entwicklung – Lokale Agenda 21«.

Anfahrt: Parkmöglichkeiten befinden sich an der Kita in Trampe. Von dort führt der rechte Weg durch den Park direkt zur Streuobstwiese – den Wegweisern folgend. Weitere Informationen unter www.burg-breydin.de und unter burgbreydin@gmail.com.

ZUZANA FELSBERG

* **Anmerkung:** Die Interpretation der Ruinen im Schloßpark Trampe als die in alten Urkunden aus dem 14. Jahrhundert überlieferte Burg (castrum) bzw. Wirtschaftshof (curia) Breydin/Breden/Breten geht auf den Eberswalder Lokalhistoriker Rudolf Schmidt zurück und ist mit hoher Wahrscheinlichkeit falsch.
Da eine Lokalisierung anhand der urkundlichen Erwähnungen nicht möglich war, untersuchte Schmidt die Namen der Herrschergeschlechter, die auf der Burg residierten. Schmidt vermutet 1324 einen Hermann von Wulkow als Besitzer des Hauses *»zcum Breydin«*, allerdings ohne urkundlichen Beleg. Tatsächlich wird Breten/Breden/Breydin sowohl vorher als auch in späteren Urkunden eindeutig als Besitz der Landesherren geführt. Im Jahr 1375, fand Schmidt heraus, war ein späterer Hermann von Wulkow in Trampe ansässig. Schließlich wurde im Hufengeldregister von 1527 *»Breyde«* mit 16 Hufen zwischen Eberswalde und Trampe aufgeführt. Rudolf Schmidt schlußfolgerte daraus, daß es sich bei dem Wulkowschen Freihof in Trampe um die alte Burg Breydin handelte.
Allerdings kann die Stellung von *Breyde* im Hufengeldregister von 1527 nicht nur örtlich gedeutet werden, sondern auch aus Besitzzusammenhängen. Trampe war 1527 im Besitz der Familie von Sparr, die gleichzeitig auch Lichterfelde und Greiffenberg nahe Angermünde besaßen. Tyle von Sparr hatte halb Lichterfelde bereits im Jahr 1365 erworben [*Christian Chiarcos, Das Geschlecht der Sparren bis zum 16. Jahrhundert, Eberswalder Jahrbuch 1997/98*], als die Wulkows noch Trampe besaßen. Nach Aussterben der Wulkows fiel deren Besitz, also auch Trampe, im 15. Jahrhundert an die Familie Sparr. Noch im 18. Jahrhundert hatten die Sparrs zu Lichterfelde Fischereirechte im Werbellinsee und unterhielten in Altenhof einen eigenen Fischer. Es kann somit vermutet werden, daß die Sparrs schon 1527 zugleich Rechte in Altenhof, damals noch unter dem Namen *»Breyde«*, und in Trampe besaßen.
Die Schmidt'sche These, wonach es sich bei der Burgruine in Trampe um die alte Askanierburg Breten/Breydin handelt, ist insofern äußerst fragwürdig. Mit hoher Wahrscheinlichkeit handelt es sich bei der Burg Breten/Breden/Breydin um den Ende des 13. Jahrhunderts errichteten Pfahlbau in Altenhof, dessen Reste sich noch immer auf dem Grund des Werbellinsees bei Altenhof befinden.

Kurt Kretschmann – Lüge und Wahrheit

Kurt Kretschmann schrieb dieses Buch über seine Erlebnisse im 2. Weltkrieg bereits in den Jahren 1947/1948. Als der Autor 1945 aus der Gefangenschaft nach Bad Freienwalde zurück kam, fand er eine verschlossene Kiste vor. Er brach sie auf und es kam eine Menge Kriegsliteratur von Autoren wie Ernst Jünger, Franz Schauwecker, Hans Zöberlein, Phillip Witkop Werner Beumelburg, Walter Flex und Karl Börger, ferner H.K.F. Günthers *»Ritter, Tod und Teufel«*, Alfred Rosenbergs *»Mythus des 20. Jahrhunderts«* und Adolf Hitlers *»Mein Kampf«* zum Vorschein.

Kretschmann las und war empört, denn er hatte den Kriegsalltag anders erlebt. Es entstand die Idee, den Beschreibungen dieser Schriftsteller seine eigenen Erlebnisse gegenüberzustellen: *»Lüge«* gegen *»Wahrheit«*. Nach 1949 wurde eine Publikation in Ost- wie in Westdeutschland abgelehnt. So lag das Manuskript *»Lüge und Wahrheit«* mehr als fünf Jahrzehnte als Dokument im Museum des Bad Freienwalder »Hauses der Naturpflege«.

Kurt Kretschmann: Lüge und Wahrheit – Kriegserlebnisse eines deutschen Soldaten, VWF, Berlin, 1. Auflage, 2003, 241 Seiten, ISBN-10 3-89700-400-3

Der gebrochene Zeh

von Peter Spangenberg

Da sitze ich nun und befühle die Knolle, sie sich am von innen nach außen gezählt zweiten Zeh gebildet hat. Der ziehende Schmerz ist weg. Jetzt muß ich nur aufpassen, den Zeh beim Laufen nicht mit zu benutzen. Oder nicht zu laufen – wie jetzt gerade beim Schreiben.

Gut daß ihr fragt: Der Zeh ist nicht von allein gebrochen. Die meisten Unfälle passieren ja im Haushalt. Jedem Mann stellen sich bei dem Wort schon die Nackenhaare auf, Schweiß bricht aus und man bekommt einen Tunnelblick. Nicht immer sieht man Licht am Ende dieses Tunnels, welches zum Beispiel auf ein freies Bett oder einen gemütlichen Sessel fällt. So war das auch bei mir gestern. Aus Gründen, die mir heute recht unvernünftig vorkommen, habe ich mir das Aufräumen aufschwatzen lassen. Von meinem inneren Schweinehund, der es noch nie gut mit mir gemeint hat. Naiv habe ich also zugesagt und meine Beine in diesem kreuzgefährlichen Biotop bewegt, als gäbe es da keine Stolperfallen, Tischbeine, Türkanten und andere Feindkontakte. Und das passiert einem ja auch nie dann, wenn man es wenigstens in einen Vorteil umwandeln könnte. Also gleich zu Anfang, womit man dann locker eine Woche lang innerlich sterbenskrank geschrieben wäre. Dann soll sich um den Haushalt kümmern, wer will. Ich habe dann verdient frei – wie jeder im Kampf verletzte Soldat.



FOTO: ROBERT MARKMANN

Wie es das Schicksal will, bin ich jedoch fast fertig mit dem, was ich mir als Tagesaufgabe zumuten will – da bewegt sich doch die blöde Tür gemeinerweise genau in dem Moment, wo ich an ihr vorbei muß, meinem Fuß genau in den Weg. Und mein Fuß erwischt sie wirklich gut mittig. In dem Augenblick bin ich auch noch abgelenkt, irgendetwas in meinen Händen auszubalancieren, so daß ich nicht einmal so richtig den Aufprall genießen und verarbeiten kann. Erst nach einer Weile gab mir der Zeh dann Anlaß, über die letzten Minuten noch mal gründlich nachzudenken. Ja, da war dieser große Schatten, der sich seitlich näherte. Ich hatte beide Hände voll. Irgendwo war ein Fenster offen und vermutlich hörte ich deshalb Stimmen. Und dann hat irgend etwas meinen Fuß getroffen. *»Ach, so etwas passiert schon mal!«*, dachte ich. Aber ab da hatte ich keinen gleichmäßigen Gang mehr. Ich hab mir erst mal nicht viel dabei gedacht. Nachts durfte ich das aber nachholen. Die ganze Nacht? Jedenfalls den Teil der Nacht, an den ich mich erinnere.

Heute knete ich nun vorsichtig am Zeh herum und versuche, wenigstens künftig schlauer zu sein. Vorbeugen ist die Mutter der Porzellankiste. Wo wir gerade von Mutter sprechen: Wieso kümmere ich mich um den Haushalt? Das war doch noch nie mein Hobby! Wir Männer fühlen uns doch in der freien Natur viel wohler! Außer wenn das Wetter mal nicht mitspielt. Wir haben doch eine angeborene Geschlechterrolle: Wir jagen das Mammut, rotten den Säbelzahntiger aus, bauen eine Höhle und kümmern uns um den Biervorrat. Warum also delegiere ich den Job nicht einfach an eine Frau? Haushalt ist doch genau deren Ding! Und ich könnte unzumutbare Risiken auslagern. Ja klar – auch eine Frau kann sich im Haushalt mal verletzen. Aber wer Geburtsschmerzen einfach wegatmen kann, der steckt doch einen Zehenbruch sicher ganz anders weg als ich!

Wenn ich nicht richtig laufen kann, dann kriege ich weder das Mammut noch den letzten Bus nach Hause! Ich habe sogar Schmerzen bei jeder Vollbremsung. Nur gut, daß ich noch schmerzfrei Vollgas geben kann! Wenn sich aber eine Frau den Zeh bricht, dann ist das ja nicht so schlimm, nicht wahr? Im Haus muß sich eine Frau ja so gut wie nicht bewegen! Der Staubsaugerroboter weiß allein, was er zu tun hat. Die Waschmaschine knetet und spült geduldig stundenlang die Wäsche sauber. Auch der Geschirrspüler erlaubt, daß man in sicherem Abstand vom Abwasch sitzt und so lange erst mal Zeitung liest oder in der Nase bohrt. Den Einkauf läßt man sich vom Lieferdienst bringen. Auch die noch warme Pizza findet so ihren Weg auf unseren Tisch. Wäre ich eine Frau – ich hätte vermutlich gar keine Probleme, falls mir mal ein Zeh bricht.

Ich vermute, das ist der eigentliche Grund, weshalb sich schwer verletzte Männer so oft für eine Geschlechtsumwandlung entscheiden. Das sind oft Männer, die sich in einem Junggesellenhaushalt nicht so richtig wohl fühlen. Die es in Schlamm und Dreck zuhause oder im Wald nicht aushalten. Die sind also besonders verletzungsgefährdet, weil sie einen viel lauteren inneren Schweinehund haben. Und Angst vor Hunden! Mit so einer Vorbelastung hast Du heute in der nächsten Sitzung beim Psychiater oder Psychologen Deines Vertrauens einfach keine Chance. Der hält Dir sofort ein Buch mit weiblichen Vornamen hin und freut sich auf Dich als Stammkunden. Als Seelenverwandten. Als ob man unbedingt noch mehr Verwandte haben wollen sollte! Außerdem machen Verwandte – anders als Psychologen – auch viel öfter Hausbesuche. Wenn man das jetzt mal als Vorteil stehen läßt. Das kommt auf den Einzelfall an. Es soll ja auch bildschöne und mit jeder Konfliktsituation dank Ausbildung perfekt umgehen könnende Psychologinnen geben. In dem Fall hat sich das Thema Geschlechtsumwandlung bei mir dann aber definitiv erledigt.

In meinen Träumen trage ich für so eine Traumfrau dann den Müll aus dem Haus. Dabei nähert sich mir die Haustür verdächtig. Die Liebste sieht das und wirft sich dem Feind entgegen, stellt ihr Füßchen genau vor meinen Fuß und fängt für mich die Türkante ab. Jedes mal, wenn ich Müll raus bringe! Ok, ich bin kein Unmensch, habe das Muster erkannt und schone meine Traumfrau natürlich. So oft bringe ich den Müll nun auch wieder nicht raus! Da finde ich schon meine goldene Mitte für eine optimale Messie-Müll-raus-Balance. Ich kann mir auch einfach nicht vorstellen, daß eine studierte Nervenärztin mir deshalb eine Szene macht. Sie kennt doch die besten Beruhigungspillen, hat nie Migräne und kann mein Verhalten immer genau mit den richtigen Fachworten benennen! Auch mit meinen Rückfällen kann sie professionell umgehen.

Sie hat natürlich auch genau die zu mir passenden Hobbies. Immer wenn ich beim Weg quer durch die Wohnung aus der Kurve komme, auf dem Sofa lande und fest einschlafe, fuchtelt sie mit dem Besen unter dem Tisch herum oder klappert in der Küche mit dem Geschirr. Im echten Leben würde ich dann vielleicht sagen: *»Schatz, ich kann das gar nicht mit ansehen, wie Du hier schuftest, während ich mich entspanne. Mach doch bitte die Küchentür zu!«*

Im echten Leben hat man aber meist keine so verständnisvolle Traumfrau. Darum sollte man sich das gut überlegen, ob man alles ausspricht, was einem auf die Zunge kommt! Sonst kann man sich im gemeinsamen Haushalt noch ganz andere Verletzungen zuziehen! Daran gemessen bin ich mit meinem gebrochenen Zeh doch wirklich noch mal gut weg gekommen! Ich spüre gerade, wie mein Serotoninspiegel ansteigt. Trotz Zehenbruch. Verletzt, aber glücklich! Habt auch Ihr einen schönen Tag!

»Wirtschaft im Endstadium«

Bezugnehmend auf eine dpa-Meldung titelte die regionale Tageszeitung am 11. Juni: *»Wirtschaft im Endstadium. Ökonomen: BIP stagniert. Geldreserven sind fast aufgebraucht.«* Wohlgemerkt, hier ist nicht die Wirtschaft der BRD im Visier der zitierten Ökonomen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und des Stockholmer Institute of Transistion Economics, sondern vielmehr Rußlands. Dort sei das Wirtschaftswachstum zum Stillstand gekommen (2025: 1,0 %, zum Vergleich BRD 2025: 0,2 % nach Minus 2023/24). Die liquiden Mittel des russischen Staatsfonds seien von 6,5 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) im Februar 2022 auf *»nur noch 1,8 % im April 2026 geschrumpft«*. Gleichzeitig lag das Defizit im Staatshaushalt schon in den ersten drei Monaten über dem geplanten Jahresdefizit. Und die Öl- und Gaseinnahmen brachen im ersten Quartal gegenüber dem Vorjahr um 45 % ein.

Rechnen wir mal nach: Laut Statistischem Bundesamt lag das BIP Rußlands 2025 bei 2.588 Milliarden US-Dollar (Statistisches Länderprofil Rußland, Ausgabe 05/2026). Davon 6,5 % sind 168,22 und 1,8 % sind rund 46,5 Milliarden US-Dollar. Die MOZ-Meldung informiert uns also darüber, daß der russische Staatsfonds im April 2026 über ein liquides Vermögen von umgerechnet etwa 40 Milliarden Euro verfügte. Zum Vergleich: Die BRD (Bund) hatte Ende 2025 Staatsschulden in Höhe von 1,8 Billionen Euro. Während Rußland über Rücklagen verfügen kann, hat die BRD ein Vielfaches an Schulden angehäuft. Aber die nennt man ja *»Sondervermögen«*.

Das russische Haushaltsdefizit lag im Jahr 2025 bei etwa 3,9 % des BIP (100 Milliarden Dollar). Gedeckt wurde das offenbar durch Entnahmen aus dem Staatsfonds. Somit ist absehbar, wann die Mittel aus dem Fonds aufgebraucht sind. Aber das heißt ja nicht, daß Rußland dann pleite ist. Der russische Staat müßte dann Schulden aufnehmen, um sein Haushaltsdefizit zu decken.

Allerdings hat Rußland noch andere Einnahmemöglichkeiten. In der MOZ-Meldung wurde auf die eingebrochenen Öl- und Gaseinnahmen verwiesen. Tatsächlich lag der Ölpreis (WTI) im ersten Quartal 2025 bei etwa 67 bis 77 Dollar pro Barrel. Im ersten Quartal 2026 waren es zwischen 56 und 66 Dollar pro Barrel. Hinzu kamen die Sanktionen und die Jagd auf Tanker der sogenannten Schattenflotte. Doch mit dem Angriffskrieg der USA und Israels gegen den Iran änderte sich das. Die Ölpreise schossen in die Höhe, erreichten zwischenzeitlich 110 Dollar pro Barrel, was sich letztlich positiv auf den russischen Staatshaushalt auswirken dürfte.

Wie da ein *»Endstadium«* der russischen Wirtschaft herausanalysiert werden kann, lasse ich mal offen.

GERD MARKMANN

Besuche in Mogiljow

von Helmut Braunschweig

Begegnungen in jener Zeit waren eine *»Akademie des Lebens«*, weil sie nicht nur schlechthin Menschen zusammenführten, sondern weil diese zugleich auch Gleichgesinnte waren, Menschen aus vielen sozialistisch orientierten Ländern, die erfolgreich zusammenarbeiteten. Wohl auch deshalb, weil die Sprache unter *»echten Freunden«* viel zum Verständnis der Menschen untereinander beigetragen hat.

Meine berufliche Entwicklung* brachte es mit sich, daß ich mehrmals in unserem Schwesterbetrieb, dem Mogiljower Chemiefaserkombinat (MKSW) namens *»W. I. Lenin«*, weilte. Mogiljow ist eine große Stadt mit über 300.000 Einwohnern im Osten Belorußlands. Ein Arbeitsbesuch der Betriebsleitung des Chemiefaserwerks *»Friedrich Engels«* in Premnitz im Jahr 1977 hat sich mir besonders eingeprägt. Beide Betriebe waren seit 1968 durch gemeinsame wissenschaftlich-technische Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der Polyesterfasern (in der DDR unter *»Grisuten«* bekannt, in der Sowjetunion unter *»Lawsan«*) verbunden.



Foto: Guido Penz

Am 12. März feierte Helmut Braunschweig seinen 93. Geburtstag, sein letzter. Am 7. August schloß er für immer seine Augen. Ihm zur Erinnerung veröffentlichen wir diesen Text, den uns Helmut hinterlassen hat. In der Winterausgabe folgt ein weiterer.

Einladender war 1977 Pawel Nikolajewitsch Sernow, der Generaldirektor des Mogiljower Kombinats. Aus Anlaß der Inbetriebnahme einer neuen Produktionslinie mit der Kapazität von 50.000 Tonnen LAWSAN-Fasern pro Jahr lud er uns am Jahrestag des Sieges ein. Das war einigermaßen plausibel, aber von unserer Seite nicht so erwartet. Bei einem Meeting im großen Saal der Gewerkschaften für etwa 1.000 Belegschaftsangehörige wurden die Bauleute, Techniker, Facharbeiter und Leiter, die die Anlage in einer Rekordzeit von zwei Jahren als Komsomolobjekt aufgebaut hatten, geehrt. Festredner war Pawel Nikolajewitsch, so wurde er von allen nur genannt. Wir Premnitzer saßen mitten im Publikum. Die Zeit von unserer Ankunft bis zum Meeting war für eine spezielle Vorbereitung einfach zu kurz gewesen.

Und so kam, was kommen mußte: Als Pawel N. nach seiner Rede und diversen Auszeichnungen verdienter Mitarbeiter des Kombinats unseren Betriebsdirektor, Hermann Danz, zu einem Grußwort an die Mogiljower Belegschaft bat, mußten wir improvisieren, denn Ausreden waren an dieser Stelle unpassend. Herrmann schraubte sich hoch, tippte mir auf die Schulter: *»Jetzt müssen wir beide arbeiten«*. Nach ein paar deutschen Sätzen und meiner Übersetzung in den mucksmäuschenstillen Saal hinein übergab mir Hermann das Mikro: *»Den Rest weißt Du alleine«*.

Hermann und ich waren in der Tat schon ein gut eingespieltes Team. Nach einigen Bemerkungen beendete ich unser Grußwort mit dem Hinweis auf den gemeinsamen Erfolg unserer Entwicklungsarbeit und mit den bekannten Worten: Drushba-Freundschaft! Da erhoben sich tausend Leute von ihren Plätzen und sangen unter Beifall im großen Chor das zu jener Zeit bekannte Lied der Freundschaft mit dem gleichlautenden Refrain *»Drushba-Freundschaft«*.

Das Meeting war, wie der Produktionsstart, damit ebenfalls erfolgreich beendet. Es war also wieder ein Tag des Sieges, dieser 9. Mai 1977. Beim folgenden Abendessen für geladene Gäste beim Generaldirektor war mein Platz zwischen den beiden Betriebsleitern. Pawel Nikolajewitsch sagte zu mir: *»Helmut, so etwas wie heute habe ich noch nicht erlebt. Wenn Du mal einen besonderen Wunsch hast, dann komm zu mir!«* Wir hatten mehrfach Gelegenheit, unsere junge Freundschaft zu feiern, der Mogiljower Generaldirektor und sein Dolmetscher aus der DDR. Leider trennten sich dann bald unsere Wege aus beruflichen Gründen.

Glückliche Umstände ermöglichten mir 40 Jahre später einen Besuch im Mogiljower Kombinat. Am 16. Juli 2019 wurden mein Begleiter und ich, nach vorheriger Anmeldung, vom Vertreter der Generaldirektion der offenen Aktiengesellschaft OAG *»Mogiljowchimwolokno«*, Pjotr Michailowitsch Rudnik, zu einem Freundschaftsbesuch empfangen. Im neuen, aus Anlaß des 50. Gründungstages des Kombinates, eingerichteten Betriebsmuseum stellte man uns Bilder und Produktmuster aus der Geschichte des Kombinats vor. Voller Stolz beschrieb man den geradezu heroischen Beitrag der Belegschaft zum Ausbau des Kombinates, das noch immer bestrebt sei, *»stets Erster im Wettbewerb um beste Qualität der Produkte«* zu sein.

* Helmut Braunschweig, Diplomchemiker, arbeitete viele Jahre im Chemiefaserkombinat Premnitz.

Gedanken über **unsere Zeit** *damals*

Hab mir ein Buch gekauft. Peggy Mädler. Schreibt über unsere Zeit damals. Wenn man's bedenkt. Ich hatte ja mal eine Auseinandersetzung mit einem ZK-Bonzen auf Arbeit. Ich lande am Rande der Gesellschaft und so. Da fällt mir ein, ich wohnte ja Absolventenwohnung, geteilt mit noch jemand. Beantragte ich bei der KWV nach zwei Jahren eine Wohnung. Und bekam nur *»Löcher«* als Angebote. Hinterhof, Erdgeschoß, vergitterte Fenster, in der Art. Da gibt es ja ein Zitat. Man kann einen Menschen mit einer Wohnung wie mit einer Axt erschlagen. War das schon Zersetzung? Müßte mal meine Stasi-Akte beantragen. Hab aber Schiß. Dann kam die Wende und ich bekam 'ne schöne Wohnung in schöner Gegend. So what?

Was sind die Fakten? Ich hatte Arbeit und wurde nicht alimentiert. Ich hatte meinen Betrieb und meine Kollegen. Wir hatten eine Betriebspoliklinik. Und die Mauer stand noch. Ich wollte nicht in die Partei. Schon verdächtig. Aber sie brauchten mich für die Abteilung. So hatte ich sonst keine Probleme. Ich hätte vielleicht jemanden kennengelernt und wär' nach Marzahn gezogen. Mit Fernwärme und Warmwasser. Sollte nicht sein.

Wendeverlierer? Wendegewinner? Schöne Wohnung in der Vorstadt, brauchte nicht mehr arbeiten, Geld auskömmlich. Plötzlich Milkaschokolade und Bananen. München, Wien, Hamburg. Wurde übergeschnappt, zog nach Augsburg zur Neuen. Neuschwanstein, Salzburg, Regensburg, Ulm, Köln, Alpen.

Dann die Reißleine und back to the roots. Aber keine Arbeit mehr und nur Almosen vom Staat. Was zählt mehr? Keine Kinder. Das wiegt schwer. Städte hier alle vorzeigbar. Altbauten saniert. DDR wird abgerissen. Plötzlich Russenhaß. Undenkbar. Weltbilder wanken. Reichtum und blanke Armut. Offen auf der Straße. Auch undenkbar. Falsches Spiel mit Schein und Sein. Wann erfolgt hier die *»Zersetzung«*? Bankkonto? Hardware? Muß man schon wieder das Richtige sagen, um dazuzugehören? Dann lieber Anarchist und Nihilist, wie der Bonze sagte. Das ist Freiheit!

ALEX W.

Peggy Mädler: *»Selbstregulierung des Herzens«*, 296 Seiten, Hardcover, Verlag Galiani Berlin (Kiepenheuer & Witsch) 2026, ISBN 978-3-86971-335-9

Teilnehmerrekord zum 29. Regionalparklauf

Tradition und Teamgeist in Blumbergs Lenné-Park

Ahrensfelde-Blumberg (bbp-ber). Am 19. September fand im Lenné-Park in Blumberg der 29. Regionalparklauf statt. Der Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. hatte gemeinsam mit Ahrensfelde in Bewegung, dem *»Campustag«* der Docemus Privatschule und der Freiwilligen Feuerwehr Blumberg eingeladen.

Ebenso nahmen bereits zum vierten Mal polnische Gäste vom Milenium Kołobrzeg teil, welche zugleich im Rahmen eines dreitägigen Partnerschaftstreffens in Blumberg weilten. Für die rund 230 Läuferinnen und Läufer, ein neuer Teilnahmerekord, standen Strecken von 1,5 bis 13,2 Kilometer zur Auswahl.

Ein Teil der Langstrecken verlief über den Rad- und Wanderweg zwischen Blumberg und Krummensee, der 2010 im Rahmen eines Radverkehrskonzepts des Regionalparks entwickelt und vor zwei Jahren offiziell eröffnet wurde. Nach dem Lauf erhielten alle Teilnehmer das traditionelle Dankeschön überreicht, nämlich den *»Appel und 'n Ei«* vom Team des Regionalparkvereins.

Bei der Siegerehrung würdigte der Verein besondere sportliche und ehrenamtliche Leistungen. Werner Juckel aus Ahrensfelde absolvierte in der Altersklasse U90 erfolgreich die 6,6-Kilometer-Strecke. Er und der U97er Horst Rühl aus Bernau wurden als die beiden ältesten Teilnehmer an den Läufen für ihr beeindruckendes sportliches Engagement ausgezeichnet. Bürgermeister Wilfried Gehrke überreichte traditionell den Pokal des Bürgermeisters der Gemeinde Ahrensfelde an den schnellsten Läufer über die 13,2-Kilometer-Strecke.

Eine weitere Ehrung erhielt Bernd Lichtenstein, der den Titel *»Feldmärker des Jahres 2026«* erhielt. Ein besonderer Dank geht an Siglinde Stöllger, die wie in den vergangenen Jahren die Gesamtkoordination des Regionalparklaufes übernommen hat.



FOTO: SABINE BÜTTNER

Beim diesjährigen Regionalparklauf konnte ein Teilnehmerrekord verzeichnet werden.

Neue Infoschränke

In Blumberg, Werneuchen und Börnicke stehen seit August drei neue öffentliche Infoschränke. Sie informieren Naherholungssuchende und Anwohner im südlichen Barnim über Freizeit-, Natur- und Kulturangebote.

Die drei innovativen Stadtmöbel befinden sich in Ahrensfelde-Blumberg und in Werneuchen jeweils an den Bahnhöfen der RB25 sowie in Bernau im Innenbereich des Gutshofs Börnicke. In den Schränken werden Informationsmaterialien zu regionalen Freizeit-, Natur- und Kulturangeboten ausgelegt und regelmäßig aktualisiert. Der Auswahl der Standorte gingen gemeinsame Ortsbegehungen mit den beteiligten Kommunen und weiteren Akteuren voraus.

Die Infoschränke wurden individuell bedruckt und stellen sowohl die Landschaft der Barnimer Feldmark, die Zielgruppe als auch den Zweck als regionales Informationsangebot dar. Die einheitliche Gestaltung sorgt für Wiedererkennung und fügt sich zugleich in die jeweiligen örtlichen Situationen ein. Die Pflege und Bestückung der Infoschränke wird durch Vereinsmitglieder und -mitarbeiter, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sowie durch die beteiligten Gemeinden, Städte und regionalen Kooperationspartner unterstützt. Auch Mitglieder des Regionalpark Barnimer Feldmark e. V. können die Infoschränke für eigene regionale Informationen mitnutzen.

Mit den drei Infoschränken entsteht ein niedrigschwelliger Zugang zu regionalen Informationen direkt vor Ort und rund um die Uhr. Das Projekt stärkt die Naherholungsinfrastruktur, macht die vielfältigen Angebote der Barnimer Feldmark sichtbarer und leistet einen Beitrag zur Stärkung der regionalen Identität.

SABINE BÜTTNER

Wassernovelle

Im Land Brandenburg wird derzeit eine umfassende Novelle des Brandenburgischen Wassergesetzes (BbgWG) erarbeitet. Ziel ist eine resiliente, klimaangepaßte Wasserwirtschaft:

- Wasserrückhalt in der Landschaft als gesetzlicher Schwerpunkt,
- bessere Steuerung von Niedrigwasser und Wasserknappheit,
- Überprüfung des Wassernutzungsentgelts zur gerechteren Kostenverteilung,
- Stärkung einer zukunftssicheren Wasserversorgung und Abwasserentsorgung,
- Schutz der Oberflächengewässer vor Einträgen, sowie
- Entbürokratisierung und Digitalisierung wasserwirtschaftlicher Verfahren.

Ein weiterer zentraler Punkt ist, daß Brandenburg viele der angesprochenen Herausforderungen nicht allein lösen kann. Die Wasserressourcen, die Grundwasserleiter und die Einzugsgebiete werden gemeinsam von Berlin und Brandenburg genutzt. Deshalb ist eine Harmonisierung der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen notwendig.

So sind in Brandenburg eine unentgeltliche Wasserentnahme bis 3.000 m³ pro Jahr möglich, in Berlin dagegen bis 6.000 m³ pro Jahr. Dafür kostet das in Berlin das Dreifache. Diese Differenzen führen zu unterschiedlichen Anreizen, Kostenbelastungen und Bewirtschaftungslogiken, obwohl beide Länder dieselben Wasserressourcen nutzen. Auch die Frage der Mehrfachnutzung von Wasser (z.B. gereinigtes Abwasser in der Landwirtschaft) wird im Zuge der Klimaanpassung neu bewertet. Bisher gelten dafür strenge Regelungen. Beim Anschluß- und Benutzungszwang wird geprüft, wie dezentrale Lösungen künftig besser eingebunden werden können.

RONALD KRÜGER

Zeitverschlüsse

Dies ist der Beginn einer offenen Serie mit Neologismen des Alltags aus dem Wörterbuch des Pfadbereiters:

schüllen & kuhlen anstelle von chillen & coolen, preußisch eingedeutscht mit etwas Kuhstall-Charme. In besonders cooler Form: genuschelt – Verb

Wappalooos auch **Wappaloos** oder **Wappalos** Buffalos, Kultmarken, Plateauschuhe der 90er – Substantiv

Lavarababa Upgrade für Laber-Rhabarber, der also noch mehr hotter Nonsens ist an Wort-Gesülze – Substantiv

Umpel auch **Umpil** statt Umfeld, hier als eine *»verfeinerte«* Version dessen, was Umfeld heutzutage eher ist: Vermurkst, gnomig und koboldig. Umpel ist etwas, das reinredet, verzieht, mitschwingt, ohne je Verantwortung zu übernehmen – Substantiv

Schlangenadler contra Windräder

Lichterfelde (bbp). Im April wurden bei Lichterfelde zwei neue Windkraftanlagen (BRTZ 1 und 2) genehmigt. Am 26. September reichte Dr. Andreas Steiner, der für den Ortsteil in der Gemeindevertretung Schorfheide sitzt, einen *»Antrag auf behördliches Einschreiten, Widerruf und artenschutzfachliche Neubewertung«* dieser beiden Windkraftanlagen beim Landesamt für Umwelt Brandenburg (LfU) ein.

Es seien nachträglich neue Tatsachen und Beweismittel bekannt geworden, die es erforderlich machen, die bereits genehmigten Vorhaben *»artenschutzfachlich sowie schutzgebietsrechtlich erneut zu überprüfen«*. Dr. Steiner beantragt u.a., ein *»Verfahren zum vollständigen oder teilweisen Widerruf der Genehmigung«* einzuleiten und *»die Genehmigung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen«*. Bis zum Abschluß der Prüfung soll der Baubeginn und sämtliche weitere Vollzugsschritte, soweit rechtlich möglich, ausgesetzt bzw. durch geeignete Sicherungsmaßnahmen verhindert werden. Desweiteren verlangt Dr. Steiner eine *»vollständige, unabhängige und methodisch belastbare avifaunistische Sonderuntersuchung«*, insbesondere *»für Schlangenadler, Seeadler, Fischadler und Wespenbussard«*.

Die beiden genehmigten Windkraftanlagen haben eine Nabenhöhe von 179 m, bei einem Rotordurchmesser von 175 m. Die Gesamthöhe beträgt 266,5 m. Inzwischen wurden schon seit längerem durchgeführte Beobachtungen bekannt, nach denen in der nahegelegenen Buckowseerinne regelmäßig Schlangen-, See- und Fischadler nachgewiesen werden konnten. Im Juni 2026 wurde ein Schlangenadler mit einer Schlange im Schnabel über dem Solarfeld im Rofinpark Eberswalde beobachtet, der anschließend in Richtung Buckowseerinne flog. Daher sei *»eine funktionale Verbindung zwischen dem Rofinpark, den Feucht- und Gewässerbereichen der Buckowseerinne und dem Raum der genehmigten Anlagen«* anzunehmen, was *»einen konkreten fachlichen Ermittlungsanlaß«* begründe.



Foto: Peter Schulze

Schlangenadler über dem Bültenpfuhl zwischen Buckow und Blütenberg.

Dr. Steiner verweist zudem auf eigene Beobachtungen über Vorkommen von Wiedehopf, Wendehals sowie Fledermäusen wie dem Großen Abendsegler und weiteren, nicht näher bestimmten Arten (eventuell Wasserfledermaus und Zwergfledermaus). Dies begründe zusätzlichen Aufklärungsbedarf *»hinsichtlich der avifaunistischen Struktur des Raums, möglicher Fortpflanzungs- und Ruhestätten«* sowie *»der Fledermausaktivität im Bereich der geplanten Anlagen«*. Vor dem Erlaß der Genehmigungsbescheide seien *»keine ausreichenden naturschutzfachlichen Untersuchungen oder Artenkartierungen durchgeführt«* worden, beschreibt Dr. Steiner das Ermittlungsdefizit.

Abwasser dezentral nutzen

Im August schrieb die lokale Tageszeitung über das Thema *»Vierte Reinigungsstufe treibt die Preise hoch«*. Gegen *»Preise«* kann man kaum etwas ausrichten, es sei denn, man verzichtet darauf, zu kaufen. Das geht aber bei Wasser nicht. Wasser ist lebensnotwendig und es gibt den Anschluß- und Benutzungszwang. Wir sind also der Willkür der Wasserver- und -entsorger ausgeliefert. Wir haben zwar die Möglichkeit, konsequent Regenwasser zu nutzen und so Trink- und Abwasser zu sparen. Die Wasserver- und -entsorger werden jedoch mit verbrauchsunabhängigen Pauschalgebühren gegenhalten und wir haben nichts gekonnt.

Wir sind aufgefordert, die politischen Parteien zu mobilisieren und die Fortsetzung der Entwässerung der Landschaft durch die Großklärwerke zu stoppen. Von der Landesregierung ist hier nichts zu erwarten, auch nichts von den politischen Parteien und den Freien Wählern. Alle reden zwar immer davon, das Wasser in der Landschaft zu halten, setzen aber die Politik der Entwässerung der Landschaft konsequent fort, einfach weil es um Geld geht, viel Geld aus unseren Taschen.

Die Verwertung gereinigten Abwassers, z.B. zur Bewässerung in der Landwirtschaft, ist nach wie vor verboten, angeblich zum Schutz des Grundwassers. Das kann regional richtig sein. Die Natur, die Ackerböden und die Bäume, sind der beste, also wirksamste und billigste Feinreiniger von Schmutzwasser. Die dezentrale Reinigung von Schmutzwasser in Grundstücks-Kleinkläranlagen wird in der Regel untersagt.

Nur ein breiter Widerstand durch konsequentes Verhalten einer großen Mehrheit kann Erfolg haben. Bitte denkt darüber nach und macht Vorschläge, wie eine kluge, naturgerechte und kostensparende Wasserpolitik landesweit durchgesetzt werden kann.

JOHANNES MADEJA

Herbstverlosung 3 x 1 Buch

»SECHSUNDSECHZIG MAL EBERSWALDE – Waldstadt am Finowkanal«

Herbstzeit ist Reise- und Entdeckungszeit. Die größte Hitze ist vorbei. Wer nun auf Erkundungstour in der Waldstadt gehen oder ein Buch zum Schmökern an seine Lieben verschenken möchte, dem kann der Verlag havelbooks mit etwas Glück behilflich sein. Die Barnimer Bürgerpost verlost 3 x 1 Exemplar »Sechsundsechzig Mal Eberswalde«.

Der im Frühjahr erschienene Stadtführer lädt dazu ein, die Stadt am Finowkanal in 66 kurzweiligen und reich bebilderten Kapiteln (neu) zu entdecken. Das handliche Buch im Softklappcover vermittelt auf unterhaltsame Weise Wissenswertes über Geschichte, Kultur und besondere Orte, gibt Tips zu Veranstaltungen und Gastronomie und stellt prägende Persönlichkeiten der Waldstadt vor. Ergänzt wird der Band durch Ausflugsempfehlungen für die Umgebung sowie zwei praktische Übersichtskarten.

Sechsundsechzig Mal Eberswalde eignet sich gleichermaßen als Geschenk für Neu-Eberswalderinnen und Neu-Eberswalder – etwa in Studierendenunterkünften – wie für Einheimische und alle Brandenburg-Interessierten. Ob für einen Tagesausflug, den touristischen Besuch oder den Start in ein neues Zuhause: Der Stadtführer begleitet seine Leserinnen und Leser bei den ersten Schritten ebenso wie beim zweiten Blick auf eine facettenreiche Stadt im Wandel.

Zum Hintergrund: Gemeinsam mit Autoren des Potsdamer Verlags havelbooks hat Liam Kalinowski, seit zwei Jahren Student an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde, die Waldstadt erkundet. In diesem Buch stellen die Verfasser ihre persönlichen 66 Highlights vor und werfen einen Blick auf die Menschen, die hier leben und auf das, was sie hier aufbauen oder seit langem betreiben. Denn Eberswalde ist längst mehr als ein Geheimtipp für Ruhe suchende Großstädter, es ist eine Stadt mit Ideen und Zukunft. Da sind sich die Autoren sicher.

Im Verlag havelbooks erschienen bereits die Stadtführer *»Neunundneunzig Mal Brandenburg an der Havel«, »Siebenundsiebzig Mal Babelsberg«* und *»Neunundneunzig Mal Hanau«*, kleine regionale Bestseller.

Das Buch »Sechsundsechzig Mal Eberswalde« ist im örtlichen Buchhandel, im online-Handel oder unter www.havelbooks.de erhältlich.

SABINE KALINOWSKI



Sabine Kalinowski/Liam Kalinowski/ Patrick Weber
SECHSUNDSECHZIG MAL EBERSWALDE -
Waldstadt am Finowkanal
havelbooks, Potsdam 2026, Buch mit Softklappcover, 148 Seiten, inkl. 2 Übersichtskarten, 12,90 Euro
ISBN 978-3-98284-391-9
havelbooksinfo@havelbooks.dewww.havelbooks.de

Folge des Gazakriegs:

Wasserknappheit in Israel und Gaza

Die Zerstörung des Abwassersystems in Gaza führte zur unkontrollierten Einleitung von Abwässern in die See, was bei den gestiegenen Wassertemperaturen zu einer Vermehrung von Algen führte, so daß fünf von sechs Meerwasserentsalzungsanlagen abgeschaltet werden mußten, um die Funktionsfähigkeit von ihren Membranen nicht zu gefährden.

Israels Wasserversorgung basiert auf der Nutzung von Wasser aus dem See Genezareth, aus Brunnen, die über das Land verteilt sind, und der Meerwasserentsalzung. Nach der Abschaltung der fünf Meerwasserentsalzungsanlagen stoppte die Wasserbehörde am 1. September 2026 die Versorgung des Gazastreifens mit Trinkwasser aus Israel zeitweise völlig oder zumindest teilweise.

Damit wird, einer Meldung von UNICEF zufolge, die Versorgung von einer Million Einwohner des Gazastreifens mit Trinkwasser stark gefährdet.

Die Wasserversorgung im Gazastreifen erfolgt über Brunnen sowie Meerwasserentsalzungsanlagen, die von humanitären Organisationen betrieben werden. Zu einem sehr großen Anteil jedoch durch Zuleitungen aus Israel.

HARTMUT LINDNER
(nach einer Meldung der Tageszeitung »Haaretz« vom 4.9.2026)

Wandertips

von BERND MÜLLER

Sagenwanderung durch den Wald der 1000 Augen

Sonnabend, 10. Oktober. Durch den Wald der 1000 Augen zum Baa See ... Wanderung 12 km.

Sagenwanderung vorbei an Brunnen, Brunnenkirchhof, Brunnental, Teller in die Schlucht am Kesselmoor und Wald der 1000 Augen, wo die wilde Jagd die Nacht erwartet.

Riesenlebensbäume und der höchste Baum Brandenburgs warten nach 6 km an der Waldgaststätte am Baasee. Nach der Mittagsrast geht es auf dem Siebenhügelweg zur Köhlerei (Kaffeerast). Spaziergang zum Ausgangspunkt.

Treffpunkt: 10.30 Uhr, Eingang Fachklinik und Moorbad, Gesundbrunnenstr. 33, 16259 Bad Freienwalde

Pilzspaziergang

Sonntag, 11. Oktober. Mit Henning Höhne und Apotheker Peter Stegemann.

Die beiden sind seit vielen Jahrzehnten Pilzsachverständige. Peter Stegemann bereits seit 1968. Beide wissen gut über die gefährlichen und harmlosen einheimischen Pilze Bescheid. Die NaturFreunde freuen sich, mit ihnen zwei der wenigen Experten im Land Brandenburg für einen sicher sehr interessanten Pilzspaziergang gewonnen zu haben. In den Buchenwald mit sehr interessantem Relief führt der Pilzspaziergang die Teilnehmer um die alte Köhlerei und Henning Höhne wird mit Rat zur Verfügung stehen. Für Kinder ist parallel eine Schatzsuche sowie Stockbrot grillen geplant. An der Köhlerei gibt es Kaffee und Kuchen (nicht im Preis enthalten).

Treff: 13 Uhr, Waldgaststätte Köhlerei, Sonnenburger Straße 3c 16259 Bad Freienwalde (Oder)

Biosphäre Schorfheide-Chorin

Sonntag, 1. November. Wanderung 5 Km.

Hartmut Lindner führt uns im Joachimsthal-Choriner Endmoränenbogen von Chorin (Historischer Bahnhof) durch den herrlichen Buchenwald zum ehemaligen Glashütten- und Steinschlägerdorf Senftenhütte. Dabei sind ein Rundgang durchs Dorf mit Besichtigung der Kirche und Kaffee und Kuchen am schönsten Radlerrastplatz im Barnim geplant.

Treff: 13.30 Uhr am Historischen Bahnhof Chorin, Choriner Bahnhofstraße 2. Festes Schuhwerk.

Rund um den mystischen Baa See. 8.11., 10 UHR

Treff: Waldschänke am Baa See, Klaus Schluchter.

LSG Freienwalder Waldkomplex, 14.11., 13.30 Uhr

Treff: Waldschänke Köhlerei, mit Klaus Schluchter.

Anmeldung unter 033 44 / 300 28 81, oderland@naturfreunde.de oder WhatsApp 0160/7500540. Gebühr (wenn nicht anders angegeben): 5 Euro, ermäßigt 2,50 Euro. Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

50 Jahre Brandenburgisches Viertel:

Ein Kiez sucht seine alten Fotos

Das Brandenburgische Viertel wird 2027 fünfzig Jahre alt: Der Grundstein wurde im Juli 1977 gelegt, gebaut wurde bis 1989, und wer damals eingezogen ist, hat fotografiert: die Baustelle vor dem Fenster, den ersten Abend in der neuen Wohnung, die Kaufhalle, den »Specht«, den Obus, die Kinder auf dem Spielplatz, das Fest im Hof. Diese Bilder liegen heute in Schubladen und Alben, oft längst nicht mehr im Viertel.

Der gemeinnützige Verein excursio e.V. bereitet zum Jubiläum eine Bilder-Rallye durch das Viertel vor: An fünfzehn Stationen zeigt ein altes Foto den Ort von damals, und gesucht wird der Ort von heute. Dafür suchen wir private Aufnahmen aus den Jahren 1978 bis 1995 und die Geschichten, die dazugehören. Wer ein Bild hat, bekommt es gescannt und sofort zurück. Veröffentlicht wird nur, was die Besitzerin oder der Besitzer ausdrücklich freigibt, mit oder ohne Namen, ganz nach Wunsch.

Gesucht sind auch Menschen, die von damals erzählen möchten. Wer mag, meldet sich einfach.

TIM VELES

Telefon: 0162/8450255, eMail: tim.veles@excours.io oder via MAXE-Redaktion (redaktionsbuero@maxe-eberswalde.de, Kiezmagazin MAXE, c/o Barnimer Bürgerpost e.V., Prenzlauer Straße 19, Eberswalde).

Anzeige



Die Eberswalder Friedensaktivisten rufen auf:

Macht mit - zeigt Haltung

Jeden 2. Samstag um 10 Uhr an der Friedensbrücke in Eberswalde. Das nächste Mal am 10. Oktober 2026 (danach 24. Oktober, usw.).

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- ❑ eine Ausgabe zur kostenlosen Probe
- ❑ Normalabonnement (1 Jahr: 9 Euro)
- ❑ ermäßigtes Abonnement (1 Jahr: 3 Euro)
- ❑ Förderabonnement (1 Jahr: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- ❑ Förderabonnement »Gold« (1 Jahr: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Die mit Ende eines Probeabos versendete Rechnung gilt als Angebot.

Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 10 Euro pro Jahr** erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle ❑ per Lastschrift ❑ per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift

❑ Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

❑ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

Coupon senden an: *Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde (oder per Telefon: 03334/356542 oder eMail an: abo@barnimer-buergerpost.de)*

Was ist die BBP?

Als sich 1995 der Barnimer Bürgerpost e.V. gründete, formulierten wir als Satzungszweck, uns *»aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim zu beteiligen und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern«*. Unsere Zeitung sollte und soll der Kommunikation dienen. Eine Zeitung der Leserinnen und Leser. Nicht von kommerziellen Interessen eines Verlages bestimmt oder abhängig vom Wohlwollen einzelner Anzeigenkunden oder Geldgeber.

Mit dem Verein konnten wir einige organisatorische Bedingungen schaffen. Er garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion und bildet den Organisationsrahmen. Die Inhalte der Barnimer Bürgerpost werden entsprechend den Publizistischen Grundsätzen von unseren Lesern bestimmt. Die Barnimer Bürgerpost stellt darüber hinaus eine Art soziales Experiment dar, das über die Warenproduktion als bestimmende Form menschlicher Tätigkeit hinausweist.

Die materielle Hülle trägt Warencharakter. Papier, Druck und Verteilung müssen bezahlt werden. Die BBP muß also wie jede andere Zeitung verkauft werden. Die Akzeptanz des Warencharakters der *»materiellen Hülle«* ist Möglichkeit und Bedingung für die inhaltliche Unabhängigkeit. Unsere Autorinnen und Autoren nutzen die angebotene Warenhülle, um sich mit ihren Texten selbst zu verwirklichen und den anderen ihre Information, ihr Wissen, ihre Meinungen zur Verfügung zu stellen. Ähnliches gilt für die ehrenamtliche Redaktions- und Verteiltätigkeit. Als Gratisgegenleistung genießen sie wie alle anderen, die die BBP lediglich passiv nutzen, die Produkte der Selbstentfaltung der anderen.

Klar, manchmal reiben sie sich auch daran, was aber auch nicht schlecht ist.

impressum

***heraus*geber:** Barnimer Bürgerpost e.V.
***an*schrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
***tele*fon:** (0 33 34) 35 65 42 (AB)
***e*Mail:** redaktion@barnimer-buergerpost.de
***inter*net:** www.barnimer-buergerpost.de
***redak*tion:** G. Markmann (viSdP), T. Tobler, S. Weller
***drucker*ei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088
***redaktions*schluß:** 21. September 2026

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODEBB. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Januar 2023. Abopreise (1 Jahr): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 30. November 2026.